

FOLIUM DIOECESANUM

Bauzanense – Brixinense

INHALT / INDICE

DIÖZESANBISCHOF/VESCOVO DIOCESANO

Das Pastoralteam in den Pfarreien	98
Il Team Pastorale nelle parrocchie	101
Interventionsordnung der Diözese Bozen-Brixen	104
Norme di intervento della diocesi di Bolzano-Bressanone	117
Dekret zum Hochfest der Heiligen Kassian und Vigilius 2027	130
Decreto per la solennità dei Santi Cassiano e Vigilio 2027	130
Personalveränderungen und Ernennungen in der Diözese	131
Avvicendamenti e nomine in diocesi	134
Erwachsenentaufe: Einladung zur Meldung	137
Battesimo degli adulti: invito alla segnalazione	137

BISCHÖFLICHES ORDINARIAT/CURIA VESCOVILE

Generalvikar/Vicario generale

Pastoraltagung am 17. und 18. September 2026	138
Convegno pastorale il 17 e 18 settembre 2026	140
Erklärung zum aktuellen kirchenrechtlichen Status der Priesterbruderschaft St. Pius X.	142
Dichiarazione sullo stato canonico attuale della Fraternità Sacerdotale San Pio X	144
Diplomstudium in Katholischer Fachtheologie und Religionspädagogik, Studium der Philosophie an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Brixen	146
Brixner Theologische Kurse	146
Studio Teologico Accademico di Bressanone	148

Verwaltungsamt/Ufficio amministrativo

Rechenschaftsbericht über das Jahr 2025	149
Rendiconto dell'anno 2025	152

DIÖZESANE GREMIEN/ORGANISMI DIOCESANI

Pastoralrat/Consiglio pastorale

Protokoll der Sitzung vom 30. Mai 2026	155
Verbale della seduta del 30 maggio 2026	159

R.I.P.

Pier Giorgio Bellucco	164
Anton Auer	164

Das Pastoralteam in den Pfarreien

Jesus Christus führt seine Kirche in eine gute Zukunft. Inmitten der vielen Veränderungen unserer Zeit übernehmen Frauen und Männer aufgrund ihrer Taufberufung Verantwortung in der Kirche und tragen ihren Teil dazu bei, dass Gottes Wort in unserer Zeit gefeiert und verkündet wird und Menschen einander nahe sind. Wir dürfen dies als Zeichen der Zeit erkennen, als Einladung, die tiefgreifenden Veränderungen, die wir als Kirche erleben, aktiv zu gestalten und als Chance zu sehen. So soll in der Leitung der Pfarreien die gemeinsame Verantwortung von Priestern und Laien immer stärker zum Tragen kommen. Seit der Veröffentlichung der diözesanen Rahmenordnung für Pfarrseelsorger und Pfarrverantwortliche (FDBB 2002, 260-264) konnten in diesem Bereich wertvolle Erfahrungen gesammelt werden. Die Diözesansynode (Nr. 395) hat diesen Weg bestärkt. Im September 2019 wurde die Richtlinie zu den Pastoralteams in den Pfarreien ad experimentum in Kraft gesetzt (FDBB 2019, 222-224). Im Mai 2021 wurde eine überarbeitete Fassung der Richtlinien, wiederum ad experimentum, in Kraft gesetzt (FDBB 2021, 161-164). Mit der vorliegenden Richtlinie werden diese den aktuellen Erfordernissen angepasst und die vorhergehenden Richtlinien aufgehoben.

Allgemeine Bestimmungen

1. Gemäß Dekret des Bischofs muss in allen Pfarreien der Diözese Bozen-Brixen ein Pastoralteam gebildet werden. Alternativ kann für zwei oder mehrere Pfarreien ein gemeinsames Pastoralteam gebildet werden, sofern diese vom selben Pfarrer, Pfarradministrator oder Pfarrseelsorger geleitet werden (FDBB 2026, 41-42). Dadurch soll die Ausübung des Leitungsdienstes der Priester in der Pfarrseelsorge zukunftsfähig gestaltet und in Zeiten zunehmenden Priestermangels ermöglicht werden. Ebenso soll die Teamarbeit in der Leitung der Pfarreien gestärkt werden. Durch die Pastoralteams soll das Bewusstsein für die gemeinsame Verantwortung aller Getauften für die Kirche gestärkt und im Alltag der Pfarrei erlebbar werden.
2. Das Pastoralteam ist eine Gruppe von beauftragten Mitarbeitenden in der Pfarrei, die unter der Leitung des Pfarrers bzw. Pfarradministrators oder Pfarrseelsorgers die Pfarrseelsorge gestalten.

Zusammensetzung des Pastoralteams

3. Das Pastoralteam besteht aus 3–5 Mitgliedern, die als Beauftragte folgende Aufgabenbereiche übernehmen: Verkündigung, Liturgie, Caritas und Verwaltung sowie die Koordination des Pastoralteams selbst.
4. Die Koordinatorin bzw. der Koordinator des Pastoralteams ist von Amts wegen die bzw. der Vorsitzende des Pfarrgemeinderates.
5. Die bzw. der stellvertretende Vorsitzende des Pfarrverwaltungsrates ist die bzw. der Beauftragte für die Verwaltung im Pastoralteam.
6. Wenn dies aufgrund der Größe der Pfarrei oder aufgrund der Anzahl der zur Mitarbeit verfügbaren Personen ratsam erscheint, kann in einer Pfarrei ausschließlich ein Pastoralteam gebildet werden. In diesem Fall übernimmt dieses auch alle Aufgaben des Pfarrgemeinderates.
7. Im Falle einer Kandidatenwahl wird das Pastoralteam gemeinsam vom Pfarrgemeinderat und vom Pfarrverwaltungsrat gewählt und übernimmt die Funktion des Ausschusses des Pfarrgemeinderates, ebenso im Falle einer Urwahl. Im Falle einer Teamwahl werden die Aufgaben im Pastoralteam schon vorher verteilt und das Team in seiner Gesamtheit dann durch die anwesende Pfarrgemeinde bestätigt.¹

¹ Für genauere Ausführungen vgl. *Wahlordnung für die Bestellung der Gremien in Pfarrei und Seelsorgeeinheit 2026–2031*: https://www.bz-bx.net/fileadmin/Pfarrgemeinden/250761_Dioezese_Wahlordnung-A4_DE.pdf.

8. In mehrsprachigen Gemeinden wird ein einziges Pastoralteam für alle Sprachgruppen gebildet. Dabei ist auf eine angemessene Vertretung der Sprachgruppen zu achten. Bei Bedarf kann für einzelne Bereiche eine stellvertretende Beauftragte bzw. ein stellvertretender Beauftragter der anderen Sprachgruppe ernannt werden.
9. Die Mitglieder des Pastoralteams können auch von außerhalb des gewählten Pfarrgemeinderates berufen werden, sind dann aber von Amts wegen Mitglieder desselben.
10. Innerhalb von drei Monaten nach dem festgelegten Termin für die Pfarrgemeinderatswahlen sind die Namen der designierten Mitglieder des Pastoralteams über das entsprechende Formular dem Seelsorgeamt am Bischöflichen Ordinariat mitzuteilen. Innerhalb von sechs Monaten nach dem Wahltermin ist beim Seelsorgeamt die genaue Beschreibung der Aufgaben der einzelnen Bereiche zu hinterlegen, aufgrund welcher dann die Ernennung erfolgt.
11. Da die Pastoralteams in jedem Fall zur Mitverantwortung an der Leitung der jeweiligen Pfarrei beauftragt werden – wenn auch in abgestufter Weise, je nachdem, ob die jeweilige Pfarrei von einem Pfarrseelsorger oder einem Pfarrer bzw. Pfarradministrator letztverantwortlich geleitet wird, erfolgt die Ernennung der Mitglieder des Pastoralteams in allen Pfarreien durch den Diözesanordinarius, und zwar auf Vorschlag des jeweiligen Pfarrers, Pfarradministrators oder Pfarrseelsorgers. Deshalb wird das Pastoralteam vom Generalvikar bestätigt und beauftragt und vom Pfarrer/Pfarradministrator/Pfarrseelsorger in den Dienst eingeführt.
12. Die Dauer der Beauftragung entspricht der Arbeitsperiode des Pfarrgemeinderates und endet mit der Beauftragung des nachfolgenden Teams. Es soll darauf geachtet werden, dass jeweils neue Mitglieder an die Mitarbeit im Pastoralteam herangeführt werden.
13. Scheidet ein Mitglied aus, übernimmt das Team dessen Aufgaben bis zur Bestimmung eines neuen Teammitglieds (vgl. Punkte 4-9).
14. Wo eine Pastoralassistentin oder ein Pastoralassistent auf Ebene der Seelsorgeeinheit oder in einzelnen Pfarreien wirkt, begleitet und unterstützt sie oder er je nach Aufgabenbeschreibung die Teams in den einzelnen Pfarreien und nimmt nach Bedarf und ohne Stimmrecht an Teamsitzungen teil.

Aufgaben und Arbeitsweise des Pastoralteams

15. Das Pastoralteam trägt unter der Leitung des Pfarrers/Pfarradministrators/Pfarrseelsorgers die pastorale Arbeit und die ordentliche Verwaltung mit. Dabei koordiniert, unterstützt und begleitet jedes Teammitglied die in seinem Verantwortungsbereich tätigen Personen und entwickelt gemeinsam mit diesen die Tätigkeiten im jeweiligen Bereich weiter, um möglichst viele Menschen aktiv einzubinden.
16. Das Pastoralteam sorgt für die Umsetzung der Beschlüsse des Pfarrgemeinderates. Der Pfarrgemeinderat begleitet die Arbeit des Pastoralteams und gibt ihm Rat und Hilfe für seinen Dienst.
17. Die Mitglieder des Pastoralteams sind je nach ihrem Aufgabenbereich auch Ansprechpersonen für Arbeitsgruppen des Pfarrgemeinderates. Sie sorgen für den Austausch der Arbeitsgruppen untereinander und für eine gute Anbindung zum Pfarrgemeinderat.
18. Das Team trifft sich regelmäßig zum Informationsaustausch und zur Koordination anstehender Tätigkeiten. Teamsitzungen können auch in Abwesenheit des Pfarrers/Pfarradministrators/Pfarrseelsorgers stattfinden, sofern die Tagesordnung im Vorfeld mit dem Leiter der Pfarrei vereinbart wurde und dieser zeitnah über die getroffenen Entscheidungen informiert wird.
19. Im Team haben das geistliche Wachstum und die Vertiefung des Glaubens einen zentralen Stellenwert. Jede Zusammenkunft des Teams soll mit der Meditation eines Schriftwortes, etwa des Sonntagsevangeliums, und mit dem Gebet für die Anliegen der Pfarrgemeinde beginnen.
20. Sofern im Team Abstimmungen nötig sind, gilt die einfache Mehrheit.
21. Die oder der Vorsitzende des Pfarrgemeinderates ist als Beauftragte oder Beauftragter für die Koordination des Pastoralteams neben dem Pfarrer/Pfarradministrator/Pfarrseelsorger auch Ansprechperson in sämtlichen pfarrlichen Belangen.

22. Die Mitglieder der Pastoralteams sind auf Ebene der Seelsorgeeinheit untereinander vernetzt und arbeiten zusammen. Sie stehen mit den zuständigen Stellen auf diözesaner Ebene in Verbindung und erhalten von diesen Rat und Unterstützung.

Pastoralteam und Pfarrseelsorger

23. Wenn es in einer Pfarrei „wegen Priestermangels nicht möglich ist, weder einen Pfarrer noch einen Pfarradministrator zu ernennen“, der den Hirtendienst „vollzeitlich ausüben kann“², wird das Pastoralteam entsprechend can. 517 §2 CIC an der Wahrnehmung der Seelsorgsaufgaben beteiligt.
24. Der entsprechenden Pfarrei wird ein Priester als „Pfarrseelsorger“ zugeordnet, der vom Diözesanbischof ernannt wird. Das Amt des Pfarrers bleibt in diesen Pfarreien vakant.
25. Der Pfarrseelsorger wird mit den Vollmachten und Befugnissen eines Pfarrers ausgestattet und mit der Leitung der Seelsorge beauftragt. In besonderer Weise obliegen ihm jene Aufgaben und Befugnisse, deren Ausübung an die Priesterweihe gebunden ist (insbesondere die Leitung der Eucharistiefeier sowie die Spendung der Sakramente) sowie die spirituelle Betreuung der Pfarrgemeinde und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.
26. Der Pfarrseelsorger übt seinen Dienst nebenamtlich aus. Er ist nicht an die Residenzpflicht (can. 533 §1 CIC) gebunden, hat aber an Sonn- und Festtagen die Applikationspflicht (can. 534 CIC).
27. Gemäß Art. 103, Abs. 4 der *Istruzione in materia amministrativa* der Italienischen Bischofskonferenz von 2005 wird der Pfarrseelsorger als gesetzlicher Vertreter der Pfarrei im Register der juristischen Personen gemeldet und eingetragen.

Diese Richtlinien werden hiermit approbiert und mit Wirkung vom 1. November 2026 in Kraft gesetzt.

+ Ivo Muser, Bischof

Bozen, am Fest des hl. Apostels Jakobus, den 25. Juli 2026
Prot. Nr. 2026/316 II

² Instruktion der Kleruskongregation „Die pastorale Umkehr der Pfarrgemeinde im Dienst an der missionarischen Sendung der Kirche“, Nr. 87.

Il Team Pastorale nelle parrocchie

Gesù Cristo conduce la sua Chiesa ad un futuro di speranza. In questo nostro tempo, caratterizzato da molti cambiamenti, i cristiani sono chiamati, in virtù del battesimo, ad assumere responsabilità nella Chiesa e a far sì che la Parola di Dio sia annunciata nella liturgia e nella vita, e porti frutti di carità. I segni dei tempi ci invitano a scoprire un nuovo modo di sentire e vivere la Chiesa, che si ritrova attraversata da cambiamenti profondi di cui desideriamo essere partecipi. La comune responsabilità di presbiteri e laici nel sostenere la vita della Chiesa trova particolare espressione nella guida delle parrocchie. Dalla pubblicazione delle direttive diocesane “Quadro per gli incaricati parrocchiali e i responsabili parrocchiali” (FDBB 2002, 308-312), in questo ambito sono state maturate esperienze preziose. Il Sinodo diocesano (n. 395) ha rafforzato questo percorso. Nel settembre 2019 è entrata in vigore ad experimentum la direttiva relativa ai Team Pastoralisti nelle parrocchie (FDBB 2019, 225-227). Nel maggio 2021 è entrata in vigore una versione rivista delle direttive, nuovamente ad experimentum (FDBB 2021, 165-168). Le nuove direttive unificano e sostituiscono quelle precedenti, adattandole alle esigenze attuali.

Disposizioni generali

1. In conformità al decreto del Vescovo, in tutte le parrocchie della diocesi di Bolzano-Bressanone deve essere costituito un Team Pastorale. In alternativa, può essere costituito un Team Pastorale comune per due o più parrocchie, purché siano guidate dallo stesso parroco, amministratore parrocchiale o incaricato parrocchiale (FDBB 2026, 42-43). In questo modo si intende rendere sostenibile nel futuro l'esercizio del ministero di guida dei sacerdoti nella cura pastorale parrocchiale e garantirlo anche in tempi di crescente scarsità di sacerdoti. Allo stesso tempo si intende rafforzare il lavoro di équipe nella guida delle parrocchie. Attraverso i Team Pastoralisti si vuole promuovere la consapevolezza della corresponsabilità di tutti i battezzati per la Chiesa e renderla concreta nella vita quotidiana della parrocchia.
2. Il Team Pastorale è costituito da un gruppo di collaboratrici e collaboratori incaricati nella parrocchia che, sotto la guida del parroco, dell'amministratore parrocchiale o dell'incaricato parrocchiale, concorre ad attuare le linee dell'azione pastorale.

Composizione del Team Pastorale

3. Il Team Pastorale è composto da 3-5 membri che, in qualità di incaricati, assumono i seguenti ambiti di responsabilità: annuncio, liturgia, carità e amministrazione, nonché il coordinamento del Team Pastorale stesso.
4. La coordinatrice o il coordinatore del Team Pastorale è, per ufficio, la presidente o il presidente del Consiglio pastorale parrocchiale.
5. La vicepresidente o il vicepresidente del Consiglio per gli affari economici della parrocchia è l'incaricata o l'incaricato per l'amministrazione nel Team Pastorale.
6. Se ritenuto opportuno, in ragione delle dimensioni della parrocchia o del numero di persone disponibili a collaborare, in una parrocchia può essere costituito esclusivamente un Team Pastorale. In tal caso esso assume anche tutti i compiti del Consiglio pastorale parrocchiale.
7. In caso di elezione di candidati, il Team Pastorale viene eletto congiuntamente dal Consiglio pastorale parrocchiale e dal Consiglio per gli affari economici della parrocchia e assume la funzione della giunta del Consiglio pastorale parrocchiale; lo stesso vale nel caso di elezione diretta. In caso di elezione di una squadra, i compiti all'interno del Team Pastorale vengono distribuiti in precedenza e il Team, nel suo insieme, viene successivamente confermato dalla comunità parrocchiale presente.¹

¹ Per una descrizione più dettagliata cfr. *Regolamenti elettorali per la nomina degli organi nella parrocchia e nell'unità pastorale 2026-2031*:

https://www.bz-bx.net/fileadmin/Pfarrgemeinden/250761_Diocesi_Bz-Bs_Regolamento_Elettorale_-A4_IT.pdf.

8. Nelle comunità plurilingui viene costituito un unico Team Pastorale per tutti i gruppi linguistici. Occorre garantire un'adeguata rappresentanza dei gruppi linguistici. Se necessario, per singoli ambiti può essere nominata una vice incaricata o un vice incaricato appartenente all'altro gruppo linguistico.
9. Possono essere nominati membri del Team Pastorale anche persone che non fanno parte del Consiglio pastorale parrocchiale eletto; in tal caso ne diventano membri di diritto.
10. Entro tre mesi dalla data stabilita per le elezioni del Consiglio pastorale parrocchiale, i nomi dei membri designati del Team Pastorale devono essere comunicati all'Ufficio pastorale presso la Curia vescovile mediante l'apposito modulo. Entro sei mesi dalla data delle elezioni deve essere depositata presso lo stesso Ufficio pastorale una descrizione dettagliata dei compiti dei singoli ambiti, sulla base della quale avverrà la nomina dei membri del Team.
11. Poiché i Team Pastoralisti sono in ogni caso incaricati di condividere la responsabilità della guida della rispettiva parrocchia – seppure in misura diversa, a seconda che la responsabilità ultima della guida della parrocchia sia affidata a un incaricato parrocchiale oppure a un parroco o amministratore parrocchiale – la nomina dei membri del Team Pastorale in tutte le parrocchie è effettuata dall'Ordinario diocesano su proposta del rispettivo parroco, amministratore parrocchiale o incaricato parrocchiale. Per questo motivo il Team Pastorale viene confermato e incaricato dal Vicario generale e introdotto nel servizio dal parroco, dall'amministratore parrocchiale o dall'incaricato parrocchiale.
12. La durata dell'incarico corrisponde al periodo di attività del Consiglio pastorale parrocchiale e termina con il conferimento dell'incarico al Team successivo. Si abbia cura di coinvolgere progressivamente nuovi membri nel servizio del Team Pastorale.
13. Se un membro cessa dal proprio incarico, il Team ne assume i compiti fino alla designazione di un sostituto (cfr. punti 4-9).
14. Eventuali assistenti pastorali che operano a livello di Unità pastorale o nelle singole parrocchie accompagnano e sostengono, secondo il proprio incarico, i Team delle singole parrocchie, partecipando alle riunioni secondo necessità e senza diritto di voto.

Compiti e modalità di lavoro del Team Pastorale

15. Il Team Pastorale, sotto la guida del parroco, dell'amministratore parrocchiale o dell'incaricato parrocchiale, condivide la responsabilità del lavoro pastorale e dell'amministrazione ordinaria. Ogni membro coordina, sostiene e accompagna le persone attive nel proprio ambito di responsabilità e sviluppa insieme a loro le attività del rispettivo settore, affinché il maggior numero possibile di persone possa essere coinvolto attivamente.
16. Il Team Pastorale cura l'attuazione delle decisioni del Consiglio pastorale parrocchiale. Il Consiglio pastorale parrocchiale accompagna il lavoro del Team Pastorale e gli offre consiglio e sostegno nel suo servizio.
17. I membri del Team Pastorale sono, secondo il proprio ambito di competenza, anche referenti per i gruppi di lavoro del Consiglio pastorale parrocchiale. Essi promuovono lo scambio reciproco tra i gruppi di lavoro e garantiscono un buon collegamento con il Consiglio pastorale parrocchiale.
18. Il Team si riunisce regolarmente per lo scambio di informazioni e il coordinamento delle attività in programma. Le riunioni possono svolgersi anche in assenza del parroco, dell'amministratore parrocchiale o dell'incaricato parrocchiale, purché l'ordine del giorno sia stato concordato preventivamente con il responsabile della parrocchia e questi venga tempestivamente informato delle decisioni adottate.
19. All'interno del Team, la crescita spirituale e l'approfondimento della fede occupano un posto centrale. Ogni incontro dovrebbe iniziare con la meditazione di un brano della Sacra Scrittura, ad esempio il Vangelo della domenica, e con la preghiera per le intenzioni della comunità parrocchiale.
20. Qualora siano necessarie votazioni, vale il principio della maggioranza semplice.

21. La presidente o il presidente del Consiglio pastorale parrocchiale, in qualità di incaricata o incaricato per il coordinamento del Team Pastorale, affianca il parroco, l'amministratore parrocchiale o l'incaricato parrocchiale, ed è la persona di riferimento per tutte le questioni parrocchiali.
22. I membri dei Team Pastoralisti lavorano in rete a livello di unità pastorale. Mantengono inoltre contatti con gli organismi competenti a livello diocesano, dai quali ricevono consiglio e sostegno.

Team Pastorale e incaricato parrocchiale

23. Se in una parrocchia "per la scarsità di sacerdoti non fosse possibile nominare un parroco né un amministratore parrocchiale che possa assumerne la cura pastorale a tempo pieno"² il Team Pastorale viene coinvolto nell'esercizio dei compiti pastorali ai sensi del can. 517 §2 CIC.
24. Alla relativa parrocchia viene assegnato un sacerdote quale "incaricato parrocchiale", nominato dal Vescovo diocesano. In tali parrocchie l'ufficio di parroco rimane vacante.
25. L'incaricato parrocchiale viene dotato delle facoltà e delle competenze proprie di un parroco e incaricato della guida della pastorale. In modo particolare gli competono quei compiti e quelle facoltà il cui esercizio è legato all'ordinazione sacerdotale (in particolare la presidenza della celebrazione eucaristica e l'amministrazione dei sacramenti), nonché la cura spirituale della comunità parrocchiale e delle collaboratrici e dei collaboratori.
26. L'incaricato parrocchiale svolge il proprio servizio a titolo accessorio. Non è soggetto all'obbligo di residenza (can. 533 §1 CIC), ma è tenuto all'obbligo di applicazione della Messa per il popolo nelle domeniche e nei giorni festivi (can. 534 CIC).
27. Ai sensi dell'art. 103, comma 4, dell'Istruzione in materia amministrativa della Conferenza Episcopale Italiana del 2005, l'incaricato parrocchiale viene comunicato al Registro delle persone giuridiche e ivi registrato quale legale rappresentante della parrocchia.

Le presenti direttive sono approvate e vengono promulgate con effetto dal 1° novembre 2026.

+ Ivo Muser, Vescovo

Bolzano, Festa di San Giacomo apostolo, 25 luglio 2026
Prot. Nr. 2026/316 II

² Istruzione "La conversione pastorale della comunità parrocchiale al servizio della missione evangelizzatrice della Chiesa" a cura della Congregazione per il Clero, 20.07.2020.

Dekret zur Approbation der Interventionsordnung der Diözese Bozen-Brixen

Auf Initiative der Steuerungsgruppe des Projekts „Mut zum Hinsehen“ und im Auftrag des Generalvikars wurde die Erarbeitung einer Interventionsordnung für die Diözese Bozen-Brixen in Auftrag gegeben.

Die inhaltliche und redaktionelle Ausarbeitung erfolgte unter Federführung der Kanzlei Lau-Litzka-Pusch aus München in Zusammenarbeit mit vier von sexueller Gewalt im Verantwortungsbereich der Kirche betroffenen Personen. In den finalen Text wurden die Rückmeldungen der Steuerungsgruppe des Projektes „Mut zum Hinsehen“ sowie die Rückmeldungen des Generalvikars, des Kanzlers und von mir als Bischof eingearbeitet.

Kraft meines Amtes als Diözesanbischof

approbiere ich mit gegenwärtigem Dekret die Interventionsordnung der Diözese Bozen-Brixen,

die als Anlage integrierenden Bestandteil des vorliegenden Dekretes bildet, und setze sie mit Wirkung vom 1. August 2026 in Kraft.

Dieses Dekret und die gesamte Interventionsordnung soll im Folium Dioecesanum Bauzanense-Brixinense veröffentlicht werden.

Ivo Muser, Bischof von Bozen-Brixen

Bozen, am Gedenktag der hll. Marta, Maria und Lazarus, den 29. Juli 2026
Prot. Nr. 2026/328 II

Interventionsordnung der Diözese Bozen-Brixen

Vorbemerkung

Die Diözese Bozen-Brixen nimmt den Schutz der Würde und Integrität jedes Menschen als wesentlichen Bestandteil ihres kirchlichen Auftrags wahr. Insbesondere der Schutz von Minderjährigen und schutz- oder hilfebedürftigen Erwachsenen vor sexualisierter sowie vor physischer und psychischer Gewalt ist eine zentrale Verpflichtung kirchlichen Handelns. Jede Form von Gewalt widerspricht in grundlegender Weise dem kirchlichen Selbstverständnis.

Die Diözese verfolgt daher unter anderem das Ziel, institutionelle Rahmenbedingungen zu schaffen und zu gewährleisten, die geeignet sind, Gefährdungen frühzeitig zu erkennen, wirksam zu verhindern und angemessen auf Hinweise auf mögliche Übergriffe zu reagieren. Dabei gibt es eine strukturelle Trennung der Bereiche Prävention und Intervention, also der Vorbeugung von und der Reaktion auf Missbrauchs(verdachts)fälle – wobei beide Bereiche das gleiche vorrangige Ziel verfolgen, nämlich den Schutz von Betroffenen sowie die Vermeidung weiterer Straftaten.

Die Diözese Bozen-Brixen hat vor allem im Bereich der Prävention Maßnahmen in Verfolgung dieser Zielsetzung ergriffen. Neben den derzeit in der Fassung aus dem Jahr 2023 gültigen Leitlinien der Italienischen Bischofskonferenz zum Schutz Minderjähriger und schutzbedürftiger Personen (Linee guida per la tutela dei minori e degli adulti vulnerabili) hat der Bischof von Bozen-Brixen eine Rahmenordnung für den Diözesanen Dienst für den Schutz von Minderjährigen und schutzbedürftigen Personen (FDBB 2020, 273-294) approbiert. Darüber hinaus sind die im Zusammenhang mit Fällen sexuellen Missbrauchs praktizierten Standards in dem Rahmenkonzept für Prävention und Schutz von Minderjährigen vor sexuellem Missbrauch und anderen Formen von Gewalt sowie in den Richtlinien für die Verfahrensweise der Ombudsstelle zusammengefasst, die auf der Arbeitsebene erstellt wurden. Neben dem Diözesanen Dienst für den Schutz von Minderjährigen und schutzbedürftigen Personen, dem Diözesanbeauftragten und der Ombudsstelle verfügt die Diözese Bozen-Brixen über einen überwiegend mit externen Expertinnen und Experten besetzten Fachbeirat. Die im Rahmen der bisherigen Tätigkeit und insbesondere des Projekts „Mut zum Hinsehen“ gewonnenen Erfahrungen haben vor allem im Bereich der Intervention Optimierungsmöglichkeiten erkennbar werden lassen.

Die vorliegende Interventionsordnung ergänzt im Hinblick auf den Umgang mit Hinweisen auf sexuelle Übergriffe, sexuellen Missbrauch sowie sonstige Formen von Gewalt bereits bestehende kirchliche und diözesane Vorgaben. Sie schafft ein strukturiertes, transparentes und nachvollziehbares Verfahren, das sowohl den Schutz und die Unterstützung der betroffenen Personen als auch die Wahrung der Rechte der beschuldigten Personen gewährleistet. Ziel des Verfahrens ist eine unabhängige und sorgfältige Aufklärung des Sachverhalts sowie die Gewährleistung angemessener Maßnahmen.

Die Anwendung dieser Ordnung erfolgt in dem Bewusstsein, dass Verfahren im Zusammenhang mit Hinweisen auf Gewalt und Missbrauch eine besondere Sensibilität erfordern. Die Achtung der persönlichen Würde aller Beteiligten, ein verantwortungsvoller Umgang mit Informationen sowie eine sorgfältige Abwägung der betroffenen Interessen bilden die Grundlage sämtlicher Verfahrensschritte. Zugleich ist sicherzustellen, dass Hinweise ernst genommen, geprüft und – soweit erforderlich – geeignete Maßnahmen ergriffen werden, damit es dann zu konkreten Schritten kommt.

Dabei arbeitet die Diözese mit den zuständigen staatlichen Behörden sowie mit fachkundigen Einrichtungen und Netzwerken zusammen. Der fachliche Austausch mit anderen Diözesen sowie mit kirchlichen und nichtkirchlichen Institutionen dient der kontinuierlichen Weiterentwicklung dieser Regelungen.

Die Diözese versteht diese Interventionsordnung als Bestandteil eines fortlaufenden Prozesses der Qualitätssicherung und Weiterentwicklung. Erkenntnisse aus der praktischen Anwendung sowie rechtliche und institutionelle Entwicklungen werden regelmäßig berücksichtigt, um die Wirksamkeit der Verfahren nachhaltig zu gewährleisten. Die sich aus dieser Interventionsordnung ergebenden Verfahrens- und Handlungsabläufe sind graphisch in Ablaufdiagrammen dargestellt, die als Anlagen integraler Bestandteil dieser Interventionsordnung sind.

A. Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1 – Zielsetzung und Verfahrensgrundlagen

- (1) Diese Interventionsordnung regelt das Verfahren bei Meldungen sexueller Übergriffe, sexuellen Missbrauchs sowie sonstiger Formen von Gewalt, insbesondere physische und psychische Gewalt, im Verantwortungsbereich der Diözese Bozen-Brixen. Sie dient der Konkretisierung der einschlägigen kirchlichen und diözesanen Vorgaben und ist im Zusammenhang mit diesen auszulegen. Im Falle von Widersprüchen sind die Regelungen dieser Ordnung vorrangig, soweit nicht zwingendes universalkirchliches Recht entgegensteht.
- (2) Für alle Maßnahmen auf der Grundlage dieser Ordnung gelten die Grundsätze der Vertraulichkeit, Fairness, Transparenz, Ergebnisoffenheit, zeitlichen Angemessenheit sowie der Schutz der betroffenen und der beschuldigten Person.
- (3) Im Rahmen dieser Ordnung werden Sekundär-Betroffene den unmittelbar von ihrem Anwendungsbereich erfassten Gewalterfahrungen Betroffenen gleichgestellt.

Artikel 2 – Anwendungsbereich

- (1) Diese Ordnung findet Anwendung auf alle Hinweise auf Sachverhalte im Sinne der CEI-Richtlinien (Linee guida per la tutela dei minori e degli adulti vulnerabili del 24 giugno 2019, Edizione aggiornata alla normativa vigente, Novembre 2023) und des Rahmenkonzepts der Diözese Bozen-Brixen, die sich im Verantwortungsbereich der Diözese Bozen-Brixen ereignen oder zuständigkeitshalber an diese verwiesen werden.
- (2) Sie gilt für Kleriker der Diözese Bozen-Brixen, für Kleriker fremder Diözesen, für alle Mitglieder von anderen Inkardinationsverbänden sowie für Ordensangehörige, die im Auftrag der Diözese Bozen-Brixen oder in deren Gebiet, zum Beispiel bei Urlaubsvertretungen, tätig sind. Dies schließt insbesondere auch die Tätigkeit in inkorporierten Pfarreien ein. Für Kandidaten für das Weiheamt sowie für Laienmitarbeitende der Diözese Bozen-Brixen und der Pfarreien sowie für die in diesen Institutionen tätige Ehrenamtliche gilt diese ebenfalls. Das Verfahren wird auch bei verstorbenen Beschuldigten durchgeführt.
- (3) Betrifft ein Sachverhalt einen Kleriker eines anderen Inkardinationsverbandes oder einen Ordensangehörigen, der auf dem Gebiet der Diözese Bozen-Brixen tätig ist, führt der Generalvikar, soweit kein Fall des Absatzes 4 vorliegt, das Verfahren als Tatortordinarius nach Maßgabe dieser Ordnung durch und informiert den Inkardinationsordinarius oder Ordensoberen zu Beginn und nach Abschluss des Verfahrens darüber in geeigneter Weise. Dies gilt auch, wenn sich die beschuldigte Person zufällig in dem Gebiet der Diözese Bozen-Brixen aufhält.
- (4) Das Verfahren nach dieser Ordnung wird nur dann nicht durchgeführt, wenn die beschuldigte Person sich nur zufällig auf dem Gebiet der Diözese Bozen-Brixen aufhält und die Durchführung einer kirchlichen Voruntersuchung oder eines vergleichbaren Verfahrens durch den Wohnortordinarius oder die Ordensgemeinschaft den Interessen der betroffenen Person besser gerecht wird, was im Zweifel mit dieser abzustimmen ist. In diesen Fällen wird der Generalvikar den jeweiligen Ordinarius oder Ordensoberen entsprechend informieren und sich über den Fortgang des Verfahrens informieren. Die entsprechenden Schritte sind durch den Generalvikar zu dokumentieren.
- (5) Unbeschadet der vorstehenden Regelungen wird der Generalvikar in jedem der sachlichen Zuständigkeit des Dikasteriums für die Glaubenslehre unterliegenden Fall eines Verdachts auf sexuellen Missbrauch, auch wenn nach universalkirchlichen Regelungen keine Zuständigkeit der Diözese Bozen-Brixen besteht und kein Verfahren nach dieser Ordnung durchgeführt wird, das Dikasterium für die Glaubenslehre über den Sachverhalt informieren.

B. Beteiligte Stellen und allgemeine Pflichten

Artikel 3 – Beteiligte Stellen

- (1) An dem Verfahren sind die Ombudsstelle, die Interventionskommission sowie der Generalvikar beteiligt.
- (2) Die Ombudsstelle ist die primäre Anlaufstelle für alle Meldungen und nimmt die Interessen der betroffenen Person wahr. Sie handelt unabhängig und ist in ihrer Tätigkeit ausschließlich dem Schutz der betroffenen Person verpflichtet. Die Ombudspersonen führen Gespräche mit der betroffenen Person, dokumentieren den Inhalt der Gespräche, klären über Rechte und Verfahrensabläufe auf und begleiten die betroffene Person im weiteren Verlauf des Verfahrens.
- (3) Die Interventionskommission ist für die unabhängige Sachverhaltsaufklärung, die Bewertung des Sachverhalts sowie die Erstellung eines Abschlussberichts zuständig. Sie ist überhäuft mit externen fachkundigen Personen, darunter auch Missbrauchsbedrohten besetzt.
- (4) Der Generalvikar ist die vom Diözesanbischof beauftragte entscheidende Instanz und trifft die abschließende Entscheidung auf Grundlage des Abschlussberichts der Interventionskommission. Er ist zudem für die Unterrichtung des Dikasteriums für die Glaubenslehre sowie Information anderer Inkardinationsverbände verantwortlich, soweit eine solche erforderlich ist.
- (5) Dem Betroffenenbeirat ist die auf Grundlage des Berichts der Interventionskommission getroffene Entscheidung des Generalvikars vorzulegen. Der Betroffenenbeirat kann gegen dessen Entscheidung beim Generalvikar Beschwerde einlegen.

Artikel 4 – Allgemeine Pflichten der beteiligten Stellen

- (1) Die beteiligten Stellen unterliegen hinsichtlich aller ihnen im Rahmen des Verfahrens bekannt gewordenen Umstände einer strengen Verschwiegenheitspflicht. Eine Weitergabe von Informationen ist nur zulässig, soweit gesetzliche oder kirchenrechtliche Verpflichtungen bestehen oder dies zur Durchführung des Verfahrens erforderlich ist.
- (2) Alle am Verfahren beteiligten Personen sind verpflichtet, mögliche Interessenkonflikte oder Befangenheiten unverzüglich offenzulegen. Ob solche vorliegen, wird von den beteiligten Stellen ohne Mitwirkung der möglicherweise befangenen Person selbst bewertet. Besteht die beteiligte Stelle nur aus der Person, bei der ein möglicher Interessenkonflikt vorliegt, entscheidet deren Stellvertretung, in Ermangelung einer solchen der Diözesanbischof. Liegt ein Interessenkonflikt oder die Befangenheit vor, nimmt die betreffende Person am weiteren Verfahren nicht teil.
- (3) Die Verfahrensakte sind so zu führen und aufzubewahren, dass insbesondere eine unbefugte Kenntnisnahme ausgeschlossen ist. Im Übrigen sind die Akten gemäß den Grundsätzen der ordnungsgemäßen Aktenführung zu führen. Zugriff auf die Unterlagen erhalten ausschließlich die jeweils mit der Sache befassten Personen.

Artikel 5 – Aufgaben und Pflichten der Ombudsstelle

- (1) Die Ombudsstelle nimmt Hinweise auf dem Anwendungsbereich dieser Interventionsordnung unterliegenden Sachverhalte entgegen, führt die notwendigen Gespräche mit der betroffenen Person und begleitet diese während des gesamten Verfahrens. Sie informiert über Rechte, Verfahrensabläufe sowie bestehende Unterstützungsangebote und trägt dafür Sorge, dass die Belange der betroffenen Person angemessen berücksichtigt werden.
- (2) Sie entscheidet nach eigenem Ermessen über etwa erforderliche Sofortmaßnahmen zur Unterstützung der betroffenen Person nach näherer Maßgabe dieser Ordnung. Sie kann dem Generalvikar weitere vorläufige Unterstützungsmaßnahmen vorschlagen, wenn ihr die Sofortmaßnahmen bis zum Abschluss des Verfahrens als nicht ausreichend erscheinen. Hierüber entscheidet der Generalvikar entsprechend der Regelung in Art. 15 unverzüglich, spätestens innerhalb von drei Wochen.
- (3) Die Ombudsstelle informiert die betroffene Person fortlaufend über den Stand und den Verlauf des Verfahrens.
- (4) Die Ombudsstelle gibt zum Abschlussbericht der Interventionskommission eine Stellungnahme ab und spricht spätestens zu diesem Zeitpunkt Empfehlungen für langfristige Unterstützungsmaßnahmen für die betroffene Person aus.

Artikel 6 – Aufgaben und Pflichten der Interventionskommission

- (1) Die Interventionskommission ist für die umfassende und unabhängige Aufklärung des Sachverhalts verantwortlich. Sie erarbeitet eine Handlungsempfehlung hinsichtlich Art, Umfang und Durchführung der erforderlichen Interventions- und Unterstützungsmaßnahmen. Sie besteht mindestens überhäuftig aus externen fachkundigen Personen und wird von einer Vorsitzenden oder einem Vorsitzenden geleitet, die oder der bei Entscheidungen ein einfaches Stimmrecht, jedoch kein Vetorecht hat. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, wenn der/ die Vorsitzende oder deren jeweilige Stellvertretung sowie insgesamt mindestens die Hälfte ihrer Mitglieder anwesend sind. Entscheidungen werden durch einfachen Mehrheitsbeschluss getroffen.
- (2) Die Interventionskommission kann in jeder Phase des Verfahrens durch einfachen Mehrheitsbeschluss externe Dritte heranziehen und bzw. oder einzelne Mitglieder mit der Durchführung einzelner Tätigkeiten beauftragen.
- (3) Die Interventionskommission kann zur Qualitätssicherung und Evaluation ihrer Tätigkeit externe Prüfer heranziehen, wenn mindestens ein Drittel der Mitglieder dies verlangt.
- (4) Die Bildung, Zusammensetzung und nähere Einzelheiten zur Arbeitsweise bleiben einer gesonderten Regelung vorbehalten. Diese Regelung erlässt der Generalvikar.

Artikel 7 – Generalvikar

- (1) Der Generalvikar trifft die abschließende Entscheidung auf Grundlage des Abschlussberichts der Interventionskommission sowie der Stellungnahme der Ombudsstelle. Zudem setzt er die Empfehlungen der Ombudsstelle hinsichtlich Unterstützungsmaßnahmen für die betroffene Person um. Der Generalvikar kann die ihm nach dieser Ordnung obliegenden Aufgaben ganz oder teilweise an eine beauftragte Person übertragen, sofern nachstehend nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist und die Aufgaben zwingend dem Generalvikar vorbehalten bleiben müssen.
- (2) Er trägt die Verantwortung für die Umsetzung der getroffenen Maßnahmen sowie für die ordnungsgemäße Dokumentation des Verfahrens.
- (3) Er ist für die Kommunikation mit Leitungsverantwortlichen anderer Inkardinationsverbänden zuständig; diese Kommunikation stimmt er mit der Interventionskommission ab und legt sie dieser und der Ombudsstelle gegenüber offen.

C. Meldung und Erstintervention

Artikel 8 – Meldung

Die Diözese stellt sicher, dass niederschwellige und ortsunabhängige Meldewege zur Verfügung stehen, die es betroffenen Personen und Dritten ermöglichen, Hinweise auf Sachverhalte im Sinne dieser Ordnung zu übermitteln. Die Diözese stellt sicher, dass Meldungen schriftlich, per E-Mail, telefonisch oder persönlich erfolgen können.

Artikel 9 – Eingang einer Meldung

- (1) Meldungen können von betroffenen Personen, von Dritten oder anonym erfolgen. Anonyme Meldungen sind nicht anonymen Meldung gleichgestellt.
- (2) Für betroffene Personen und Dritte, die Kenntnisse von einem Sachverhalt erlangt haben, besteht keine Verpflichtung zur Meldung.
- (3) Wer im Dienst der Diözese Bozen-Brixen oder einer kirchlichen Körperschaft steht, die unter der Aufsicht des Bischofs von Bozen-Brixen steht, einschließlich ehrenamtlich tätiger Personen, ist verpflichtet, ihnen bekannt gewordene Verdachtsmomente oder Hinweise unverzüglich an die Ombudsstelle weiterzuleiten, sofern sie nicht sicher davon ausgehen können, dass die betroffene Person keine Meldung wünscht. Verstöße gegen diese Meldepflicht können arbeitsrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen. Die Diözese stellt sicher, dass alle Personen im Sinne des S. 1 je nach Art und Umfang ihres Dienstes entsprechend hinsichtlich der Weiterleitung von Meldungen geschult sind.

Artikel 10 – Vorgehensweise der Ombudsstelle

- (1) Nach Eingang einer Meldung legt die Ombudsstelle einen Vorgang an und vergibt nach Maßgabe der Ausführungsbestimmungen ein Aktenzeichen. Sie unterrichtet die Interventionskommission unverzüglich über den Eingang der Meldung und das Aktenzeichen und dokumentiert diese Unterrichtung unter Angabe des Zeitpunkts und der unterrichteten Person. Sie nimmt unverzüglich Kontakt mit der betroffenen Person auf, sofern dies möglich ist und kein entgegenstehender Wille geäußert wurde, und lädt diese zu einem Gespräch ein, in dem die betroffene Person ihr Anliegen und insbesondere den Sachverhalt ausführlich schildern kann und über ihre Rechte, den weiteren Verfahrensablauf sowie bestehende Unterstützungsangebote informiert wird. Erfolgt die Meldung durch Dritte, wird die betroffene Person schriftlich kontaktiert, sofern sie identifizierbar ist und kein entgegenstehender Wille erkennbar ist; im Falle eines entgegenstehenden Willens, erfolgt die Kontaktaufnahme mit der meldenden Person, sofern diese nicht widersprochen hat.
- (2) Die Gespräche sind so zu führen, dass eine Retraumatisierung vermieden wird und können nach Wunsch der betroffenen Person in Präsenz, telefonisch oder unter Nutzung digitaler Kommunikationsmittel durchgeführt werden. Die betroffene Person kann eine Begleitperson hinzuziehen. Weitere Gespräche finden statt, sofern dies von der betroffenen Person gewünscht wird. Über die Gespräche wird jeweils ein Protokoll erstellt und der betroffenen Person zur Autorisierung vorgelegt. Mit Einverständnis der betroffenen Person kann eine Audioaufzeichnung erfolgen und transkribiert werden; eine etwaige Aufzeichnung ist nach Autorisierung des Transkripts unverzüglich zu löschen. Mit der Autorisierung ist das Einverständnis zur Weitergabe an die Interventionskommission verbunden; hierauf ist ausdrücklich hinzuweisen. Gleichzeitig mit der Weiterleitung des Protokolls oder Transkripts an die Interventionskommission empfiehlt die Ombudsstelle dem Generalvikar in Abhängigkeit von der Dringlichkeit weitere vorläufige Unterstützungsmaßnahmen zugunsten der betroffenen Person, insbesondere in Form von Therapieleistungen, sofern ihr die von ihr zugesagten Sofortmaßnahmen als nicht ausreichend erscheinen.
- (3) Erfolgt keine Autorisierung des Protokolls oder des Transkripts, endet das Verfahren nach dieser Ordnung an dieser Stelle. Der Vorgang wird in diesem Fall von der Ombudsstelle anonymisiert dahingehend erfasst, dass hinsichtlich des Beschuldigten, soweit dieser identifizierbar ist, ein nach dieser Ordnung relevanter Vorwurf erhoben wurde und wird in dieser Form an den Generalvikar weitergeleitet. Die Durchführung einer kirchlichen Voruntersuchung (c. 1717 CIC) und die Meldung an das Dikasterium für die Glaubenslehre bleiben davon unberührt. In begründeten Ausnahmefällen kann die Ombudsstelle auch in diesen Fällen dem Generalvikar Unterstützungsmaßnahmen für die betroffene Person empfehlen, dies insbesondere dann, wenn die betroffene Person eine therapeutische Sofortmaßnahme in Anspruch genommen hat und seitens der Therapeutin oder des Therapeuten nach vorheriger Entbindung der Schweigepflicht eine gleichlautende Empfehlung vorliegt. Die Ombudsstelle wird der betroffenen Person in diesen Fällen eine solche Entbindung der Therapeutin oder des Therapeuten von der Schweigepflicht empfehlen.
- (4) Soweit eine Zuständigkeit der Diözese Bozen-Brixen nach Maßgabe dieser Ordnung, insbesondere unter Berücksichtigung von Art. 2 Abs. 4, nicht gegeben ist, unterstützt die Ombudsstelle die betroffene Person bei der Kontaktaufnahme mit den dort zuständigen Stellen und dokumentiert den diesbezüglichen Schriftverkehr.
- (5) Die Ombudsstelle informiert die betroffene Person über ihr Recht, bei der Staatsanwaltschaft beim Landesgericht Bozen eine Meldung zu erstatten. Die Ombudsstelle kann jederzeit, bereits unmittelbar nach Eingang der Meldung, dem Generalvikar empfehlen, den Sachverhalt unverzüglich an die staatlichen Strafverfolgungsbehörden weiterzuleiten, sofern die betroffene Person dem zustimmt.

- (6) Die Ombudsstelle weist auf bestehende Unterstützungsangebote in Form von Sofortmaßnahmen hin und stellt auf Wunsch der betroffenen Person entsprechende Kontakte her. Insbesondere kann sie den Kontakt zu einer Psychotherapeutin oder einem Psychotherapeuten vermitteln, bei der oder bei dem bis zu fünf Therapiestunden in Anspruch genommen werden können, deren Kosten die Diözese Bozen-Brixen trägt. Soweit erforderlich oder von den betroffenen Personen gewünscht, vermittelt sie den Zugang zu einer unabhängigen rechtlichen Erstberatung durch einen Rechtsanwalt oder eine Rechtsanwältin, deren Kosten die Diözese trägt.
- (7) Die Ombudsstelle informiert die betroffene Person über die Möglichkeit hinsichtlich einer langfristigen Unterstützung im Rahmen von psychotherapeutischen Maßnahmen und eine diesbezügliche vollständige oder teilweise Kostenübernahme durch die Diözese. Möchte die betroffene Person dies in Anspruch nehmen, unterstützt die Ombudsstelle sie bei der Suche nach einer geeigneten Therapeutin oder einem geeigneten Therapeuten.
Sofern bei der betroffenen Person psychosomatische Beschwerden vorliegen, vermittelt die Ombudsstelle eine geeignete Behandlungsstelle und gibt auf Grundlage der dortigen Empfehlung eine Empfehlung an den Generalvikar hinsichtlich einer finanziellen Unterstützung für entsprechende Behandlungsmaßnahmen.

D. Sachverhaltsaufklärung

Artikel 11 – Sachverhaltsaufklärung durch die Interventionskommission

- (1) Die Interventionskommission entscheidet auf der Grundlage des autorisierten Protokolls oder Transkripts eigenständig und unabhängig über Art, Umfang und Durchführung der Sachverhaltsaufklärung.
- (2) Zu den Maßnahmen der Sachverhaltsaufklärung gehören insbesondere die Einsichtnahme in Akten und Unterlagen, die Befragung von Zeuginnen und Zeugen sowie der beschuldigten Person und die Einholung von Stellungnahmen von Expertinnen und Experten oder sonstigen fachkundigen Dritten. Sie kann die für die Durchführung der vorgenannten Maßnahmen erforderlichen Anordnungen mit für die Adressaten bindender Wirkung treffen. Die Interventionskommission kann die Durchführung einzelner Aufklärungsmaßnahmen jederzeit widerruflich ganz oder teilweise einzelnen Mitgliedern oder externen fachkundigen Personen übertragen und legt dabei auch den zeitlichen Rahmen sowie die Art und Weise der Berichterstattung fest.
- (3) Eine ergänzende Befragung der betroffenen Person erfolgt nur, soweit dies erforderlich ist und unter Beachtung der besonderen Schutzbedürfnisse der betroffenen Person. Die Einholung eines aussagepsychologischen Gutachtens ist nur mit deren Zustimmung zulässig; aus der Verweigerung der Zustimmung dürfen der betroffenen Person keine Nachteile entstehen.
- (4) Die Rechte der beschuldigten Person, insbesondere das Recht auf rechtliches Gehör, auf Beistand und auf Schutz vor öffentlicher Vorverurteilung, sind zu wahren.
- (5) Die Ombudsstelle wird über sämtliche Maßnahmen der Sachverhaltsaufklärung informiert; ihr ist auf Wunsch oder bei Bedarf eine Mitwirkung zu ermöglichen. Sie informiert die betroffene Person fortlaufend über den Stand des Verfahrens.
- (6) Bestehen Anhaltspunkte für nach staatlichem Recht strafbares Verhalten, ist die gegebenenfalls unmittelbare Einbindung staatlicher Behörden zu prüfen. Die Interventionskommission prüft dabei insbesondere, ob weitere Aufklärungsmaßnahmen den Erfolg einer möglichen staatlichen Strafverfolgung gefährden könnten. Ist dies der Fall, veranlasst sie unter Einbindung der Ombudsstelle zur Einholung der Zustimmung der betroffenen Person die unverzügliche Befassung durch den Generalvikar mit dem Ziel der Entscheidung über eine sofortige Einbindung der staatlichen Strafverfolgungsbehörden.
Im Falle bereits anhängiger staatlicher Ermittlungs- oder Gerichtsverfahren wird das Verfahren bis zu deren Abschluss ausgesetzt, wenn die Ermittlungsbehörden dies anordnen. Die Interventionskommission hat sich hierüber bei den Ermittlungsbehörden rückzuversichern. In diesem Fall unterbreitet die Interventionskommission Empfehlungen für geeignete vorläufige Maßnahmen gegenüber der beschuldigten Person, insbesondere einzelne Tätigkeitsbeschränkungen, vorläufige Änderungen der Tätigkeit, räumliche und zeitliche Einschränkungen der Tätigkeit.

- (7) Alle für die Sachverhaltsaufklärung erforderlichen Maßnahmen der Interventionskommission sind mit einfacher Mehrheit zu beschließen. Dies gilt nicht, soweit die Interventionskommission einem externen Dritten oder einem ihrer Mitglieder eine Vollmacht zur eigenständigen Durchführung einzelner Maßnahmen erteilt hat. Die Erteilung einer solchen Vollmacht erfolgt ebenfalls durch einfachen Mehrheitsbeschluss.

Artikel 12 – Dokumentation der Sachverhaltsaufklärung

Die durchgeführten Maßnahmen sowie die daran beteiligten Personen sind durch die Interventionskommission unter Beachtung der hierfür bestehenden fachlich anerkannten Standards (Grundsätze guter Dokumentation) vollständig zu dokumentieren. Die Dokumentation hat den Ablauf des Verfahrens nachvollziehbar abzubilden.

E. Bewertung

Artikel 13 – Abschlussbericht der Interventionskommission

- (1) Nach Abschluss der Sachverhaltsaufklärung erstellt die Interventionskommission einen schriftlichen Abschlussbericht mit einem Entscheidungsvorschlag für den Generalvikar. Die Bewertung des Sachverhalts und der Entscheidungsvorschlag bedürfen weder der Einstimmigkeit noch einer qualifizierten Mehrheit. Mitglieder der Interventionskommission, die sich der Mehrheitsmeinung nicht anschließen, können dem Bericht ein gemeinsames oder jeweils eigenes Minderheitenvotum beifügen.
- (2) Der Bericht enthält eine Darstellung des Verfahrensgangs, eine Würdigung der erhobenen Beweise sowie eine Bewertung des Sachverhalts als erwiesen, plausibel, nicht abschließend aufklärbar oder widerlegt. Soweit keine unmittelbare Befassung staatlicher Strafverfolgungsbehörden erfolgt ist, nimmt der Bericht auch zu der Frage Stellung, ob eine unverzügliche Weiterleitung an diese angezeigt ist.
- (3) Soweit der Sachverhalt nicht als widerlegt angesehen wird, enthält der Bericht eine nachvollziehbare Begründung der Bewertung sowie konkrete Handlungsempfehlungen im Hinblick auf die beschuldigte Person. Diese können insbesondere Maßnahmen im kirchlichen oder dienstrechtlichen Bereich umfassen, unter Berücksichtigung des jeweiligen rechtlichen Status und vorbehaltlich einer entsprechenden rechtlichen Prüfung. Ausgenommen hiervon sind Empfehlungen, die einem kirchlichen oder sonstigen förmlichen Verfahren vorbehalten sind. Auch im Fall der Bewertung als widerlegt ist in Form einer nachvollziehbaren Begründung darzulegen, aufgrund welcher Erkenntnisse der Vorwurf als entkräftet angesehen wird.
- (4) Dem Bericht werden sämtliche im Zuge der Tätigkeit der Interventionskommission und der Ombudsstelle entstandenen Unterlagen beigelegt.

Artikel 14 – Stellungnahme und Empfehlung der Ombudsstelle

Die Ombudsstelle muss zum Bericht der Interventionskommission innerhalb einer Frist von 14 Tagen eine Stellungnahme abgeben. Die Stellungnahme muss eine Aussage hinsichtlich der für die betroffene Person empfohlenen Unterstützungsmaßnahmen enthalten. Die Stellungnahme ist dem Generalvikar zusammen mit dem Bericht der Interventionskommission vorzulegen.

F. Entscheidung und Beschwerdemöglichkeit

Artikel 15 – Entscheidung des Generalvikars

- (1) Die Entscheidung des Generalvikars erfolgt auf Grundlage des Abschlussberichts der Interventionskommission sowie der Stellungnahme der Ombudsstelle. Weicht der Generalvikar von den Empfehlungen der Interventionskommission oder der Ombudsstelle ab, ist dies schriftlich und nachvollziehbar zu begründen.
- (2) Die Entscheidung ist zu dokumentieren. Die Kommunikation der Entscheidung erfolgt unter Wahrung der Rechte der Beteiligten in geeigneter Weise, unter Einbindung des Amtes für Medien und Kommunikation auch gegenüber der Öffentlichkeit, soweit dies erforderlich und rechtlich zulässig ist. Darüber hinaus werden die zuständigen diözesane Stellen und Gremien, insbesondere der Kurienrat, der Priesterrat, Pastoralrat, Personalkommission sowie Betroffenenbeirat informiert.

- (3) Die betroffene Person ist über die Entscheidung unter Angabe der tragenden Gründe zu informieren. Ihr ist ein Gesprächsangebot zu unterbreiten, das unter Einbindung der Ombudsstelle erfolgt.
- (4) Soweit mit Blick auf den Abschlussbericht der Interventionskommission die Durchführung einer förmlichen kirchlichen Voruntersuchung nach Maßgabe von c. 1717 § 1 CIC als gänzlich überflüssig anzusehen ist, leitet der Generalvikar den Abschlussbericht unverzüglich zur Entscheidung über die Durchführung eines kirchlichen Strafverfahrens an das Dikasterium für die Glaubenslehre weiter. Soweit die Durchführung einer förmlichen kirchlichen Voruntersuchung nicht gänzlich überflüssig ist, leitet der Generalvikar den Abschlussbericht unter Benennung der aus seiner Sicht noch klärungsbedürftigen Punkte an die Interventionskommission zurück. Die Interventionskommission führt die weitere Sachverhaltsaufklärung durch.

Artikel 16 – Beschwerdemöglichkeit

- (1) Gegen die Entscheidung des Generalvikars kann innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Zustellung der Entscheidung Beschwerde bei diesem eingelegt werden. Zur Beschwerde berechtigt sind die betroffene Person, die beschuldigte Person sowie die Ombudsstelle und der Betroffenenbeirat. Die Beschwerde muss von dem Betroffenen nicht begründet werden. Eine Begründung kann von der betroffenen Person nachgereicht werden. Die übrigen Beschwerdeberechtigten müssen die Beschwerde begründen. Eine Anschlussbeschwerde ist für die vorgenannten Beschwerdeberechtigten innerhalb von zwei Wochen nach Eingang der ersten Beschwerde möglich.
- (2) Der Generalvikar kann nach Eingang einer Beschwerde eine neue Entscheidung treffen. Diese ist dem Generalvikar persönlich vorbehalten; eine Delegation ist nicht möglich. Seine Entscheidung ist schriftlich zu begründen, insbesondere wenn er von der Empfehlung der Interventionskommission abweicht. Hält er die ergangene Entscheidung aufrecht, ist auch dies vor dem Hintergrund der Beschwerdeerwände schriftlich zu begründen.
- (3) Die Entscheidung des Generalvikars nach Durchführung des Beschwerdeverfahrens ist nach dieser Ordnung unanfechtbar. Allgemeine kirchenrechtliche Rechtsmittel, soweit gegeben, bleiben hiervon unberührt. Diese Beschwerde gilt als Abhilfeverlangen im Rahmen des hierarchischen Rekurses gemäß c. 1734 § 1 CIC, wobei die diesbezügliche Einlegungsfrist des c. 1734 § 2 CIC unberührt bleibt.

G. Dokumentation, Datenschutz und Transparenz

Artikel 17 – Dokumentation und Aufbewahrung

- (1) Die Verfahrensunterlagen sind gesondert aufzubewahren und gegen unbefugten Zugriff zu sichern. Der Abschlussbericht der Interventionskommission und die Entscheidung des Generalvikars sind der Personalakte des Beschuldigten hinzuzufügen.
- (2) Betroffene Personen sowie ihre rechtlichen Vertreter haben im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben, insbesondere nach Maßgabe des Arbeitsrechts und des Datenschutzes, Anspruch auf Einsicht. Die Gewährung von Akteneinsicht an beschuldigte Personen sowie deren rechtliche Vertretung liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Generalvikars. Wird beschuldigten Personen Akteneinsicht gewährt, ist sorgfältig darauf zu achten, dass personenbezogene Daten Dritter, insbesondere der betroffenen Person bzw. Personen, nur insoweit offenbart werden, wie dies zur Wahrung berechtigter Interessen der beschuldigten Person zwingend erforderlich ist, im Übrigen in nicht revisibler Weise geschwärzt werden.

Artikel 18 – Datenschutz und Informationsweitergabe

- (1) Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt unter strikter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorgaben. Die Diözese ist verpflichtet, die Öffentlichkeit ausreichend und angemessen über abgeschlossene Verfahren zu informieren.
- (2) Im Falle einer Anschlussbeschäftigung des Beschuldigten bei einem anderen Inkardinationsverband oder Arbeitgeber ist im rechtlich zulässigen Umfang sicherzustellen, dass die hierfür zuständigen Stellen oder Verantwortlichen in geeigneter Weise über die für die Bewertung der Tätigkeit relevanten Umstände informiert werden.

H. Qualitätssicherung und Weiterentwicklung

Artikel 19 – Schulungen

- (1) Die Diözese stellt sicher, dass alle nach dieser Ordnung beteiligten Personen verpflichtend an der von der Diözese zur Gewährleistung der Qualität dieses Verfahrens regelmäßig angebotenen Schulungen teilnehmen und die Teilnahme nachgewiesen wird.
- (2) Darüber hinaus sind für alle Ordinariats- und Diözesanmitarbeitenden sowie für Priester, Diakone sowie hauptamtliche Laienmitarbeitende in der Seelsorge verpflichtende und nachweisbare Schulungen vorzusehen, die – gegebenenfalls abgestuft nach Tätigkeitsbereich und Verantwortungsumfang – die ordnungsgemäße Durchführung des Interventionsverfahrens gewährleisten.

Artikel 20 – Evaluation

- (1) Die Interventionsordnung wird jährlich überprüft. Die jährliche Überprüfung erfolgt durch die Ombudsperson, den/ die Vorsitzende/n der Interventionskommission und einem der Interventionskommission angehörenden Mitglieder des Betroffenenrates. Dabei werden insbesondere die geführten Verfahren ausgewertet. Der Überprüfungsbericht wird dem Generalvikar spätestens drei Monate nach dem jährlichen Stichtag der Inkraftsetzung vorgelegt. Im ersten Jahr nach dem Inkrafttreten und in der Folge im Turnus von jeweils drei Jahren wird die Überprüfung unter Beteiligung einer von den vorgenannten Personen mindestens mehrheitlich zu benennenden, geeigneten externen Stelle durchgeführt.
- (2) Die Ordnung wird unter Berücksichtigung der gewonnenen Erkenntnisse sowie rechtlicher und institutioneller Entwicklungen fortlaufend angepasst und weiterentwickelt.

I. Schlussbestimmungen

Artikel 21 – Ausführungsbestimmungen, Revision diözesaner Regelungen

- (1) Der Generalvikar erlässt spätestens drei Monate nach dem Inkrafttreten dieser Interventionsordnung nach Durchführung eines Konsultationsprozesses Ausführungsbestimmungen, die insbesondere die Zusammensetzung, Bildung und Arbeitsweise der sowie die fachlichen Anforderungen an die in dieser Ordnung genannten Gremien und Personen sowie die Dokumentation der einzelnen Verfahrensschritte näher konkretisieren.
- (2) Die in der Präambel genannten diözesanen Regelungen und Standards sind bis spätestens 31.12.2026 unter Berücksichtigung der vorliegenden Interventionsordnung zu aktualisieren. Diese Aktualisierung muss auch eine Regelung dazu enthalten, wie mit Klerikern und den gegenüber diesen auf der Grundlage dieser Ordnung verhängten Maßnahmen verfahren wird.

Artikel 22 – Anwendung auf Altfälle

Diese Interventionsordnung findet unmittelbare Anwendung auf alle anhängigen Verfahren, hinsichtlich derer zum Zeitpunkt ihres Inkrafttretens noch keine abschließende Entscheidung getroffen wurde.

Artikel 23 – Inkrafttreten

Diese Interventionsordnung ist im Amtsblatt der Diözese Bozen-Brixen zu veröffentlichen und tritt mit ihrer Veröffentlichung dort in Kraft.

Erstellen / Überarbeiten Interventionsordnung (Abschn. A/F/G/H Art.1,2,17,18,19,20,21,22)	Durchführung / Verantwortung	Inhalt / Referenzen / Kurzbeschreibung
<pre> graph TD Anforderung([Anforderung]) --> 1[1) Erstellen / überarbeiten] 1 --> 2[2) prüfen] 2 --> 3{3) entspricht} 3 -- ja --> 4[4) Freigabe / dekretieren] 3 -- nein --> 1 4 --> 5[5) Schulung] 5 --> 6[6) Verpflichtung zur Umsetzung / Einhaltung] 6 --> 7[7) Informationsmanagement] 7 --> 21([21) Beschwerden]) 7 --> 22([22) Rückmeldungen]) 7 --> 23([23) Änderungen / Neuerungen]) 21 --> 8[8) periodische Überprüfung / Audit] 22 --> 8 23 --> 8 8 --> 9[9) periodisches Review] 9 --> 12[12) Information Intern / öffentlich] 12 --> 10[10) Umsetzung Maßnahmen aus Review] 10 --> 11{11) Überarbeitung?} 11 -- ja --> 1 11 -- nein --> 10 </pre>	(1) AG Erstellung / Änderung (4) Generalvikar (5) Generalvikar Beauftragte Schulung (7) Informations - Beauftragte (8) AG Überprüfung Betroffenerrat (9) Generalvikar AG Review Betroffenerrat (12) Informations - Beauftragte (10) Verantwortliche MitarbeiterInnen	(1) Die Ordnung wird in Zusammenarbeit von Betroffenen, Rechtsanwälten und Diözesanmitarbeitern erstellt bzw. überarbeitet. Mindestinhalt: Anlaufstelle, Aufnahme und Abwicklung, Organisation Rechte und Ansprüche Dokumentation, Kommunikation (2) Die Ordnung wird auf Vollständigkeit, Umsetzbarkeit und Rechtskonformität geprüft. (5) Schulungsinhalt: Gesamte Ordnung bei Einführung oder Änderung zu schulen: Verantwortliche, Priester, MitarbeiterInnen (6) Verantwortliche, Priester und MitarbeiterInnen der Diözese werden in schriftlicher Form zur Einhaltung verpflichtet. (7) Nach Erstellung bzw. Änderungen werden Medien, Betroffene, Beschuldigte, interne MitarbeiterInnen und die Öffentlichkeit informiert (8) Periodisch (jährlich) sind der Status Umsetzung Ordnung, der Maßnahmen, der Schulungen, die Organisation und die Dokumentation durch ein Gremium, dem ein Mitglied des Betroffenenrates angehört, zu überprüfen. Nach 1 Jahr und dann alle 3 Jahre ist in diese Überprüfung eine unabhängige externe Stelle einzubinden. Zu berücksichtigen sind auch die eingegangenen Beschwerden und Rückmeldungen sowie Änderung oder Neuerungen Ein Bericht ist zu erstellen (9) Periodisch (jährlich) ist ein Review zu erstellen und durch die Leitung der Diözese frei zu geben. Inhalt sind die Ergebnisse der Überprüfung sowie Statistiken und wirtschaftliche Überlegungen. Falls notwendig, sind Maßnahmen fest zu legen und eine Empfehlung einer Überarbeitung (11). Das Review ist mit dem Betroffenenrat abzustimmen. (12) MitarbeiterInnen, Betroffene und Öffentlichkeit werden über das Ergebnis des Reviews informiert

Decreto di approvazione delle norme di intervento della diocesi di Bolzano-Bressanone

Su iniziativa del gruppo direttivo del progetto “Coraggio di guardare” e su incarico del Vicario generale, è stata commissionata la stesura di norme di intervento della diocesi di Bolzano-Bressanone.

L’elaborazione dei contenuti e la redazione sono state curate dallo studio legale Lau-Litzka-Pusch di Monaco in collaborazione con quattro persone vittime di violenza sessuale nell’ambito di competenza della Chiesa. Nel testo definitivo sono stati integrati i riscontri del gruppo direttivo del progetto “Coraggio di guardare”, nonché quelli del Vicario generale, del Cancelliere e del sottoscritto in qualità di Vescovo.

In virtù del mio ufficio di Vescovo diocesano,

con il presente decreto approvo le norme di intervento della diocesi di Bolzano-Bressanone,

che, in qualità di allegato, costituisce parte integrante del presente decreto, e lo metto in vigore con effetto dal 1° agosto 2026.

Il presente decreto e le intere norme di intervento devono essere pubblicati nel Folium Diocesanum Bauzanense-Brixinense.

Ivo Muser, Vescovo di Bolzano-Bressanone

Bolzano, nella memoria dei ss. Marta, Maria e Lazzaro, 29 luglio 2026
Prot. Nr. 2026/328 II

Norme di intervento della diocesi di Bolzano-Bressanone

Osservazioni preliminari

La diocesi di Bolzano-Bressanone vede nella protezione della dignità e integrità di ogni essere umano una componente essenziale della propria missione ecclesiale. Tutelare i minori e gli adulti fragili e vulnerabili dalla violenza a sfondo sessuale, sia essa fisica o psicologica, rientra in particolare fra gli obblighi fondamentali dell'operato ecclesiastico. Ogni forma di violenza stride profondamente con l'immagine in cui la Chiesa si riconosce.

Una delle finalità perseguite dalla diocesi consiste dunque nel creare e garantire un contesto istituzionale atto a individuare con precocità i potenziali di rischio, prevenirli con efficacia e reagire con adeguatezza a indizi di possibili abusi. In questo contesto esiste una netta separazione strutturale fra gli ambiti di precauzione e di intervento, ossia tra la prevenzione e la reazione ai casi (sospetti) di abuso, pur perseguendo entrambe il medesimo obiettivo primario, ovvero la protezione dei soggetti offesi e l'evitamento di ulteriori reati.

Nel perseguire questi obiettivi, la diocesi di Bolzano-Bressanone ha adottato misure di intervento principalmente focalizzate sulla prevenzione. Oltre alle Linee Guida della Conferenza Episcopale Italiana per la tutela dei minori e delle persone vulnerabili, in vigore nella versione risalente al 2023, il Vescovo di Bolzano-Bressanone ha introdotto per il Servizio Diocesano per la tutela dei minori e delle persone vulnerabili una serie di direttive riunite nella cosiddetta "Cornice concettuale per la prevenzione da abusi sessuali e da altre forme di violenza" (FDBB 2020, 273-294). Oltre che in questa, gli standard applicati in relazione ai casi di abuso sessuale sono riassunti anche nelle "Direttive per le modalità procedurali" del Centro di ascolto, elaborate a livello operativo. Accanto al Servizio Diocesano per la tutela dei minori e delle persone vulnerabili, all'Incaricato diocesano e al Centro di ascolto, la diocesi di Bolzano-Bressanone dispone di un comitato (cd. équipe) interdisciplinare di esperte ed esperti esterni. Le esperienze acquisite nel contesto delle attività svolte sinora e, in particolare, nell'ambito del progetto "Il coraggio di guardare", hanno messo in evidenza opportunità di miglioramento, segnatamente per quanto attiene alla sfera dell'intervento.

Le presenti Norme di intervento vanno dunque a integrare le indicazioni già emanate dalla Chiesa e dalla diocesi in merito alla gestione delle segnalazioni e degli indizi di molestie sessuali, abuso sessuale o altre forme di violenza. Definiscono un iter strutturato, logico e trasparente atto a garantire sia la protezione e il sostegno delle persone offese che la tutela dei diritti dei soggetti accusati. La procedura così definita mira ad assicurare un accertamento indipendente e accurato dei fatti nonché a garantire l'adozione di opportune misure di intervento.

L'applicazione di queste norme procedurali scaturisce dalla consapevolezza della sensibilità particolare richiesta negli iter di gestione delle notizie di violenza ed abuso. Il rispetto della dignità individuale di tutte le parti coinvolte, una gestione responsabile delle informazioni pervenute e un'accurata ponderazione degli interessi toccati saranno alla base di ogni fase procedurale. Parimenti occorre garantire che le segnalazioni vengano prese sul serio, verificate, adottando all'occorrenza idonei accorgimenti tali da consentire la successiva messa in atto di interventi concreti.

In questo quadro, la diocesi collabora con le competenti autorità statali, con istituzioni specifiche e reti di esperti. Lo scambio di conoscenze specialistiche con altre realtà diocesane, così come con le istituzioni ecclesiastiche e non ecclesiastiche, contribuirà all'affinamento e miglioramento continuo delle norme di azione.

La diocesi concepisce queste Norme di intervento come parte integrante di un progressivo processo di garanzia qualitativa e ulteriore sviluppo. Le osservazioni compiute nell'ambito della loro applicazione pratica, così come gli sviluppi giuridici e istituzionali che ne derivano, confluiranno negli sforzi destinati a mantenere nel tempo l'efficacia delle procedure. Gli iter procedurali e di azione discendenti dalle presenti Norme di intervento sono illustrati graficamente con l'ausilio di diagrammi di flusso che, a titolo di Appendice, si allegano al presente Regolamento di cui costituiscono parte integrante e sostanziale.

A. Disposizioni generali

Articolo 1 – Finalità e fondamenti procedurali

- (1) Le presenti Norme di intervento disciplinano la procedura da seguire nelle segnalazioni di molestie sessuali, abuso sessuale e altre forme di violenza, in particolare violenza fisica e psicologica, rientranti nell'area di competenza della diocesi di Bolzano-Bressanone. Servono a concretizzare le linee guida ecclesiastiche e diocesane emanate in materia e sono da interpretarsi in correlazione ad esse. In caso di contraddizioni prevalgono le norme del presente Regolamento, salvo quando contrarie al diritto non vincolante della Chiesa universale.
- (2) Per tutte le misure di intervento adottate sulla base delle presenti Norme vigono i principi di riservatezza, equità, trasparenza, apertura all'esito, tempestività e tutela della persona offesa e del soggetto accusato.
- (3) Ai fini delle presenti Norme, le vittime secondarie sono equiparate alle persone offese da violenze rientranti nello stesso ambito di applicazione.

Articolo 2 – Ambito di applicazione

- (1) Il presente Regolamento si applica a tutte le notizie di fatti contemplati dalle linee guida emanate dalla CEI (Linee Guida per la tutela dei minori e delle persone vulnerabili del 24 giugno 2019, Edizione aggiornata alla normativa vigente, Novembre 2023), e dalla cd. Cornice concettuale della diocesi di Bolzano-Bressanone, che si verifichino nell'ambito di competenza della diocesi di Bolzano-Bressanone o che, per motivi di competenza, vengano deferiti alla stessa.
- (2) Le Norme si applicano ai chierici appartenenti alla diocesi di Bolzano-Bressanone, nonché ai chierici di altre diocesi, a tutti gli incardinati in altri enti e ai membri degli ordini religiosi che operino per conto della diocesi di Bolzano-Bressanone o sul territorio di sua competenza, ad esempio nelle rappresentanze per congedo di ferie. Ciò include in particolare anche l'attività svolta nelle parrocchie incorporate. Le Norme si applicano parimenti ai candidati al ministero sacerdotale nonché ai laici alle dipendenze della diocesi di Bolzano-Bressanone e delle parrocchie, oltre che ai volontari operanti presso queste istituzioni. La procedura si applica anche nei confronti dei soggetti accusati che siano deceduti.
- (3) Nei casi in cui un fatto riguardi un chierico altrove incardinato o appartenente a un ordine operante sul territorio della diocesi di Bolzano-Bressanone, il Vicario generale, salvo nei casi di cui al successivo comma 4, condurrà la procedura, ai sensi del presente Regolamento, in qualità di Ordinario del luogo di accadimento dei fatti, dandone adeguata informazione all'Ordinario del luogo di incardinazione o al Superiore dell'ordine di appartenenza, sia all'avvio che al termine della procedura. Tale previsione si applica anche qualora il soggetto accusato si intrattenga solo casualmente sul territorio della diocesi di Bolzano-Bressanone.
- (4) Alla procedura ai sensi del presente Regolamento non viene data esecuzione quando il soggetto accusato si intrattenga solo casualmente sul territorio della diocesi di Bolzano-Bressanone e la conduzione di un'indagine canonica preliminare o di un'analoga procedura avviata dall'Ordinario del luogo di residenza o dall'Ordine di appartenenza meglio risponda agli interessi della persona offesa, circostanza eventualmente da concordarsi con il/la diretto/a interessata/o. In questi casi, il Vicario generale ne darà opportuna notizia al rispettivo Ordinario o Superiore dell'Ordine, mettendolo inoltre al corrente degli sviluppi della procedura. Ogni passaggio andrà documentato dal Vicario generale.
- (5) Fatte salve le norme che precedono, in tutti i casi di sospetto abuso sessuale rientranti nelle materie di competenza del Dicastero per la Dottrina della Fede, il Vicario generale è tenuto a informare lo stesso anche quando dalle norme universali non si evinca una competenza della diocesi di Bolzano-Bressanone e non si avviino procedure ai sensi del presente Regolamento.

B. Autorità coinvolte e obblighi generali

Articolo 3 – Organismi coinvolti

- (1) Alla procedura prendono parte il Centro di ascolto, la Commissione di intervento e il Vicario generale.
- (2) Il Centro di ascolto funge da primo sportello di segnalazione e da rappresentante degli interessi della persona offesa. Agisce in autonomia, operando esclusivamente in difesa della parte lesa. Gli operatori del Centro di ascolto conducono colloqui con la persona interessata dai fatti, documentando i contenuti di quegli incontri, informando sui diritti e gli iter previsti e affiancando la persona offesa nelle successive fasi della procedura.
- (3) La Commissione di intervento è responsabile di condurre le indagini indipendenti volte ad appurare i fatti e di redigere il Rapporto finale. Per oltre la metà, l'organismo è composto da esperti esterni, fra cui anche persone reduci da esperienze di abuso.
- (4) Il Vicario generale è l'autorità incaricata dal Vescovo della diocesi di decidere, pervenendo alla decisione finale sulla scorta del Rapporto conclusivo presentato dalla Commissione di intervento. È inoltre responsabile di informarne il Dicastero per la Dottrina della Fede ed eventualmente altri enti di incardinazione.
- (5) Al Comitato consultivo delle parti offese viene quindi presentata la decisione pronunciata dal Vicario generale sulla base del rapporto della Commissione di intervento. Il Comitato consultivo delle parti offese può opporsi a tale decisione presentando ricorso presso lo stesso Vicario generale.

Articolo 4 – Obblighi generici degli organismi interessati

- (1) Gli organismi coinvolti nell'iter sono soggetti a un rigido obbligo di riservatezza in ordine ad ogni circostanza di cui vengano a conoscenza nel corso della procedura. La condivisione di informazioni è ammessa solo in presenza di obblighi di legge o canonici in tal senso o quando necessario ai fini dello svolgimento della procedura.
- (2) Ogni organismo coinvolto nella procedura è tenuto a rendere prontamente noti eventuali conflitti di interesse o situazioni che possano compromettere l'imparzialità del giudizio. L'eventuale sussistenza sarà valutata direttamente dagli organismi interessati, escludendo dalla partecipazione l'individuo potenzialmente di parte. Qualora l'organismo interessato sia costituito da un unico individuo sospettato di essere in conflitto di interessi, la decisione è presa dal soggetto che ne fa le veci e, in sua assenza, dal Vescovo della diocesi. In caso di conflitto di interessi o di motivi di imparzialità, il soggetto interessato è escluso dalle successive fasi della procedura.
- (3) La tenuta e conservazione degli atti relativi alla procedura dovranno essere tali da escludere l'accesso non autorizzato alle informazioni. Gli atti e fascicoli dovranno più in generale essere conformi ai principi di regolare fascicolazione e gestione documentale. L'accesso ai documenti sarà esclusivamente ristretto ai soggetti immediatamente interessati.

Articolo 5 – Funzioni e doveri del Centro di ascolto

- (1) Il Centro di ascolto riceve le segnalazioni riguardanti fatti che rientrino nell'ambito di applicazione delle presenti Norme, conduce i necessari colloqui con la persona offesa e la affianca lungo l'intera procedura. Informa in merito ai diritti, alle sequenze procedurali e ai servizi di supporto esistenti, assicurandosi che gli interessi della persona coinvolta siano adeguatamente considerati.
- (2) Il Centro di ascolto decide a propria discrezione eventuali misure di intervento immediato da fornire a sostegno della parte offesa in conformità a quanto più precisamente definito nel presente Regolamento. Può proporre al Vicario generale ulteriori misure temporanee di supporto qualora ritenga che gli interventi immediati non siano sufficienti a darvi sostegno fino alla conclusione della procedura in atto. Il Vicario generale decide quindi con tempestività, ai sensi di quanto previsto al successivo art. 15 delle presenti Norme, e comunque non oltre tre settimane dalla proposta.
- (3) Il Centro di ascolto aggiorna costantemente la persona offesa in merito allo stato di avanzamento e all'andamento della procedura.
- (4) Il Centro di ascolto rilascia quindi un parere sul Rapporto finale della Commissione di intervento, formulando altresì raccomandazioni riguardo a misure di supporto a lungo termine a favore della persona offesa.

Articolo 6 – Funzioni e doveri della Commissione di intervento

- (1) La Commissione di intervento è responsabile di eseguire indagini indipendenti e approfondite allo scopo di fare chiarezza sui fatti segnalati. Predispone raccomandazioni operative riguardo alla tipologia, alla portata e all'attuazione delle necessarie misure di intervento e supporto. Per almeno la metà è composta da esperti esterni e presieduta da un/a presidente con mero diritto di voto e non di veto nell'approvazione delle decisioni. La Commissione è atta a deliberare quando siano presenti, oltre al/la presidente o a chi ne faccia le veci, almeno la metà dei suoi componenti. Le delibere sono prese a maggioranza semplice.
- (2) In qualsiasi fase della procedura, la Commissione di intervento può consultare soggetti terzi esterni e/o singoli membri della Commissione affidando loro l'esecuzione di specifiche attività.
- (3) A garanzia della qualità e a valutazione del proprio operato, la Commissione di intervento può affidarsi a revisori esterni, qualora una richiesta in tal senso provenga da almeno un terzo dei membri.
- (4) La costituzione della Commissione, la sua composizione e ulteriori dettagli operativi sono definiti in un regolamento a parte da emanarsi a cura del Vicario generale.

Articolo 7 – Ruolo del Vicario generale

- (1) Al Vicario generale compete la decisione finale sulla base del rapporto conclusivo redatto dalla Commissione di intervento e del parere rilasciato dal Centro di ascolto. Lo stesso mette inoltre in atto le raccomandazioni emanate dal Centro di ascolto in merito alle misure di sostegno a favore della persona offesa. Il Vicario generale ha facoltà di delegare, in tutto o in parte, a una persona incaricata, le funzioni attribuitegli dal presente Regolamento, salvo previsioni diverse espressamente indicate di seguito e specifiche mansioni imperativamente riservate al Vicario generale.
- (2) Il medesimo è responsabile dell'attuazione delle misure di intervento deliberate e della regolare documentazione della procedura.
- (3) È altresì responsabile della comunicazione con le dirigenze di altri enti di incardinazione, da coordinarsi con la Commissione di intervento e riferendo sia alla stessa che al Centro di ascolto.

C. Segnalazioni e primo intervento

Articolo 8 – Segnalazione

La diocesi garantisce la presenza di strutture ovunque accessibili e a bassa soglia, presso cui le persone direttamente offese e soggetti terzi possano rivolgersi per segnalare fatti rilevanti ai sensi del presente Regolamento. La diocesi garantisce che queste segnalazioni possano essere fatte per iscritto, via e-mail, telefonicamente o di persona.

Articolo 9 – Ricevimento di una segnalazione

- (1) Le segnalazioni possono essere effettuate direttamente dalle persone offese, da soggetti terzi o in modo anonimo. Le segnalazioni anonime sono equiparate a quelle non anonime.
- (2) Per le persone offese o i soggetti terzi che abbiano contezza o notizia di fatti di rilievo non sussiste alcun obbligo di segnalazione.
- (3) Chiunque sia a servizio della diocesi di Bolzano-Bressanone o di un ente ecclesiastico sotto la vigilanza del Vescovo di Bolzano-Bressanone, ivi compreso chi presti servizio volontario, è obbligato invece a inoltrare senza indugi al Centro di ascolto ogni motivo di sospetto o elemento di cui sia a conoscenza, a meno che non possa presumere con certezza che la persona offesa non desideri segnalazioni. Le violazioni a questo obbligo di segnalazione possono comportare conseguenze previste dalla legislazione sul lavoro. La diocesi garantisce che tutti i soggetti di cui al primo periodo siano opportunamente addestrati, in funzione del genere e dell'entità del proprio servizio, ai fini dell'opportuna trasmissione delle segnalazioni.

Articolo 10 – Modalità procedurali del Centro di ascolto

- (1) Al ricevimento di una segnalazione, il Centro di ascolto apre un fascicolo, numerandolo secondo le indicazioni specificate nelle Norme di attuazione. Informa quindi prontamente la Commissione di intervento del ricevimento della segnalazione, specificando il numero di riferimento e documentando questo passaggio con indicazione del giorno, dell'orario e della persona destinataria dell'informazione. Contatta quindi senza indugio la persona offesa, ove possibile e a condizione che non abbia espresso una volontà contraria, invitandola a prendere parte a un colloquio in cui poter riferire in dettaglio le proprie richieste, e in particolare i fatti, ricevendo inoltre ragguagli sui propri diritti, le successive fasi della procedura e i servizi di supporto predisposti. Se la segnalazione proviene da terzi, la persona direttamente offesa viene contattata per iscritto, ove sia individuabile e non siano riconoscibili gli estremi di una sua contrarietà al coinvolgimento nella procedura: in caso di rifiuto, il contatto è instaurato con la persona da cui proviene la segnalazione, salvo manifestazione contraria.
- (2) Gli incontri o colloqui andranno condotti evitando di ritraumatizzare la persona e, a seconda delle specifiche richieste della parte interessata, potranno svolgersi di persona, telefonicamente o con l'uso di strumenti di comunicazione digitali. L'interessata/o può farsi accompagnare/assistere da una persona di fiducia. Eventuali incontri/colloqui successivi avranno luogo se così desiderato dalla persona in questione. I contenuti degli incontri saranno verbalizzati e presentati alla persona interessata per il consenso. Con il consenso della persona interessata è possibile procedere a una registrazione audio e trascrizione del colloquio; un'eventuale registrazione andrà immediatamente cancellata dopo l'autorizzazione alla trascrizione. L'autorizzazione è correlata anche al consenso all'inoltro alla Commissione di intervento, ma il passaggio andrà espressamente specificato. Parallelamente all'invio del verbale o della trascrizione alla Commissione di intervento, il Centro di ascolto suggerisce al Vicario generale, in funzione dell'urgenza di intervento, altre misure provvisorie di supporto alla persona offesa, in particolare sotto forma di terapie, qualora ritenga che gli interventi immediati riconosciuti alla stessa non siano sufficienti.
- (3) In caso di mancato consenso alla stesura di un verbale dell'incontro o alla sua trascrizione, si chiude già in questa fase la procedura prevista dalle presenti Norme. Il caso in questione, in questa ipotesi, viene anonimizzato dal Centro di ascolto che lo trasmette in questa forma al Vicario generale, evidenziando tuttavia che, nei confronti di una data persona, ove identificabile, è stata sollevata un'accusa avente rilievo ai fini del presente Regolamento. Resta ferma la possibilità di avvio di un'indagine canonica previa (Can. 1717 CIC) e di notifica al Dicastero per la Dottrina della Fede. In casi eccezionali e giustificati, il Centro di ascolto può suggerire al Vicario generale misure di sostegno anche a favore di questa persona offesa, in particolare quando abbia già beneficiato di un intervento terapeutico urgente e la/il terapeuta, svincolandosi dal segreto professionale, abbia formulato un'analoga raccomandazione. Il Centro di ascolto, in questi casi, suggerirà infatti alla persona interessata di sollevare la/il terapeuta dall'obbligo di mantenere il segreto professionale.
- (4) Quando ai sensi del presente Regolamento, e in particolare delle previsioni di cui all'art. 2 comma 4, il caso esuli dalla competenza della diocesi di Bolzano-Bressanone, il Centro di ascolto assisterà la persona interessata nell'avviare contatti con le autorità competenti, documentando inoltre la corrispondenza scambiata.
- (5) Il Centro di ascolto informerà la persona offesa del proprio diritto a presentare denuncia alla Procura della Repubblica presso il Tribunale di Bolzano. Previo consenso della persona interessata, il Centro di ascolto può raccomandare in qualsiasi momento al Vicario generale, sin dal ricevimento della prima segnalazione, di trasmettere prontamente il caso alle autorità giudiziarie penali dello Stato.
- (6) Il Centro di ascolto illustrerà i servizi di supporto già disponibili sotto forma di pronto intervento, provvedendo a mettervi in contatto la persona offesa. Lo sportello, in particolare, potrà fornire il nominativo di un/a psicoterapeuta presso cui poter beneficiare di cinque ore di terapia con costi a carico della diocesi di Bolzano-Bressanone. Ove necessario o auspicato dalla persona interessata, il Centro fornirà inoltre accesso a una prima consulenza legale gratuita, sempre a carico della diocesi, presso uno studio legale indipendente.

- (7) Il Centro di ascolto informerà altresì la persona offesa della possibilità di usufruire di un supporto psicoterapeutico di più lunga durata, con costi interamente o parzialmente a carico della diocesi. Alla persona che decida di iniziare questo percorso, il Centro di ascolto fornirà il supporto necessario alla ricerca di un/a terapeuta adatto/a.
- In caso di disturbi psicosomatici, il Centro di ascolto segnalerà alla persona interessata un'ideale struttura a cui rivolgersi per il trattamento e, sulla scorta delle indicazioni degli specialisti che vi operano, formulerà una raccomandazione per il Vicario generale ai fini della copertura finanziaria delle relative misure di trattamento.

D. Appuramento dei fatti

Articolo 11 – Verifiche della Commissione di intervento

- (1) Sulla base del verbale o della trascrizione del colloquio, la Commissione di intervento decide, in piena indipendenza e autonomia, quale genere di indagini condurre, nonché la loro portata e modalità di esecuzione.
- (2) Fra le operazioni di verifica e accertamento dei fatti rientrano, in particolare, l'esame di atti e documenti, l'ascolto di testimoni e della persona accusata e l'acquisizione di pareri di esperti o di terzi altrimenti competenti. Con effetto vincolante nei confronti dei destinatari, la Commissione può impartire gli ordini necessari all'esecuzione di dette operazioni. In qualsiasi momento può, in particolare, affidare revocabilmente, in tutto o in parte, a singoli membri della Commissione stessa oppure a esperti esterni, l'esecuzione di singole verifiche, definendo a tale scopo sia il quadro temporale che il genere di resoconto da presentare.
- (3) A un ulteriore ascolto della parte lesa si ricorrerà solo nella misura necessaria e nel rispetto delle particolari esigenze di tutela della persona interessata. L'acquisizione di una perizia psicologica sulla credibilità della testimonianza è ammessa solo con il consenso della persona interessata; da un eventuale rifiuto al consenso non dovranno discendere svantaggi per il soggetto in questione.
- (4) Sono da rispettare i diritti della persona accusata, in particolare il diritto al contraddittorio, all'assistenza legale e alla presunzione di innocenza.
- (5) Il Centro di ascolto sarà messo al corrente di tutte le operazioni messe in atto per la verifica dei fatti; su richiesta stesso, oppure all'occorrenza, gli sarà consentito prendervi parte. Il Centro di ascolto terrà costantemente aggiornata la persona offesa sullo stato di avanzamento della procedura.
- (6) In presenza di elementi indicativi di una condotta criminale ai sensi del diritto dello Stato, è da verificare l'eventualità di un diretto coinvolgimento delle autorità giudiziarie. La Commissione di intervento esamina in particolare se ulteriori accertamenti dei fatti possano eventualmente compromettere il successo di una possibile azione penale delle autorità giudiziarie dello Stato. In questa ipotesi, e coinvolgendo il Centro di ascolto per acquisire il consenso della persona offesa, la Commissione dispone il pronto rinvio al Vicario generale, chiamandolo a decidere sull'immediato investimento delle autorità giudiziarie dello Stato.

Nel caso di indagini penali o procedimenti giudiziari già in corso, l'iter sarà sospeso fino alla loro conclusione, se così ordinato dalle autorità inquirenti. La Commissione di intervento è tenuta ad assicurarsene presso le stesse autorità investigative. In questa ipotesi, la Commissione di intervento formulerà raccomandazioni per l'adozione di adeguate misure provvisorie nei confronti dell'indagato, in particolare la limitazione di singole attività, la temporanea modifica degli incarichi, la restrizione temporale e spaziale al suo operato.

- (7) Ogni provvedimento della Commissione di intervento necessario a far luce sui fatti dovrà essere approvato a maggioranza semplice. Questo quorum non è richiesto nei casi in cui la Commissione di intervento abbia affidato a un soggetto terzo esterno, oppure a uno dei propri membri, una delega a svolgere singole operazioni in autonomia. Per l'affidamento di una tale delega è parimenti richiesta una delibera a maggioranza semplice.

Articolo 12 – Documentazione degli accertamenti

Sia le operazioni eseguite che i soggetti che vi prendono parte andranno specificati, e integralmente documentati dalla Commissione di intervento, in conformità agli standard riconosciuti nella gestione documentale (principi di buona documentazione). La documentazione dovrà consentire di seguire gli sviluppi della procedura.

E. Valutazione

Articolo 13 – Rapporto finale della Commissione di intervento

- (1) Terminato l'accertamento dei fatti, la Commissione di intervento redige un rapporto scritto conclusivo e comprensivo di una proposta di decisione per il Vicario generale. Per la valutazione dei fatti e la proposta di decisione non è richiesto un voto unanime, né una maggioranza qualificata. I membri della Commissione di intervento che non condividano il parere della maggioranza possono allegare al Rapporto finale una dichiarazione congiunta o individuale di minoranza.
- (2) Il Rapporto finale contiene una descrizione della procedura svolta, una valutazione delle prove raccolte e un giudizio sulla fondatezza delle accuse, dichiarandole come dimostrate, plausibili, non definitivamente accertabili o confutate. In assenza di un diretto investimento delle autorità giudiziarie penali dello Stato, il Rapporto si pronuncia anche sulla necessità di un immediato rinvio alle stesse.
- (3) Nell'ipotesi in cui il Rapporto finale ritenga confutate le accuse, il documento conterrà anche un'idonea motivazione del giudizio, oltre a concrete raccomandazioni operative nei confronti del soggetto accusato. Le stesse potranno includere, in particolare, provvedimenti in ambito canonico o amministrativo, tenendo conto dello specifico status giuridico e salvo riserva di revisione legale. Escluse sono invece raccomandazioni riservate a specifici procedimenti canonici o altrimenti formali. Anche quando le accuse si ritengano confutate, un'idonea motivazione illustrerà su quali elementi si sia arrivati a formulare un siffatto giudizio.
- (4) Al Rapporto finale saranno allegati tutti i documenti prodotti nell'ambito delle attività della Commissione di intervento e del Centro di ascolto.

Articolo 14 – Parere e raccomandazioni del Centro di ascolto

Entro 14 giorni dalla sua presentazione, il Centro di ascolto è tenuto a emettere un parere sul Rapporto finale della Commissione di intervento. Il parere includerà anche una posizione in merito alle misure di supporto suggerite per la persona offesa. Il parere sarà indirizzato al Vicario generale unitamente al Rapporto della Commissione di intervento.

F. Decisione e possibilità di ricorso

Articolo 15 – Decisione del Vicario generale

- (1) La decisione del Vicario generale è assunta sulla base del Rapporto finale della Commissione di intervento e del parere del Centro di ascolto. In caso di scostamento dalle raccomandazioni della Commissione di intervento o del Centro di ascolto, il Vicario generale è tenuto a fornirne una motivazione scritta e plausibile.
- (2) La decisione dovrà essere documentata. Nel comunicare la stessa, si terrà debitamente conto dei diritti dei soggetti coinvolti, anche tutelandoli di fronte all'opinione pubblica mediante l'intervento dell'Ufficio per le Comunicazioni Sociali, qualora necessario e legalmente consentito. Ne saranno inoltre informati tutti gli organismi e consessi diocesani competenti, in particolare il Consiglio di Curia o Episcopale, il Consiglio Presbiterale, il Consiglio Pastorale, la Commissione del personale nonché il Comitato consultivo delle parti offese.
- (3) Anche la persona direttamente interessata dai fatti andrà informata della decisione, specificandone altresì i motivi salienti. Le sarà altresì proposta l'occasione di un incontro/colloquio tramite il Centro di ascolto.
- (4) Qualora alla luce del Rapporto conclusivo della Commissione di intervento sia da ritenersi totalmente superfluo procedere a una formale indagine canonica previa ai sensi del Can. 1717 par. 1 CIC, il Vicario generale trasmetterà prontamente il Rapporto finale al Dicastero per la Dottrina della Fede affinché decida in merito all'eventuale avvio di un procedimento penale canonico. Quando l'avvio di una formale indagine canonica previa non sia invece totalmente superfluo, il Vicario generale rimanderà indietro alla Commissione di intervento il Rapporto finale, elencando i punti che ritenga meritevoli di precisazione. La Commissione di intervento condurrà quindi gli ulteriori accertamenti sul caso.

Articolo 16 – Possibilità di ricorso

- (1) Avverso la decisione del Vicario generale è consentito proporre ricorso entro il termine di quattro settimane dalla notifica della decisione. Hanno facoltà di presentare ricorso la persona offesa, il soggetto accusato, nonché il Centro di ascolto e il Comitato consultivo delle parti offese. Il reclamo proposto dalla persona offesa non dovrà essere accompagnato da una motivazione. La stessa potrà essere presentata dal/la diretto/a interessato/a in un secondo momento. Tutti gli altri soggetti aventi facoltà di ricorso sono invece tenuti a motivare la richiesta. Per i soggetti legittimati al ricorso sopra menzionati, un eventuale ricorso incidentale è possibile entro due settimane dal ricevimento del primo ricorso.
- (2) A seguito della presentazione di un ricorso, il Vicario generale può prendere una nuova decisione. Questa facoltà è riservata al Vicario in persona; la delega non è ammessa. La decisione dovrà essere motivata per iscritto, in particolare quando si discosti dalla raccomandazione della Commissione di intervento. In caso di riconferma della decisione precedente, è parimenti richiesta la motivazione scritta alla luce delle obiezioni sollevate nel ricorso.
- (3) La decisione presa dal Vicario generale successivamente all'esecuzione della procedura di ricorso non è più impugnabile ai sensi del presente Regolamento. Restano salvi i mezzi di impugnazione eventualmente previsti dal diritto canonico. Tale procedura sarà considerata richiesta di revoca o correzione, rientrando nell'ambito del ricorso gerarchico di cui al Can. 1734 § 1 CIC, fermo restando il termine di presentazione della domanda ai sensi del Can. 1734 § 2 CIC.

G. Documentazione, privacy e trasparenza

Articolo 17 – Documentazione e conservazione

- (1) I documenti relativi alla procedura sono da conservarsi a parte e al sicuro da tentativi di accesso non autorizzato. Il Rapporto finale della Commissione di intervento e la decisione del Vicario generale saranno acclusi al fascicolo personale del soggetto accusato.
- (2) Alle persone offese e ai loro legali rappresentanti spetta il diritto di visionare tali atti nel quadro delle norme di legge e, in particolare, ai sensi delle norme in materia di diritto del lavoro e protezione dei dati. La possibilità per i soggetti accusati e i loro legali rappresentanti di visionare gli atti è concessa dal Vicario generale secondo il suo prudente apprezzamento. Quando sia concesso a soggetti accusati di accedere agli atti, occorrerà usare prudenza al fine di garantire che i dati personali di terzi, in particolare della persona o delle persone offese, vengano divulgati solo nella misura strettamente necessaria a tutelare gli interessi legittimi della persona accusata, provvedendo altrimenti ad oscurarli in modo non più reversibile.

Articolo 18 – Protezione dei dati e condivisione delle informazioni

- (1) Il trattamento dei dati personali avviene in rigida osservanza delle norme in materia di protezione dei dati. La diocesi è tenuta ad informare sufficientemente e adeguatamente l'opinione pubblica in merito alle procedure portate a termine.
- (2) Nell'ipotesi di riassegnazione dell'imputato a un ente di incardinazione diverso o a un altro datore di lavoro bisognerà garantire, nella misura legalmente consentita, che le autorità competenti o i loro responsabili siano adeguatamente informati in merito alle circostanze di rilievo ai fini della valutazione delle attività svolte.

H. Garanzia della qualità e ulteriori sviluppi

Articolo 19 – Formazione

- (1) La diocesi garantisce che tutti i soggetti coinvolti ai sensi del presente Regolamento frequentino obbligatoriamente corsi periodici di formazione a garanzia della qualità della procedura e che ne sia comprovata la partecipazione.
- (2) Per tutto il personale della Curia e diocesano, nonché per i sacerdoti, diaconi e laici alle dipendenze nel servizio pastorale, vanno inoltre previsti corsi obbligatori e comprovabili di formazione, eventualmente scaglionati in base all'ambito di attività e al grado di responsabilità, e volti a garantire il corretto svolgimento della procedura di intervento.

Articolo 20 – Valutazione

- (1) Le Norme di intervento saranno soggette a revisione annuale. Ad occuparsene sarà il/la responsabile dell'Ufficio di ascolto, il/la presidente della Commissione di intervento e uno dei membri del Comitato consultivo delle parti offese facente parte della Commissione di intervento. La revisione includerà, in particolare, una valutazione delle procedure eseguite. Il Rapporto di revisione sarà presentato al Vicario generale non oltre tre mesi dalla data di entrata in vigore annuale. Nel primo anno dall'entrata in vigore e, successivamente, a cadenza triennale, la revisione sarà effettuata con la partecipazione di un idoneo organismo esterno, nominato da almeno la maggioranza dei suddetti individui.
- (2) Il Regolamento sarà continuamente aggiornato adattandolo alle conoscenze e ai progressi via via acquisiti sul piano legale e istituzionale.

I. Disposizioni finali

Articolo 21 – Norme di attuazione, revisione delle linee guida diocesane

- (1) Entro e non oltre tre mesi dall'entrata in vigore delle presenti Norme di intervento, e previo svolgimento di un iter consultivo, il Vicario generale emanerà norme di attuazione destinate a concretizzare, più in dettaglio, la composizione, la costituzione e le modalità operative degli organismi e dei soggetti menzionati nel presente Regolamento, oltre che la documentazione dei singoli passaggi procedurali.
- (2) Le Linee guida e gli standard diocesani menzionati nelle osservazioni preliminari dovranno essere aggiornati, entro e non oltre il 31.12.2026, tenendo conto delle presenti Norme di intervento. L'aggiornamento dovrà includere anche precisazioni sulle procedure da seguire con i chierici e nei loro confronti sulla base dei provvedimenti presi in applicazione del presente Regolamento.

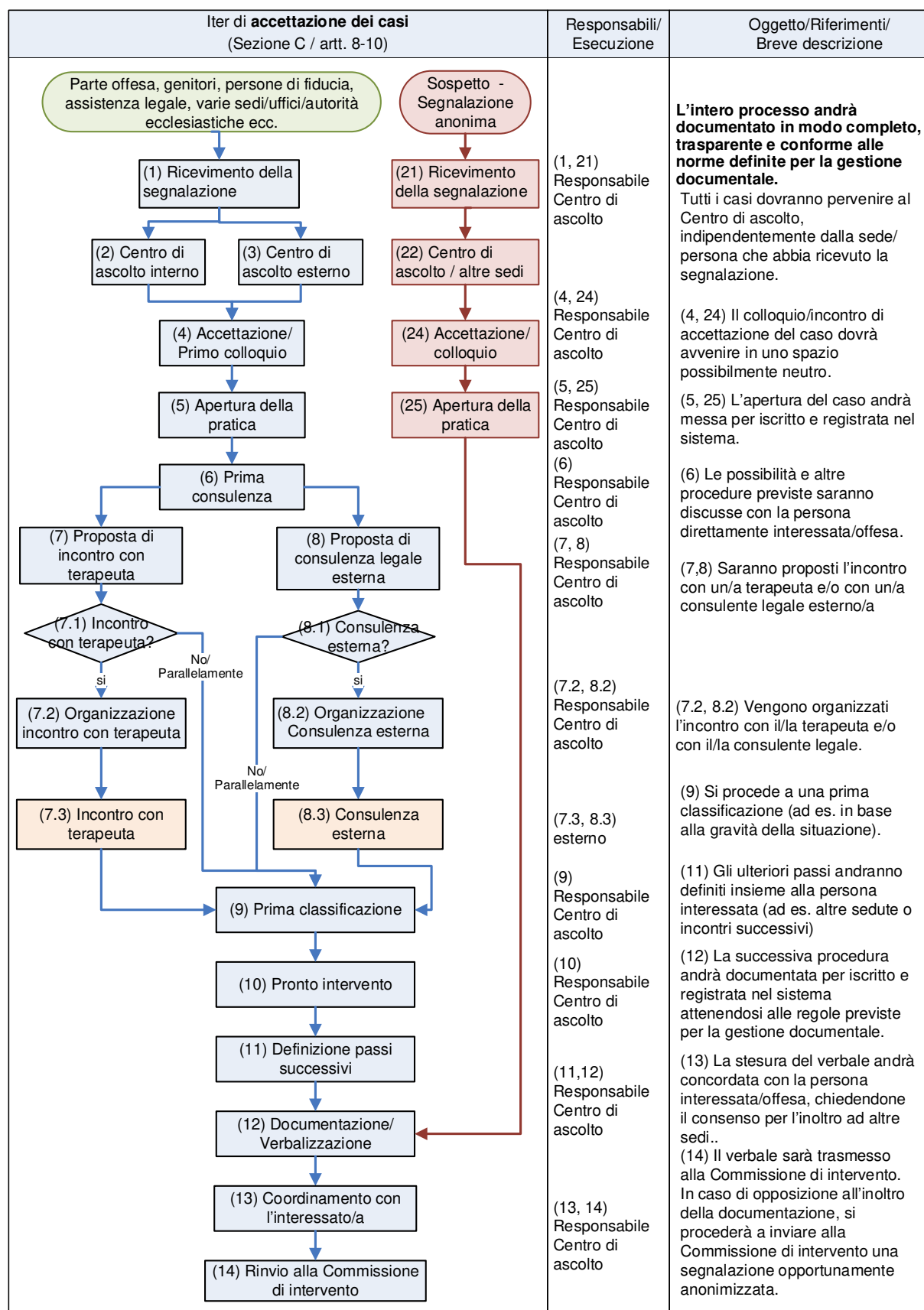
Articolo 22 – Applicazione ai casi pregressi

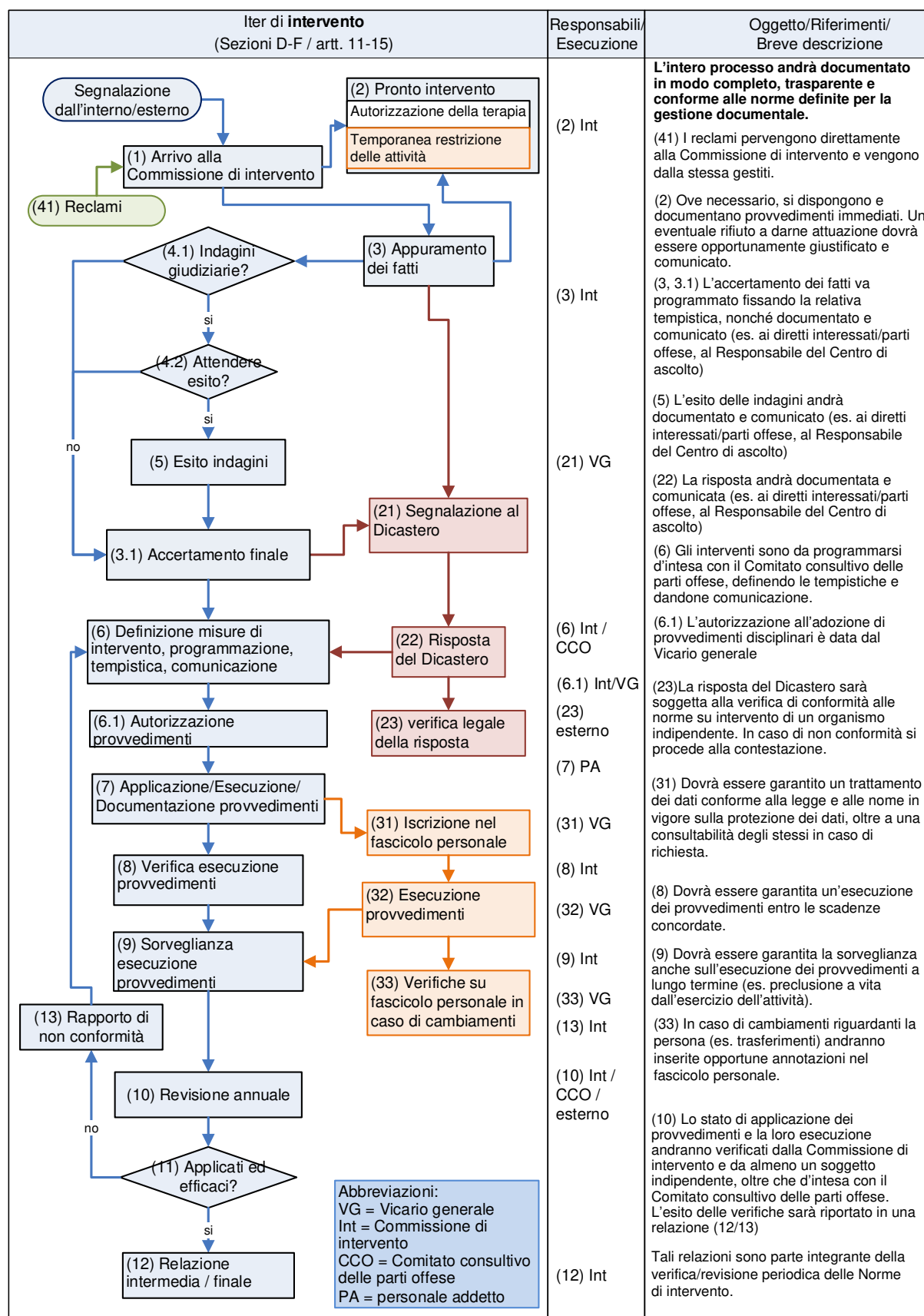
Le presenti Norme di intervento trovano immediata applicazione su tutti i procedimenti pendenti per i quali, all'epoca della loro entrata in vigore, non sia stata emanata una decisione definitiva.

Articolo 23 – Entrata in vigore

Le presenti Norme di intervento saranno pubblicate nel bollettino ufficiale della diocesi di Bolzano-Bressanone ed entrano in vigore con la pubblicazione.

Redazione/Aggiornamento delle Norme di intervento (Sezioni A/F/G/H, artt. 1,2,17,18,19,20,21,22)	Responsabili / Esecuzione	Oggetto / Riferimenti / Breve descrizione
<pre> graph TD richiesta([richiesta]) --> 1[1) redazione / aggiornamento] 1 --> 2[2) verifica] 2 --> 3{3) corrisponde?} 3 -- no --> 1 3 -- si --> 4[4) approvazione / emanazione] 4 --> 5[5) formazione] 5 --> 6[6) obbligo di attuazione / osservanza] 6 --> 7[7) gestione dell'informazione] 7 --> 8[8) Verifica periodica / Audit] 7 --> 12[12) Informazione interna / pubblico] 21([21) reclami]) --> 8 22([22) riscontri]) --> 8 23([23) variazioni/novità]) --> 8 8 --> 9[9) revisione periodica] 9 --> 10[10) Attuazione delle operazioni derivanti dalla revisione] 10 --> 11{11) rielaborazione?} 11 -- no --> 8 11 -- si --> 1 11 --> 1 </pre>	(1) GL redazione / aggiornamento (4) Vicario Generale (5) Vicario Generale Responsabile della formazione (7) Responsabile della comunicazione (8) GL revisione Comitato consultivo delle parti offese (9) Vicario Generale GL Revisione Comitato consultivo (12) responsabile comunicazione (10) personale addetto	(1) Le Norme di intervento saranno redatte e ridefinite con la collaborazione di parti offese, assistenti legali e personale diocesano. Contenuti minimi: Sportello, accettazione e gestione delle richieste Organizzazione Diritti e rivendicazioni Documentazione, comunicazione (2) Verificare la completezza, applicabilità e conformità giuridica delle Norme di intervento. (5) Contenuti formativi: Intero Regolamento alla sua introduzione o successiva modifica Destinatari della formazione: Responsabili, sacerdoti, personale (6) I soggetti responsabili, i sacerdoti e il personale diocesano saranno vincolati per iscritto al rispetto delle Norme di intervento. (7) Al termine della redazione/modifica del Regolamento ne sarà data informazione ai media, alle parti offese e ai soggetti accusati, al personale interno e al pubblico. (8) Un Gruppo di lavoro, o consesso, di cui faccia parte un membro del Comitato consultivo delle parti offese verifica periodicamente (annualmente) lo stato di attuazione del Regolamento, degli interventi e delle misure adottate, dei percorsi formativi, dell'organizzazione e della documentazione. Dopo un anno e, successivamente, a cadenza triennale, andrà coinvolto nel processo di valutazione anche un organismo esterno indipendente. Nei lavori si considereranno i riscontri pervenuti e le lamentele, oltre alle variazioni e novità intervenute. È richiesta la stesura di un rapporto. (9) Revisione periodica (annuale) del Regolamento, da approvarsi a cura della direzione diocesana. Vi confluiranno i risultati dell'audit, oltre a dati statistici e considerazioni di carattere economico. All'occorrenza si definiranno specifiche operazioni da svolgere e raccomandazioni per un'eventuale ridefinizione delle Norme (11) La revisione andrà concordata con il Comitato consultivo delle parti offese (12) Il personale, i diretti interessati e il pubblico vengono messi al corrente dell'esito della revisione.





Dekret zum Hochfest der Heiligen Kassian und Vigilius 2027

Mit Dekret vom 21. Dezember 2022 (Prot. Nr. 490/22, veröffentlicht im FDBB 2023, 65-66) hat das Dikasterium für den Gottesdienst und die Sakramentenordnung unter anderem verfügt, dass das Hochfest der Heiligen Kassian, Märtyrer, und Vigilius, Bischof und Märtyrer, Patrone der Diözese, im Eigenkalender der Diözese auf den 13. August festgesetzt wird.

Gemäß Nr. 58 der Grundordnung des Kirchenjahres und des neuen Römischen Generalkalenders

verfüge ich,

dass das Hochfest der heiligen Diözesanpatrone Kassian und Vigilius im Jahr 2027 am Sonntag, 8. August zu feiern ist.

In allen öffentlichen Gottesdiensten, einschließlich der Vorabendgottesdienste, sind die Propriumstexte des Hochfestes in roter Farbe zu verwenden.

Das Hochfest verdrängt somit zur Gänze den 19. Sonntag im Jahreskreis.

Decreto per la solennità dei Santi Cassiano e Vigilio 2027

Con decreto del 21 dicembre 2022 (Prot. n. 490/22, pubblicato nel FDBB 2023, 65-66), il Dicastero per il Culto Divino e la Disciplina dei Sacramenti ha disposto, tra l'altro, che la solennità dei Santi Cassiano, martire, e Vigilio, vescovo e martire, Patroni diocesani, sia fissata nel calendario proprio della diocesi al 13 agosto.

Ai sensi del n. 58 del Norme generali per l'ordinamento dell'anno liturgico e del calendario,

dispongo

che la solennità dei santi Patroni diocesani Cassiano e Vigilio nell'anno 2027 sia celebrata la domenica, 8 agosto.

In tutte le celebrazioni liturgiche pubbliche, comprese quelle della vigilia, devono essere utilizzati i testi propri della solennità in colore rosso.

La solennità sostituisce quindi interamente la XIX domenica del tempo ordinario.

Ivo Muser, Episcopus Bauzanensis-Brixinensis
Bauzani, in memoria s. Philippi Neri, die 26 maii 2026

Prot. Nr. 2026/220 XIII

Personalveränderungen und Ernennungen in der Diözese

(Rechtswirksamkeit, wenn nicht anders angegeben, zum 1. September 2026)

1. Ernennung zum Dekan, Leiter einer Seelsorgeeinheit, Pfarrer, Pfarradministrator

P. Jolly Joseph Chakkalakkal MSFS, Leiter der Seelsorgeeinheit Laas, Pfarradministrator von Laas sowie Pfarrseelsorger von Tanas, Eyrs und Tschengls, wurde von seinen Aufträgen entpflichtet und zum Dekan von Schlanders, zum Leiter der Seelsorgeeinheit Schlanders-Laas sowie zum Pfarradministrator von Schlanders und Kortsch ernannt. (13.06.2026)

Martin Kammerer wird zum Dekan von Klausen-Kastelruth, zum Leiter der Seelsorgeeinheit Klausen Sabiona und zum Pfarrer von Klausen, Gufidaun, Waidbruck, Kollmann, Latzfons, Feldthurns, Villanders und Barbian ernannt.

Christian Pallhuber, Pfarrer von Girlan und St. Michael/Eppan sowie Pfarradministrator in Frangart, wird von seinen Aufträgen entpflichtet und zum Dekan von Taufers, zum Leiter der Seelsorgeeinheit Taufers im Pustertal und zum Pfarrer von Taufers, Ahornach, Rein, Gais, Uttenheim, Mühlbach bei Gais, Mühlwald und Lappach ernannt.

Klaus Sottsas, Pfarrer von St. Vigil in Enneberg und Pfarrseelsorger (zukünftig „Pfarrer“) von Enneberg, St. Martin in Thurn, Campill, Untermoi und Welschellen, wird zusätzlich zum Dekan im Gadertal, zum Leiter der Seelsorgeeinheit „Unité pastorale Val Badia“ und zum Pfarrer von Abtei, Stern, Wengen, Corvara, Colfuschg und St. Kassian ernannt.

Franz Josef Campidell, Dekan und Pfarrer von Taufers, Leiter der Seelsorgeeinheit Taufers im Pustertal, Pfarrseelsorger von Ahornach, Rein, Gais, Uttenheim, Mühlbach bei Gais, Mühlwald und Lappach, wird von seinen Aufträgen entpflichtet und zum Pfarrer von Schenna, Verdins, Hafling und Tall ernannt.

P. Nazareth Pascal D'Silva MSFS, Seelsorger in Schlanders und Kortsch sowie in der Seelsorgeeinheit Laas, wurde von seinen Aufträgen entpflichtet und zum Pfarradministrator von Laas, Tanas, Eyrs und Tschengls ernannt. (21.06.2026)

Josef Knapp, Dekan von Bruneck, Leiter der Seelsorgeeinheit Bruneck-St. Lorenzen, Pfarrer von Bruneck, Pfarrseelsorger (zukünftig „Pfarrer“) von Reischach und Stegen, wird zusätzlich zum Pfarrer von St. Georgen, Dietenheim und Aufhofen ernannt.

Abt Philipp Kuschmann OSB wird zum Pfarradministrator von Burgeis ernannt.

P. Shenoy Maniyachery Varghese SVD, Kooperator in Haslach sowie in den Pfarreien der Seelsorgeeinheit Eisack- und Eggental, wurde von seinen Aufträgen entpflichtet und zum Leiter der Seelsorgeeinheit Eisack- und Eggental sowie zum Pfarradministrator von Haslach, Kardaun, Atzwang, Karneid, Blumau und Steinegg ernannt. (01.05.2026)

Georg Martin, Dekan von Klausen-Kastelruth, Leiter der Seelsorgeeinheit Klausen Sabiona, Pfarrer von Klausen, Pfarrseelsorger von Gufidaun, Waidbruck, Kollmann, Latzfons und Feldthurns, wird von seinen Aufträgen entpflichtet und zum Pfarrer von St. Michael/Eppan, Girlan und Frangart ernannt.

Christoph Wiesler, Dekan von Naturns, Leiter der Seelsorgeeinheit Naturns, Pfarrer von Naturns, Pfarrseelsorger (zukünftig „Pfarrer“) von Tabland, Tschars und Marein/Kastelbell, wird zusätzlich zum Pfarrer von Unser Frau in Schnals, Karthaus und Katharinaberg ernannt.

2. Ernennungen zum Seelsorger

Luca Cemin, Kanonikus an der Kathedrale in Brixen und Spiritual am Priesterseminar in Brixen, wird von seinen Aufträgen entpflichtet und zum Seelsorger in der Seelsorgeeinheit Wipptal sowie zum Ehrenkanonikus an der Kathedrale in Brixen ernannt.

P. Gijo John MSFS, Seelsorger in Schlanders, wird von seinem Auftrag entpflichtet und zum Seelsorger in der Seelsorgeeinheit Klausen Sabiona ernannt.

Peter Lanthaler, Pfarrer von Dietenheim, Aufhofen und St. Georgen, wird von seinen Aufträgen entpflichtet und zum Seelsorger in der Seelsorgeeinheit Bruneck-St. Lorenzen ernannt.

Franz Messner, Pfarrer von Unser Frau in Schnals, Karthaus und Katharinaberg, wird von seinen Aufträgen entpflichtet und zum Seelsorger in den Pfarreien Unser Frau in Schnals, Karthaus und Katharinaberg ernannt.

Konrad Morandell, Pfarrer von Villanders und Barbian, wird von seinen Aufträgen entpflichtet und zum Seelsorger von Villanders und Barbian ernannt.

Albert Pixner, Pfarrer von Schenna, Pfarrseelsorger von Verdins, Hafling und Tall, wird von seinen Aufträgen entpflichtet und zum Seelsorger in der Seelsorgeeinheit Schenna-Tirol ernannt.

P. Urs Maria Stadelmann OSB wird zum Seelsorger von Burgeis und Schlinig ernannt.

P. Mansuetus Tus SVD, Leiter der Seelsorgeeinheit Eisack- und Eggental, Pfarradministrator von Haslach, Kardaun, Atzwang, Pfarrseelsorger von Karneid, Blumau, Steinegg, wurde von seinen Aufträgen entpflichtet und zum Seelsorger in der Seelsorgeeinheit Eisack- und Eggental ernannt. (01.05.2026) Er wurde zum Provinzial der Steyler Missionare gewählt und ernannt.

Marco Veghini, Seelsorger in den Pfarreien St. Vigil in Enneberg, Enneberg, St. Martin in Thurn, Campill, Untermoi und Welschellen, wird von seinem Auftrag entpflichtet und zum Seelsorger in den Pfarreien Unsere Liebe Frau vom hl. Rosenkranz sowie zum hl. Paul in Bozen ernannt.

Jakob Wendelin Willeit, Dekan von Gadertal, Leiter der Seelsorgeeinheit „Unité pastorale Val Badia“, Pfarrer von Abtei, Stern, Wengen, Corvara und Colfuschg sowie Pfarrseelsorger von St. Kassian, wird von seinen Aufträgen entpflichtet und zum Seelsorger in der Seelsorgeeinheit „Unité pastorale Val Badia“ ernannt.

3. Weitere Ernennungen und Beauftragungen

Johanna Brunner, Leiterin des Amtes für Ehe und Familie, wurde zusätzlich zur Koordinatorin des Projektes „Mut zum Hinsehen“ ernannt. (01.12.2025-30.11.2026)

Karl Brunner, Ständiger Diakon in der Seelsorgeeinheit Kiens, Geistlicher Assistent des KVV, wird von seinem Auftrag als Geistlicher Assistent des KVV entpflichtet (01.10.2026) und zum Delegierten für die Ausbildung der Ständigen Diakone ernannt. (01.09.2026)

Sebastian Egger hat seinen Dienst als Religionslehrer beendet und wurde zum Krankenhausseelsorger am Krankenhaus von Bozen ernannt. (01.07.2026) Er bleibt weiterhin Kooperator in Schlanders.

P. Mathew Kozhupakalam MSFS, Dekan von Schlanders und Pfarradministrator von Schlanders und Kortsch, wurde seinen Aufträgen entpflichtet (13.06.2026) und zum Spiritual am Priesterseminar in Brixen ernannt. (01.10.2026)

P. Martin M. Lintner OSM, Professor an der Philosophisch-Theologischen Hochschule in Brixen sowie Dekan an der Philosophisch-Theologischen Hochschule in Brixen und Direktor des Höheren Instituts für Theologische Bildung, wird zusätzlich zum geistlichen Assistenten des KVV ernannt. (01.10.2026)

Sr. Gudrun Leitgeb, Tertiarschwester des hl. Franziskus, wurde für weitere drei Jahre zur Spiritualin am Bischöflichen Institut Vinzentinum ernannt. (01.08.2026)

Beatrix Mairhofer wird als Direktorin der Diözesancaritas und als Präsidentin der Stiftungen Caritas und ODAR bestätigt.

Fabian Tirler, Official der Diözese Bozen-Brixen, Kanzler am Bischöflichen Ordinariat, Richter am Regional- und Diözesangericht, Pfarrseelsorger von Mühlbach und Seelsorger in der Seelsorgeeinheit Rodeneck sowie Direktor des Foedus sacerdotale, wird zusätzlich zum Kanonikus und Domkapitular an der Kathedrale in Brixen ernannt. (04.10.2026)

Gottfried Ugolini, Psychologischer Berater für Mitarbeitende im kirchlichen Dienst sowie Geistlicher Assistent der Katholischen Jungschar Südtirols und von Südtirols Katholischer Jugend, wurde zusätzlich zum Seelsorger für Betroffene von Missbrauch ernannt. (01.01.2026)

Maria Theresia Unterkircher Peintner wird zur Referentin für Spiritualität am Bischöflichen Ordinariat (Seelsorgeamt) ernannt.

Rüdiger Weinstrauch CanReg, Pfarrer von Percha und Oberwielenbach, Pfarrer „in solidum“ von Niederolang, Oberolang, Geiselsberg, Niederraaßen, Oberraaßen, Antholz-Niedertal, Antholz-Mitteltal, wurde zusätzlich zum Leiter der Seelsorgeeinheit Olang-Raas-Antholz-Percha ernannt. (01.06.2026)

4. Entpflichtungen

P. Maurianus Falentino Willem Dacunha SVD, Kooperator in Haslach und in der Seelsorgeeinheit Eisack- und Eggental, wird von seinem Auftrag entpflichtet.

P. Hermann Kaiser SVD, Seelsorger in Haslach, wird von seinem Auftrag entpflichtet.

Cassian Lohmar CanReg, Leiter der Seelsorgeeinheit Olang-Rasen-Antholz-Percha, Pfarrer „in solidum“ von Niederrasen, Oberrasen, Antholz-Niedertal, Antholz-Mittertal, Niederolang, Oberolang, Geiselsberg, wurde von seinem Auftrag als Leiter der Seelsorgeeinheit Olang-Rasen-Antholz-Percha entpflichtet. (01.06.2026)

P. Peter Perkmann OSB, Pfarrer von Schlinig und Burgeis, wird von seinem Auftrag als Pfarrer von Burgeis entpflichtet.

P. Vincent Baltazary Safi ALCP/OSS, Seelsorger in der Seelsorgeeinheit Wipptal, wurde von seinem Auftrag entpflichtet. (30.06.2026)

P. Franz Senfter SVD, Seelsorger in der Unité pastorale Val Badia, wird von seinem Auftrag entpflichtet.

Sr. Johanna Siller SDS, Referentin für Spiritualität am Bischöflichen Ordinariat (Seelsorgeamt), wird von ihrem Auftrag entpflichtet.

5. Inkardination

Kizito Yves Menanga, Pfarradministrator von St. Lorenzen, Montal und Onach, wurde in die Diözese Bozen-Brixen inkardiniert. (16.03.2026)

6. Dispens

Paolo Zambaldi wurde durch Papst Leo XIV von allen priesterlichen Pflichten, einschließlich des Zölibats, dispensiert. (19.02.2026)

Avvicendamenti e nomine in diocesi

(con effetto dal 1° settembre 2026, salvo diversa indicazione)

1. Nomine a decano, responsabile dell'unità pastorale, parroco, amministratore parrocchiale

P. Jolly Joseph Chakkalakkal MSFS, responsabile dell'unità pastorale Lasa, amministratore parrocchiale di Lasa e incaricato parrocchiale di Tanas, Oris e Cengles, venne esonerato dai suoi incarichi e nominato decano di Silandro, responsabile dell'unità pastorale Silandro-Lasa e amministratore parrocchiale di Silandro e Corces. (13.06.2026)

Martin Kammerer viene nominato decano di Chiusa-Castelrotto, responsabile dell'unità pastorale Klausen Sabiona, parroco di Chiusa, Gudon, Ponte Gardena, Colma, Lazfons e Veltur, nonché di Villandro e Barbiano.

Christian Pallhuber, parroco di Cornaiano e San Michele di Appiano nonché amministratore parrocchiale di Frangarto, viene esonerato dai suoi incarichi e nominato decano di Tures, responsabile dell'unità pastorale Campo Tures e parroco di Campo Tures, Acereto, Riva di Tures, Gais, Villa Ottone, Rio Molino, Selva dei Molini e Lappago.

Klaus Sottas, parroco di San Vigilio di Marebbe e incaricato parrocchiale (in futuro "parroco") di Pieve di Marebbe, San Martino in Badia, Longiarù, Antermoia e Rina, viene nominato anche decano della Val Badia, responsabile dell'unità pastorale "Unité pastorale Val Badia", parroco di San Leonardo in Badia, La Villa, La Valle, Corvara, Colfosco e San Cassiano.

Franz Josef Campidell, decano e parroco di Campo Tures, responsabile dell'unità pastorale Campo Tures, incaricato parrocchiale di Acereto, Riva di Tures, Gais, Villa Ottone, Rio Molino, Selva dei Molini e Lappago, viene esonerato dai suoi incarichi e nominato parroco di Scena, Verdins, Avelengo e Talle.

P. Nazareth Pascal D'Silva MSFS, collaboratore pastorale di Silandro e Corces nonché nell'unità pastorale Lasa, venne esonerato dai suoi incarichi e nominato amministratore parrocchiale di Lasa, Tanas, Oris e Cengles. (21.06.2026)

Josef Knapp, decano di Brunico, responsabile dell'unità pastorale Brunico-San Lorenzo, parroco di Brunico, incaricato parrocchiale (in futuro "parroco") di Riscione e Stegona, viene in aggiunta nominato parroco di San Giorgio, Teodone e Villa S. Caterina.

Philipp Kuschmann OSB viene nominato amministratore parrocchiale di Burgusio.

P. Shenoy Maniyachery Varghese SVD, cooperatore di Aslago e nelle parrocchie dell'unità pastorale Valle Isarco e Val d'Ega, venne esonerato dai suoi incarichi e nominato responsabile dell'unità pastorale Valle Isarco e Val d'Ega, amministratore parrocchiale di Aslago, Cardano, Campodazzo, Cornedo, Prato all'Isarco e Collepietra. (01.05.2026)

Georg Martin, decano di Chiusa-Castelrotto, responsabile dell'unità pastorale Klausen Sabiona, parroco di Chiusa, incaricato parrocchiale di Gudon, Ponte Gardena, Colma, Lazfons e Veltur, viene esonerato dai suoi incarichi e nominato parroco di San Michele/Appiano, Cornaiano e Frangarto.

Christoph Wiesler, decano di Naturno, responsabile dell'unità pastorale Naturno, parroco di Naturno, incaricato parrocchiale (in futuro "parroco") di Tablà, Ciardes e Maragno/Castelbello, viene nominato in aggiunta parroco di Madonna di Senales, Certosa e Monte S. Caterina.

2. Nomine a collaboratore pastorale

Luca Cemin, canonico della cattedrale di Bressanone e padre spirituale nel Seminario maggiore a Bressanone, viene esonerato dai suoi incarichi e nominato collaboratore pastorale nell'unità pastorale Alta Val d'Isarco e canonico onorario presso la cattedrale di Bressanone.

P. Gijo John MSFS, collaboratore pastorale a Silandro, viene esonerato dal suo incarico e nominato collaboratore pastorale nell'unità pastorale Klausen Sabiona.

Peter Lanthaler, parroco di Teodone, Villa S. Caterina e S. Giorgio, viene esonerato dai suoi incarichi e nominato collaboratore pastorale nell'unità pastorale di Brunico-San Lorenzo.

Franz Messner, parroco di Madonna di Senales, Certosa e Monte S. Caterina, viene esonerato dai suoi incarichi e nominato collaboratore pastorale nelle parrocchie di Madonna di Senales, Certosa e Monte S. Caterina.

Konrad Morandell, parroco di Villandro e Barbiano, viene esonerato dai suoi incarichi e nominato collaboratore pastorale a Villandro e Barbiano.

Albert Pixner, parroco di Scena, incaricato parrocchiale di Verdins, Avelengo e Talle, viene esonerato dai suoi incarichi e nominato collaboratore pastorale nell'unità pastorale Scena-Tirolo.

Urs Maria Stadelmann OSB viene nominato collaboratore pastorale a Burgusio e Slingia.

P. Mansuetus Tus SVD, responsabile dell'unità pastorale Valle Isarco e Val d'Ega, amministratore parrocchiale di Aslago, Cardano, Campodazzo, incaricato parrocchiale di Cornedo, Prato all'Isarco e Collepietra, venne esonerato dai suoi incarichi e nominato collaboratore pastorale nell'unità pastorale Valle Isarco e Val d'Ega. (01.05.2026) Egli è stato votato e nominato Superiore provinciale dei Missionari Verbiti.

Marco Veghini, collaboratore pastorale nelle parrocchie di S. Vigilio di Marebbe, Pieve di Marebbe, S. Martino in Badia, Longiarù, Antermoia e Rina, viene esonerato dai suoi incarichi e nominato collaboratore pastorale nelle parrocchie S. Rosario e S. Paolo di Bolzano.

Jakob Wendelin Willeit, decano della Val Badia, responsabile dell'unità pastorale "Unité pastorale Val Badia", parroco di San Leonardo in Badia, La Villa, La Valle, Corvara e Colfosco nonché incaricato parrocchiale di San Cassiano, viene esonerato dai suoi incarichi e nominato collaboratore pastorale nell'unità pastorale "Unité pastorale Val Badia".

3. Ulteriori nomine e incarichi

Johanna Brunner, direttrice dell'Ufficio matrimonio e famiglia, è stata inoltre nominata coordinatrice del progetto "Il coraggio di guardare". (01.12.2025-30.11.2026)

Karl Brunner, diacono permanente nell'unità pastorale Chienes, assistente spirituale del "KVW", viene esonerato dall'incarico di assistente spirituale del "KVW" (01.10.2026) e nominato delegato per la formazione dei diaconi permanenti. (01.09.2026)

Sebastian Egger ha terminato il suo servizio di insegnante di religione e venne nominato assistente spirituale ospedaliero nell'ospedale di Bolzano. Rimane anche cooperatore a Silandro. (01.07.2026)

P. Mathew Kozhupakalam MSFS, decano di Silandro e amministratore parrocchiale di Silandro e Corces, venne esonerato dai suoi incarichi (13.06.2026) e viene nominato padre spirituale nel Seminario maggiore a Bressanone. (01.10.2026)

P. Martin M. Lintner OSM, professore presso lo Studio Teologico Accademico di Bressanone, nonché decano dello stesso Studio Teologico Accademico e direttore dell'Istituto Superiore di Scienze Religiose, viene nominato in aggiunta assistente spirituale del "KVW". (01.10.2026)

Sr. Gudrun Leitgeb, suora terziaria di San Francesco, è stata nominata madre spirituale dell'Istituto vescovile "Vinzentinum" per ulteriori tre anni. (01.08.2026)

Beatrix Mairhofer viene confermata come direttrice della Caritas diocesana e come presidente delle fondazioni Caritas e ODAR.

Fabian Tirler, vicario giudiziale della diocesi di Bolzano-Bressanone, cancelliere della Curia vescovile, giudice presso il Tribunale regionale e il Tribunale diocesano, incaricato parrocchiale di Rio Pusteria e collaboratore pastorale nell'unità pastorale Rodengo nonché direttore del Foedus sacerdotale, viene nominato in aggiunta canonico e membro del Capitolo del Duomo presso la cattedrale di Bressanone. (04.10.2026)

Gottfried Ugolini, consulente psicologico per i collaboratori nel servizio ecclesiastico, nonché assistente spirituale della "Katholischen Jungschar Südtirols" e della "Südtirols Katholischer Jugend", è stato inoltre nominato assistente spirituale per le vittime di abusi. (01.01.2026)

Maria Theresia Unterkircher Peintner è stata nominata responsabile del settore spiritualità presso la Curia vescovile (Ufficio pastorale).

Rüdiger Weinstrauch CanReg, parroco di Perca e Vila di Sopra, parroco "in solidum" di Valdaora di Sotto, Valdaora di Sopra, Sorafurcia, Rasun di Sotto, Rasun di Sopra, Anterselva di Sotto e Anterselva di Mezzo, è stato nominato in aggiunta responsabile dell'unità pastorale Valdaora-Rasun-Anterselva-Perca. (01.06.2026)

4. Esoneri

P. Maurianus Falentino Willem Dacunha SVD, collaboratore pastorale di Aslago e dell'unità pastorale Valle Isarco e Val d'Ega, viene esonerato dal suo incarico.

P. Hermann Kaiser SVD, collaboratore pastorale di Aslago, viene esonerato dal suo incarico.

Cassian Lohmar CanReg, responsabile dell'unità pastorale Valdaora-Rasun-Anterselva-Perca, parroco "in solidum" di Rasun di Sotto, Rasun di Sopra, Anterselva di Sotto, Anterselva di Mezzo, Valdaora di Sotto, Valdaora di Sopra e Sorafurcia, venne esonerato dall'incarico di responsabile dell'unità pastorale Valdaora-Rasu-Anterselva-Perca. (01.06.2026)

Peter Perkmann OSB, parroco di Slingia e Burgusio, viene esonerato dall'incarico di parroco di Burgusio.

Vincent Baltazary Safi ALCP/OSS, collaboratore pastorale nell'unità pastorale Alta Valle Isarco, venne esonerato dal suo incarico. (30.06.2026)

P. Franz Senfter SVD, collaboratore pastorale nell'unità pastorale "Unité pastorale Val Badia", viene esonerato dal suo incarico.

Sr. Johanna Siller SDS, responsabile del settore spiritualità presso la Curia vescovile (Ufficio pastorale), viene esonerata dal suo incarico.

5. Incardinazione

Kizito Yves Menanga, amministratore parrocchiale di San Lorenzo, Mantana e Onies, è stato incardinato nella diocesi di Bolzano-Bressanone. (16.03.2026)

6. Dispensa

Paolo Zambaldi è stato dispensato da Papa Leone XIV da tutti gli obblighi sacerdotali, compreso il celibato. (19.02.2026)

Erwachsenentaufe: Einladung zur Meldung

Erwachsene, die in unserer Diözese um den Empfang der Taufe bitten, sollen mindestens ein Jahr auf die Sakramente des Christwerdens (Taufe, Firmung und Eucharistie) vorbereitet werden. Die Initiationssakramente werden bei Erwachsenen vorzugsweise in der Osternacht gefeiert.

Hinweise zu den einzelnen Schritten:

Gemäß can. 863 CIC ist die Taufe jener, die das 14. Lebensjahr vollendet haben, dem Diözesanbischof anzutragen.

Der zuständige Pfarrer meldet **bis spätestens 15. Oktober über die E-Mail-Adresse katechumenat.catecumenato@bz-bx.net**, dass es Katechumenen in seiner Pfarrei gibt.

Für die Vorbereitung stellt das Amt für Schule und Katechese Unterlagen zur Verfügung und führt in den Aufbau und in die Feiern des Katechumenats ein. Für diese Einführung sind die Verantwortlichen in den Pfarreien gebeten, rechtzeitig einen Termin mit dem Referat für Katechese zu vereinbaren.

Ein wichtiger Schritt während des Katechumenates ist die **Feier der Zulassung zur Taufe** auf diözesaner Ebene. Diese wird am Nachmittag des 1. Fastensonntages (14. Februar 2027) in Bozen mit Bischof Ivo Muser gefeiert. Die Taufbewerberinnen und Taufbewerber werden mit Katechumenenöl gesalbt und zu den Sakramenten des Christwerdens zugelassen, welche dann in der Osternacht 2027 in der eigenen Pfarrei oder mit dem Diözesanbischof im Dom zu Brixen gefeiert werden. Jene Pfarrer, die der Feier der Taufe in der Pfarrei vorstehen, erhalten in der Feier der Zulassung vom Bischof die Beauftragung zur Spendung der Initiationssakramente.

Es folgt dann die österliche Bußzeit als direkte, unmittelbare Vorbereitung auf die Taufe in der Osternacht im Dom zu Brixen durch den Diözesanbischof oder in der eigenen Pfarrei.

Weitere Informationen sind im Amt für Schule und Katechese erhältlich.

Battesimo degli adulti: invito alla segnalazione

Gli adulti che chiedono di ricevere il sacramento del battesimo nella nostra diocesi, devono essere preparati ai sacramenti dell'iniziazione cristiana attraverso un cammino della durata di almeno un anno. I sacramenti dell'iniziazione cristiana vengono celebrati in via di principio durante la Veglia pasquale.

Indicazioni per le varie tappe:

Il canone 863 del CIC dispone che coloro che hanno compiuto i quattordici anni vengano deferiti al Vescovo per esprimere la loro richiesta di ricevere il battesimo.

I parroci sono pregati di comunicare **entro il quindici di ottobre** tramite l'indirizzo e-mail **katechumenat.catecumenato@bz-bx.net** la presenza di uno o più catecumeni in parrocchia.

L'Ufficio Scuola e Catechesi mette a disposizione materiali e sussidi per la preparazione e introduce al percorso di catecumenato con le varie tappe e celebrazioni. A tal fine i responsabili delle parrocchie sono pregati di accordare in tempo utile un appuntamento con la referente per la catechesi.

Un passo importante del cammino catecumenale è il **rito dell'elezione** che viene celebrato a livello diocesano nel pomeriggio della prima domenica di Quaresima (22 febbraio 2026) a Bolzano dal Vescovo Ivo Muser. I catecumeni vengono unti con l'olio catecumenale e vengono ammessi ai sacramenti dell'iniziazione cristiana che verranno celebrati nella Veglia pasquale del 2026 nella propria parrocchia o dal Vescovo nella cattedrale di Bressanone. I parroci che presiedono i riti dei sacramenti dell'iniziazione cristiana nella parrocchia ne ricevono la facoltà durante il rito di elezione.

Il tempo forte della Quaresima sarà il tempo propizio per completare la preparazione che culminerà nella Veglia pasquale e che potrà essere celebrata o nella cattedrale di Bressanone dal Vescovo diocesano oppure, se richiesto, nella propria parrocchia con il rispettivo parroco.

Ulteriori informazioni potranno essere richieste presso l'Ufficio Scuola e Catechesi.

Generalvikar/Vicario generale

**Pastoraltagung am 17. und 18. September 2026
in der Cusanus-Akademie Brixen**

Liturgie - Quelle der Kraft

Wie gestaltet Liturgie unsere Gemeinden? Welche Kraft liegt im gemeinsamen Feiern, im Hören auf das Wort Gottes und in den Zeichen unseres Glaubens? Die Pastoraltagung 2026 lädt dazu ein, Liturgie neu als Quelle kirchlichen Lebens zu entdecken. Mit Impulsen von renommierten Referentinnen und Referenten sowie zahlreichen praxisorientierten Workshops verbindet die Tagung theologisches Nachdenken mit konkreten Anregungen für den pastoralen Alltag.

Programm:

Donnerstag, 17. September 2026

- 15.00 Uhr: Begrüßung und Einstimmung
- 15.15 Uhr: Sr. Dr. Elena Massimi FMA: "Le azioni liturgiche non sono azioni private ma celebrazioni della Chiesa" (SC 26). La forza della liturgia nel plasmare la comunità ecclesiale
- 15.45 Uhr: Prof. P. Dr. Ewald Volgger OT: Die liturgische Gemeinde. Ihr Verständnis und ihr Auftrag
- 16.30 Uhr: Pause
- 17.00 Uhr: Diözesane Ehrungen
- 18.00 Uhr: Evensong in der Seminarkirche
- 18.45 Uhr: Abendessen für alle Teilnehmenden und musikalischer Ausklang

Freitag, 18.09.2026

- 09.00 Uhr: Begrüßung und Einstimmung
- 09.15 Uhr: P. Mag. Johannes Feierabend OSB: Vom Wort zum Segen – auf dem Weg zu einem neuen Benediktionale
- 09.45 Uhr: Dr. Stefano Borghi: Tra scoperta e discernimento: le Celebrazioni della Parola in Italia
- 10.30 Uhr: Pause
- 11 Uhr: Workshops*
- 12.30 Uhr: Mittagessen
- 14.00 Uhr: Workshops*
- 15.30 Uhr: Pause
- 16.00 Uhr: Programmatisches Referat von Bischof Ivo Muser: Liturgie – Quelle der Kraft
- 17.00 Uhr: Abendgebet
- 17.30 Uhr: Ende

*Zehn verschiedene Workshops bieten die Möglichkeit, sich mit unterschiedlichen Aspekten der Liturgie auseinanderzusetzen – von Wort-Gottes- und Segensfeiern über Predigt und Kirchenmusik bis hin zu Fragen der Feierkultur und der Gestaltung liturgischer Räume.

Welche Musik passt in den Kirchenraum?

Kirchenkonzert, Taufe, Hochzeit, Begräbnis – nur Musik drückt aus, was nicht gesagt werden kann.
Referent: Dominik Bernhard - Sprache: deutsch

Il canto dell'assemblea nella liturgia

Il canto è un pilastro fondamentale della nostra liturgia, ma sappiamo che ogni voce e ogni coro affrontano sfide diverse. Ne parleremo assieme.

Referentin: Sr. Elena Massimi - Sprache: italienisch

Von den Evangelien sachgerecht sprechen

Evangelien als Ausdruck kreativer Jesuserinnerung der Gemeinden zu lesen bleibt eine Herausforderung für Verkündigung und Predigt.

Referentin: Maria Theresia Ploner - Sprache: deutsch

Strumenti per la Celebrazione della Parola

Presentazione e consultazione dei sussidi esistenti in lingua italiana per predisporre e guidare la Celebrazione della Parola.

Referent: Don Stefano Borghi - Sprache: italienisch

Die liturgische Gemeinde. Ihr Verständnis und ihr Auftrag

Vertiefung zum Hauptreferat.

Referent: P. Ewald Volgger - Sprache: deutsch/italienisch

Großer Schafstall - kleine Herde

Wenn wir unsere liturgischen Feierräume betrachten, fällt auf, dass sie vielerorts zu groß und mancherorts gar nicht für unsere Feierpraxis gedacht sind. Der Frage, wie in denkmalgeschützten Räumen dennoch Gottesdienstgemeinschaft erlebbar werden kann, gehen wir unter anderem in diesem Workshop nach.

Referent: Tobias Simonini - Sprache: deutsch/italienisch

Segnen heute – Neue Wege mit dem Benediktionale

Welche Sprache braucht der Segen heute? Wie können Segensfeiern Menschen in den vielfältigen Übergängen und Herausforderungen ihres Lebens begleiten?

Referent: P. Johannes Feierabend - Sprache: deutsch

Fels in der Brandung- Rituale in Krisensituationen

Krankheit und Tod entziehen den betroffenen Menschen den Boden unter den Füßen. Das nicht betroffene Umfeld, möchte unterstützend da sein, fühlt sich aber oft hilflos. In solchen Situationen können Rituale eine besonders stützende Kraft entwickeln.

Referentin: Renate Rottensteiner - Sprache: deutsch/italienisch

In den **Fürbitten** zeigt sich die Solidarität der Gläubigen. In diesem Workshop wird die theologische Bedeutung des Fürbittgebetes aufgezeigt und gemeinsam gehen wir der Herausforderung nach, Fürbitten zu formulieren und vorzutragen.

Referentin: Sonia Salamon - Sprache: deutsch

Mit dem Herzen feiern – Familien im Gottesdienst ansprechen

Wie können Gottesdienste so gestaltet werden, dass sich Kinder und Erwachsene gleichermaßen angesprochen fühlen?

Referentin: Lisa Huber - Sprache: deutsch

Anmeldung erforderlich: Tel. 0472 832204 oder info@cusanus.bz.it

Convegno pastorale il 17 e 18 settembre 2026 presso l'Accademia Cusanus a Bressanone

Liturgia - sorgente di vita

In che modo la liturgia plasma le nostre comunità? Quale forza scaturisce dalla celebrazione, dall'ascolto della Parola di Dio e dai segni della fede? Il Convegno pastorale 2026 invita a riscoprire la liturgia come sorgente della vita della Chiesa. Attraverso gli interventi di autorevoli relatrici e relatori e numerosi workshop dal taglio pratico, il convegno unisce la riflessione teologica a proposte concrete per la pastorale quotidiana.

Programma:

Giovedì 17 settembre 2026

- ore 15.00: Saluti e introduzione
- ore 15.15: Sr. Dr. Elena Massimi FMA: "Le azioni liturgiche non sono azioni private ma celebrazioni della Chiesa" (SC 26). La forza della liturgia nel plasmare la comunità ecclesiale
- ore 15.45: Prof. P. Dr. Ewald Volgger OT: Die liturgische Gemeinde. Ihr Verständnis und ihr Auftrag
- ore 16.30: Pausa
- ore 17.00: Onorificenze diocesane
- ore 18.00: Evensong nella Chiesa del Seminario
- ore 18.45: Cena e serata conviviale in musica

Venerdì 18 settembre 2026

- ore 09.00: Saluti e introduzione
- ore 09.15: P. Mag. Johannes Feierabend OSB: Vom Wort zum Segen – auf dem Weg zu einem neuen Benediktionale
- ore 09.45: Dr. Stefano Borghi: Tra scoperta e discernimento: le Celebrazioni della Parola in Italia
- ore 10.30: Pausa
- ore 11.00: Laboratori*
- ore 12.30: Pranzo
- ore 14.00: Laboratori*
- ore 15.30: Pausa
- ore 16.00: Discorso programmatico del Vescovo Ivo Muser: Liturgia - sorgente di vita
- ore 17.20: Preghiera
- ore 17.30: Conclusione

*Saranno proposti dieci laboratori su diversi aspetti della liturgia: dalle Celebrazioni della Parola e le celebrazioni di benedizione alla predicazione e alla musica sacra, fino all'accoglienza liturgica, alla valorizzazione dello spazio celebrativo e ad altre questioni pratiche della vita liturgica.

Welche Musik passt in den Kirchenraum?

Kirchenkonzert, Taufe, Hochzeit, Begräbnis – nur Musik drückt aus, was nicht gesagt werden kann.
Relatore: Dominik Bernhard - lingua: tedesco

Il canto dell'assemblea nella liturgia

Il canto è un pilastro fondamentale della nostra liturgia, ma sappiamo che ogni voce e ogni coro affrontano sfide diverse. Ne parleremo assieme.

Relatrice: Sr. Elena Massimi - lingua: italiano

Von den Evangelien sachgerecht sprechen

Evangelien als Ausdruck kreativer Jesuserinnerung der Gemeinden zu lesen bleibt eine Herausforderung für Verkündigung und Predigt.

Relatrice: Maria Theresia Ploner - lingua: tedesco

Strumenti per la Celebrazione della Parola

Presentazione e consultazione dei sussidi esistenti in lingua italiana per predisporre e guidare la Celebrazione della Parola.

Relatore: Don Stefano Borghi - lingua: italiano

La comunità liturgica. La sua comprensione e il suo mandato

Approfondimento della relazione.

Relatore: P. Ewald Volgger - lingua: tedesco/italiano

Ovile grande - gregge piccolo

Se osserviamo i nostri spazi celebrativi liturgici, notiamo che in molti luoghi essi sono troppo grandi e, in alcuni casi, non sono stati nemmeno concepiti per il nostro modo di celebrare la liturgia. In questo laboratorio approfondiremo, tra l'altro, la questione di come sia possibile vivere l'esperienza di essere comunità celebrante anche all'interno di edifici sotto tutela delle belle arti.

Relatore: Tobias Simonini - lingua: tedesco/italiano

Segnen heute – Neue Wege mit dem Benediktionale

Welche Sprache braucht der Segen heute? Wie können Segensfeiern Menschen in den vielfältigen Übergängen und Herausforderungen ihres Lebens begleiten?

Relatore: P. Johannes Feierabend - lingua: tedesco

Una roccia nella fede - Rituali in tempi di crisi

La malattia e la morte tolgono il terreno sotto i piedi a chi ne è colpito. Le persone che gli sono vicine vorrebbero essere di aiuto, ma spesso si sentono disorientate e impotenti. In queste circostanze, i rituali possono diventare una risorsa preziosa, offrendo sostegno e conforto.

Relatrice: Renate Rottensteiner - lingua: tedesco/italiano

In den **Fürbitten** zeigt sich die Solidarität der Gläubigen. In diesem Workshop wird die theologische Bedeutung des Fürbittgebetes aufgezeigt und gemeinsam gehen wir der Herausforderung nach, Fürbitten zu formulieren und vorzutragen.

Relatrice: Sonia Salamon - lingua: tedesco

Mit dem Herzen feiern – Familien im Gottesdienst ansprechen

Wie können Gottesdienste so gestaltet werden, dass sich Kinder und Erwachsene gleichermaßen angesprochen fühlen?

Relatrice: Lisa Huber - lingua: tedesco

Iscrizione necessaria: tel. 0472 832204 o info@cusanus.bz.it

Erklärung zum aktuellen kirchenrechtlichen Status der Priesterbruderschaft St. Pius X.

Nachdem am 1. Juli 2026 in Écône in der Schweiz vier Priester der Priesterbruderschaft St. Pius X. ohne päpstliches Mandat und gegen den ausdrücklichen Willen des Heiligen Vaters zu Bischöfen geweiht worden sind, hat das Dikasterium für die Glaubenslehre am 2. Juli 2026 mittels Dekret festgestellt, dass der Hauptkonsekrator Bischof Alfonso de Galarreta, der Mikonsekrator Bischof Bernard Fellay sowie die neugeweihten Bischöfe Pascal Schreiber, Michael Goldade, Michel Poininet de Sivry und Marc Hanappier sich durch diesen schismatischen Akt ipso facto die dem Apostolischen Stuhl vorbehaltene Exkommunikation als Tatstrafe zugezogen haben. Zudem werden in dem Dekret die Kleriker und die gläubigen Laien ermahnt, sich nicht dem Schisma der Priesterbruderschaft St. Pius X. anzuschließen, da sie sich damit ipso facto die Tatstrafe der Exkommunikation zuziehen würden. Weitere Einzelheiten sind in einer „Erläuternden Note“ enthalten, die vom Dikasterium für die Glaubenslehre zugleich mit dem Exkommunikationsdekret veröffentlicht wurde und die hier (in einer Übersetzung von VaticanNews) vollständig wiedergegeben wird:

Seit den Zeiten von Papst Paul VI. bis hin zu den jüngsten Gesprächen, die unlängst in diesem Dikasterium stattfanden, haben sich die zahlreichen Versuche, die Anhänger der von Erzbischof Marcel Lefebvre ins Leben gerufenen Bewegung wieder in die volle Gemeinschaft mit der katholischen Kirche zu führen, als vergeblich erwiesen. Diese Situation hat sich durch die jüngsten Bischofsweihen, die ohne päpstliches Mandat, gegen den Willen des Heiligen Vaters und unter offenem Verstoß gegen das kanonische Recht vollzogen wurden, weiter verschärft. Daher hält es dieses Dikasterium in getreuer Ausübung der ihm anvertrauten Aufgaben für notwendig, darauf hinzuweisen, dass diese Handlung den Straftatbestand des Schismas erfüllt, mit den entsprechenden kanonischen Konsequenzen für die betroffenen Weiheträger und Laien. Wie bereits 1988 erklärt wurde, „stellt dieser Ungehorsam, der eine wirkliche Ablehnung des Römischen Primats in sich schließt, einen schismatischen Akt dar“. (vgl. Johannes Paul II., Apostolisches Schreiben Ecclesia Dei, 3).

In diesem Zusammenhang gilt ab sofort Folgendes:

- 1. Die Geistlichen, die der Priesterbruderschaft St. Pius X. angehören, befinden sich im Schisma und sind daher als Schismatiker anzusehen (vgl. Ecclesia Dei, 5 c; Päpstlicher Rat für Gesetzestexte, Erläuternde Note zur Exkommunikation wegen Schismas, 24.08.1996, 5–6). Sie unterliegen somit der im Kirchenrecht vorgesehenen Exkommunikation (can. 1364 § 1 CIC).*
- 2. Was die Laiengläubigen betrifft, so sind diejenigen als schismatisch und exkommuniziert anzusehen, die sich formell der Priesterbruderschaft St. Pius X. unter den Bedingungen anschließen, die in der Erläuterung des Päpstlichen Rates für Gesetzestexte aus dem Jahr 1996 (vgl. ebenda, 7) festgelegt sind, welche nach wie vor in Kraft ist und von diesem Dikasterium übernommen wird.*
- 3. Schließlich wird das heilige Volk Gottes darauf hingewiesen, dass die Weiheträger der Priesterbruderschaft St. Pius X. die Sakramente unrechtmäßig spenden und dass das von ihnen gespendete Sakrament der Buße sowie die von ihnen begleitete Eheschließung ungültig sind.*

Die Kirche wird als fürsorgliche Mutter alle, die zur vollen Gemeinschaft zurückkehren möchten, mit aufrichtiger Zuneigung und lebhafter Fürsorge aufnehmen. Die Apostolischen Nuntien werden die Verfahren festlegen, die die Ordinariate in den verschiedenen Fällen anwenden können.

Schließlich werden alle Gläubigen ermahnt, fest in der Gemeinschaft mit dem Papst, mit den mit ihm verbundenen Bischöfen und mit der gesamten Kirche zu verbleiben (vgl. Lumen Gentium, 22; can. 751 CIC) und sich der Teilnahme an den von der oben genannten Priesterbruderschaft St. Pius X. organisierten Feiern und Aktivitäten zu enthalten.

Im Einklang mit den genannten Dokumenten des Dikasteriums für die Glaubenslehre warnt die Diözese Bozen-Brixen vor der Teilnahme an liturgischen Feiern der Priesterbruderschaft St. Pius X.: Da die Priester der Piusbruderschaft keine Jurisdiktion zur sakramentalen Lossprechung besitzen, ist die von ihnen erteilte Lossprechung in der Beichte ungültig. Ebenso haben Priester der Piusbruderschaft keine Vollmacht, bei Eheschließungen zu assistieren, daher sind Ehen, die unter Assistenz eines Priesters der Priesterbruderschaft St. Pius X. geschlossen werden, ungültig. Alle anderen Sakramente und Sakramentalien werden von Priestern der Priesterbruderschaft St. Pius X. unrechtmäßig gespendet, da Exkommunizierten die Spendung von Sakramenten und Sakramentalien untersagt ist. Daher ist es aus Glaubens- und Gewissengründen nicht zu verantworten, den Empfang von Sakramenten und Sakramentalien bei der Priesterbruderschaft St. Pius X. zu suchen.

In der Diözese Bozen-Brixen feiert die Priesterbruderschaft St. Pius X. regelmäßige Gottesdienste in der Kapelle zur Hl. Familie in Brixen (Fischzuchtweg) und zudem bisher auch immer wieder, und zwar ohne Wissen des zuständigen Ortspfarrers und ohne die erforderliche Erlaubnis des Ortsordinarius (vgl. Art. 2 der Richtlinien für die Nutzung von Kirchen und Kapellen, FDBB 2024, 8-9), in der Kirche St. Agatha auf der Wiese in Lana.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Priesterbruderschaft St. Pius X., welche sich im Schisma befindet, nicht verwechselt werden darf mit der Priesterbruderschaft St. Petrus, welche sich in voller Gemeinschaft mit dem Papst und der katholischen Kirche befindet.

Gläubige, die die Eucharistiefeier nach dem Missale Romanum von 1962 (sogenannte „Tridentinische Messe“) schätzen, werden darauf hingewiesen, dass sie in der Diözese Bozen-Brixen an den von Art. 2 der Richtlinien für die Feier der Liturgie nach den vor dem Zweiten Vatikanischen Konzil gültigen Büchern (FDBB 2024, 174-176) bestimmten Orten die Möglichkeit haben, diese Liturgie in voller Gemeinschaft mit der katholischen Kirche mitzufeiern.

Dichiarazione sullo stato canonico attuale della Fraternità Sacerdotale San Pio X

In seguito alla consacrazione episcopale di quattro sacerdoti della Fraternità Sacerdotale San Pio X, avvenuta il 1° luglio 2026 a Écône, in Svizzera, senza mandato pontificio e contro l'esplicita volontà del Santo Padre, il 2 luglio 2026 il Dicastero per la Dottrina della Fede ha dichiarato, mediante decreto, che il Vescovo Alfonso de Galarreta, quale principale consacrante, il vescovo Bernard Fellay, quale coconsacrante, nonché i vescovi di nuova consacrazione Pascal Schreiber, Michael Goldade, Michel Poinciset de Sivry e Marc Hanappier sono incorsi ipso facto, mediante tale atto scismatico, nella scomunica latae sententiae riservata alla Sede Apostolica.

Nel medesimo decreto si ammoniscono inoltre i chierici e i fedeli laici a non aderire allo scisma della Fraternità Sacerdotale San Pio X, poiché, così facendo, incorrerebbero anch'essi ipso facto nella pena della scomunica latae sententiae.

Ulteriori dettagli sono contenuti in una "Nota esplicativa", pubblicata dal Dicastero per la Dottrina della Fede contestualmente al decreto di scomunica e qui riprodotta integralmente:

Dai tempi di San Paolo VI fino agli ultimi colloqui, svoltisi recentemente presso questo Dicastero, i molteplici tentativi di ricondurre gli aderenti al movimento iniziato da Mons. Marcel Lefebvre alla piena comunione con la Chiesa cattolica si sono rivelati vani. Tale situazione si è ulteriormente aggravata a causa delle recenti consacrazioni episcopali celebrate senza mandato pontificio, contro la volontà del Santo Padre, in aperta violazione del diritto canonico. Pertanto, questo Dicastero, nel fedele esercizio delle funzioni ad esso affidate, ritiene necessario rilevare che tale atto ha configurato il delitto di scisma, con le conseguenze canoniche per i ministri sacri e per i fedeli laici coinvolti. Infatti, come già dichiarato nel 1988, "tale disobbedienza – che porta con sé un rifiuto pratico del Primato romano – costituisce un atto scismatico" (cfr. Giovanni Paolo II, Lett. ap. Ecclesia Dei, 3).

A tale riguardo, d'ora in poi:

- 1. I ministri sacri appartenenti alla Fraternità Sacerdotale San Pio X, sono nello scisma e devono pertanto essere considerati scismatici (cfr. Ecclesia Dei, 5 c; Pontificio Consiglio per i Testi Legislativi, Nota esplicativa sulla scomunica per scisma in cui incorrono gli aderenti al movimento del Vescovo Marcel Lefebvre, 24.08.1996, 5-6), risultando soggetti alla scomunica prevista dal diritto (can. 1364 § 1 CIC).*
- 2. Per quanto concerne i fedeli laici, sono da ritenersi scismatici e scomunicati coloro che aderiscono formalmente alla Fraternità Sacerdotale San Pio X alle condizioni stabilite nella Nota esplicativa dal Pontificio Consiglio per i Testi Legislativi del 1996 (cfr. ibidem, 7), ancora vigente, che questo Dicastero fa propria.*
- 3. Si avverte, infine, il santo Popolo di Dio che i ministri sacri della Fraternità Sacerdotale San Pio X amministrano illecitamente i sacramenti e che il sacramento della penitenza da loro amministrato e il matrimonio da loro assistito sono invalidi.*

La Chiesa, come madre premurosa, accoglierà con sincero affetto e viva sollecitudine tutti coloro che desiderano tornare alla piena comunione. I Nunzi Apostolici disporranno delle procedure che gli Ordinari potranno utilizzare nei diversi casi.

Si esortano, infine, tutti i fedeli a rimanere saldi nella comunione con il Romano Pontefice, con i Vescovi in comunione con lui e con tutta la Chiesa (cfr. Lumen Gentium, 22; can. 751 CIC), e ad astenersi dal partecipare alle celebrazioni e attività promosse dalla suddetta Fraternità Sacerdotale San Pio X.

In conformità ai suddetti documenti del Dicastero per la Dottrina della Fede, la diocesi di Bolzano-Bressanone mette in guardia dalla partecipazione alle celebrazioni liturgiche della Fraternità Sacerdotale San Pio X: Poiché i sacerdoti della Fraternità San Pio X non possiedono la giurisdizione necessaria per impartire validamente l'assoluzione sacramentale, l'assoluzione da essi impartita nel sacramento della Penitenza è invalida. Parimenti, i sacerdoti della Fraternità San Pio X non hanno la facoltà di assistere validamente ai matrimoni; di conseguenza, i matrimoni celebrati con l'assistenza di

un sacerdote della Fraternità Sacerdotale San Pio X sono invalidi. Tutti gli altri sacramenti e sacramentali vengono amministrati dai sacerdoti della Fraternità Sacerdotale San Pio X in modo illecito, poiché agli scomunicati è vietata l'amministrazione dei sacramenti e dei sacramentali. Per tale motivo, in coscienza e per fedeltà alla fede cattolica, non è lecito ricorrere alla Fraternità Sacerdotale San Pio X per ricevere i sacramenti o i sacramentali.

Nella diocesi di Bolzano-Bressanone la Fraternità Sacerdotale San Pio X celebra regolarmente la Santa Messa nella Cappella della Sacra Famiglia a Bressanone (Via del Laghetto). Inoltre, finora ha celebrato ripetutamente funzioni anche nella chiesa di Sant'Agata al Prato, a Lana, senza che il parroco territorialmente competente ne fosse a conoscenza e senza la necessaria autorizzazione dell'Ordinario del luogo (cfr. art. 2 delle Direttive per l'uso di chiese e cappelle, FDBB 2024, 9-10).

Si richiama espressamente l'attenzione sul fatto che la Fraternità Sacerdotale San Pio X, attualmente in stato di scisma, non deve essere confusa con la Fraternità Sacerdotale San Pietro, la quale è in piena comunione con il Romano Pontefice e con la Chiesa cattolica.

I fedeli che apprezzano la celebrazione dell'Eucaristia secondo il Missale Romanum del 1962 (la cosiddetta "Messa tridentina") sono informati che, nella diocesi di Bolzano-Bressanone, possono partecipare a tale forma liturgica in piena comunione con la Chiesa cattolica nei luoghi individuati dall'art. 2 delle Direttive per la celebrazione della liturgia secondo i libri in vigore prima del Concilio Vaticano II (FDBB 2024, 176-178).

Diplomstudium in Katholischer Fachtheologie und Religionspädagogik, Studium der Philosophie an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Brixen

Das Diplomstudium in Katholischer Fachtheologie sowie das Diplomstudium der Katholischen Religionspädagogik dauern zehn Semester. Die Studiengänge führen zum akademischen Grad des Bakkalaureats päpstlichen Rechts. Studierende der Fachtheologie können nach Inskription – für mindestens ein Semester – sowie einer weiteren Diplomprüfung an der Universität Innsbruck den „Magister der Theologie“ österreichischen Rechts verliehen bekommen.

Das Studium in Religionspädagogik führt nach erfolgreich absolvierten Lehrveranstaltungen in Brixen mit Inskription in Innsbruck zum „Bachelor“ bzw. „Master of Arts – Spezialisierung in Katholischer Religionspädagogik“. Das Studium der Religionspädagogik kann auch berufsbegleitend absolviert werden.

Das Studium der Philosophie wird in Kooperation mit dem Institut für Philosophie an der Theologischen Fakultät der Universität Innsbruck angeboten. Es führt berufsbegleitend in acht Semestern zum Bachelor der Philosophie, der in Italien als laurea anerkannt ist.

Die theologischen Studiengänge bereiten für die Mitarbeit in Pfarrgemeinden und Seelsorgeeinheiten, Krankenhäusern, in der Kinder- und Jugendarbeit, der Erwachsenenbildung, im Medienbereich, in sozialcaritativen Diensten, in kirchlichen Vereinen und Verbänden, Ämtern und kirchlichen Stiftungen und im Religionsunterricht vor. Sie sind Voraussetzung für die wissenschaftliche Laufbahn an Theologischen Fakultäten.

Die Immatrikulation und Inskriptionen für das akademische Jahr 2026/2027 laufen bis Ende September.

Philosophisch-Theologische Hochschule Brixen
0472 271120
sekretariat@pthsta.it

Gasthörerinnen und Gasthörer können einzelne ausgewählte Lehrveranstaltungen besuchen und sind herzlich willkommen.

Brixner Theologische Kurse

Kurs nehmen...auf Gott! Offene Räume für Wissensdurstige, Glaubende, Suchende

Die Brixner Theologische Kurse bieten eine bereichernde Auseinandersetzung mit dem christlichen Glauben. In verständlicher Sprache und angenehmer Atmosphäre erschließen kompetente Lehrende die spirituellen und geistigen Grundlagen des Christentums. Die Kurse vermitteln ein theologisches Basiswissen und möchten zu einem reflektierten, erwachsenen sowie dialogfähigen Glauben verhelfen.

Das Kursangebot richtet sich an theologisch Interessierte und Suchende inner- wie außerhalb der katholischen Kirche. Einschlägige Vorkenntnisse sind nicht erforderlich. Die Kurse wollen vor allem Menschen ansprechen, die

- den christlichen Glauben besser kennen lernen und vertiefen
- sich Grundkenntnisse der katholischen Theologie aneignen
- sich über das Christsein in der heutigen Gesellschaft informieren
- den gelebten Glauben und das kirchliche Leben in der Diözese (in der Spur der Diözesansynode) reflektieren
- sich eine Bildungsgrundlage für das Engagement in Pfarrei, Seelsorgeeinheit oder einem anderen kirchlichen Lebensbereich schaffen möchten.

Kursdauer und Kursabschluss

Die Brixner Theologische Kurse sind insgesamt auf drei Jahre ausgelegt. Das erste Jahr ist als ein in sich geschlossener Grundkurs konzipiert, so dass eine Teilnahme allein an diesem Kurs sich auch als sinnvoll erweisen kann. Die beiden weiteren Jahre bieten Spezialisierungen und Vertiefungen. Jedes Kursjahr besteht aus elf Samstagen und zwei Wochenenden (Freitag/Samstag)

Der neue diözesane Bildungsweg ist in die Lehrpläne der Brixner Kurse integriert

Der Diözesane Bildungsweg entsteht aus der Kooperation zwischen dem Bischöflichen Ordinariat und den diözesanen Bildungsträgern.

Der Grundkurs der BTHK beinhaltet die 5 Basismodule. Weitere Module werden im Rahmen der Plus-Kursen angeboten.

Ort: Philosophisch-Theologische Hochschule Brixen

Kursgebühren: 252,00 Euro

Dauer: 11 Samstage und 2 Wochenenden (November und Juni)

Zusätzlich werden unter dem Namen „**Brixner Theologische Kurse Plus**“ Spezialisierungskurse angeboten, die wichtige theologische Inhalte aufgreifen bzw. relevante Aspekte der Gemeindepastoral vertiefen.

Leitung von Begräbnisfeiern

Kursgebühren: 352,00 Euro

Dauer: 16 Treffen - Oktober 2026 bis Juni 2028

Nähere Informationen zur Kursteilnahme:

Dott. Paola Cecarini Bayer

Dekanat der Philosophisch - Theologischen Hochschule Brixen

Seminarplatz 4, 39042 Brixen

Tel. 0472 271 121

theologisketermine@pthsta.it

<https://www.pthsta.it/weiterbildung/brixner-theologische-kurse>

Studio Teologico Accademico di Bressanone

Immatricolazione e iscrizione

L'offerta formativa dello Studio Teologico Accademico Bressanone include, oltre al curriculum di Teologia Cattolica e al curriculum di Filosofia, anche un percorso in Scienze Religiose con indirizzo pedagogico-didattico, che costituisce il presupposto per l'insegnamento della religione cattolica nelle scuole pubbliche.

La proposta formativa in lingua italiana è realizzata grazie alla collaborazione con l'Istituto Superiore di Scienze Religiose "Romano Guardini" di Trento.

Nuove iscrizioni al primo semestre sono possibili fino al 30 settembre presso la segreteria dello Studio Teologico Accademico, con sede in Piazza Seminario 4, 39042 Bressanone, Tel. 0472 271120, mail: sekretariat@pthsta.it.

Studenti ospiti sono benvenuti e possono scegliere tra una vasta gamma di lezioni incentrate su diverse tematiche.

Rechenschaftsbericht über das Jahr 2025

Die folgenden Übersichten umfassen:

1. die Ergebnisse der Jahresschlussbilanz 2025 der Diözese Bozen-Brixen,
2. die Zuwendungen aus den 8% der CEI aus der jährlichen Steuererklärung für Kultus und pastorale Zwecke sowie für die Belange der Caritas
3. die Aufwendungen für den Lebensunterhalt des Klerus

1. Jahresschlussbilanz der Diözese Bozen-Brixen für das Jahr 2025

Am 05. Juni 2026 hat der Vermögensverwaltungsrat der Diözese Bozen-Brixen die Bilanz des Geschäftsjahres 2025 der Diözese Bozen-Brixen behandelt und nach eingehender Diskussion genehmigt.

In der Bilanz der Diözese Bozen-Brixen sind nur jene Positionen erfasst, welche direkt die juristische Person „Diözese Bozen-Brixen“ betreffen. Nicht erfasst sind die Caritas, das DIUK, das Priesterseminar, das Bischöfliche Institut Vinzentinum, die diözesanen Bildungsinstitutionen (Bildungshäuser usw.). Von den Kirchensammlungen ist nur das Adventopfer für die Bedürfnisse der Diözese bestimmt; die übrigen Sammlungen wurden der jeweiligen Zweckbestimmung zugeführt.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Diözese mit ihren Tätigkeitsfeldern: Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Hausverwaltung entwickelte sich weitergehend linear. Der Bereich der Obst- und Weinwirtschaft brachte zufriedenstellende Ergebnisse. Im vergangenen Jahr konnte das 30-jährige Fruchtgenussrecht am Hofburggarten in Brixen an die Gemeinde verkauft werden. Dieser Erlös scheint als eine Art Mietvorauszahlung in der Bilanz auf, weswegen ein außerordentlicher Überschuss erwirtschaftet werden konnte. Wie angekündigt sind die Erlöse aus der Forstwirtschaft stark zurückgegangen, da die von Borkenkäfer befallenen Bäume geschlägert wurden und damit keine außerordentlichen Erlöse mehr anfallen. Die Wohnungsvermietungen laufen sehr zufriedenstellend, wobei weiterhin die Anwendung des Landesmietzins als Richtlinie beim Abschluss von Mietverträgen gilt. Die Bilanz des Jahres 2025 schließt mit einem Überschuss von 1.382.078,00 Euro. Mit dem Überschuss werden die Beiträge an die Pfarreien zur Finanzierung der Pastoralassistentinnen finanziert, aber vor allem natürlich alle pastoralen Tätigkeiten, die über die Ämter und Bereiche des Bischöflichen Ordinariates abgewickelt werden. Dies geschieht durch insgesamt 39 angestellte Mitarbeitenden, davon 25 Frauen und 14 Männer. 22 Personen arbeiten in Teilzeit. Weiter sollen Reserven für die Sanierung von Immobilien und eventuell Neubau von Wohnungen gebildet werden.

Die Gewinn- und Verlustrechnung weist zum 31.12.2025 folgendes Ergebnis auf:

Diözese mit Tilliach und CEI-Zuweisungen	2025	Abw zum VJ	2024
Anlagevermögen	89.254.694	0,37%	88.924.223
Umlaufvermögen	17.766.148	19,93%	14.814.148
Rechnungsabgrenzungen	63.208	0,00%	63.208
Aktiva	107.084.050	3,16%	103.801.579
Eigenkapital	102.497.963	3,62%	98.915.164
Rückstellungen	255.639	-11,20%	287.896
Abfertigungsfond	686.932	-2,28%	702.971
Verbindlichkeiten	3.491.006	-9,01%	3.836.816
Rechnungsabgrenzungen	121.310	106,55%	58.731
Summe Passiva	107.052.850	3,13%	103.801.579
Wert der erzeugten Leistungen	10.309.757	8,20%	9.528.338
Aufwendungen für Leistungen	8.604.558	-6,55%	9.207.183
Betriebserfolg	1.705.199	430,96%	321.155
Finanzergebnis	200.598	-13,89%	232.963
Wertberichtigungen	0	0,00%	0
Überschuss/Verlust vor Steuern	1.905.796	243,93%	554.119
Steuern	523.718	45,13%	360.868
Überschuss/Verlust nach Steuern	1.382.078	615,17%	193.251

2. Die Zuwendungen aus den 0,8% der CEI

Über die Diözese werden in gesondertem Vorgang die von der Italienischen Bischofskonferenz (CEI) aus den 8‰ der jährlichen Steuererklärung zugewiesenen finanziellen Mittel für Kultus und Pastoral sowie für die Belange der Caritas verwaltet.

Im Jahre 2025 wurden folgende Beträge zur Verfügung gestellt:

Für Kultus und seelsorgliche Tätigkeit	2025
Für Kultusausgaben	190.000
Für die Seelsorge im weitesten Sinn: Kirchensender, Il Segno, Bibliothek im Priesterseminar, Diözesanmuseum, Diözesane Veranstaltungen usw.	558.567
Weiterbildung im Glauben: Azione cattolica, Jugenddienste, Pfarrhaushälterinnen	287.000
Insgesamt	1.035.567

Für Projekte der Caritas	2025
Bischof - Caritaskasse	
Für caritative Projekte in der Diözese	985.403
Insgesamt	985.403

3. Aufwendungen für den Lebensunterhalt des Klerus

Für den Lebensunterhalt der Priester im Unterhaltssystem sowie der Priester im Integrationsfonds kommt das Diözesaninstitut (DIUK) auf, wobei allerdings vom Zentralinstitut aus Rom bzw. von der Italienischen Bischofskonferenz (CEI) erhebliche Mittel zugeführt werden müssen, wie aus der Aufstellung ersichtlich:

A. Unterhaltszahlung

1. Anzahl der Priester, die 2025 im Unterhaltssystem erfasst sind (Jahresdurchschnitt)	218	
2. Brutto - Jahresvergütung der Priester	3.472.043,10	100,00%
3. Deckung der Jahresvergütung durch:		
a. Pfarreibetrag	150.834,00	4,34%
b. Vergütung von anderen kirchl. Körperschaften (z.B. Seminare)	104.111,40	3,00%
c. Vergütung von nicht kirchl. Körperschaften (z.B. Schulen)	94.899,08	2,73%
d. Einberechnete Pensionen	694.762,32	20,01%
e. Ausgleichszahlung durch das Unterhaltssystem	2.427.436,30	69,92%
4. Brutto - Ausgleichszahlungen an die Priester inkl. eventuelle Ausgleichszahlungen für vorhergehende Jahre	2.431.440,30	
5. Sozialbeiträge Klerusfonds (INPS)	135.452,73	
6. Beiträge Regionalgericht	24.700,00	
7. Beiträge für Pfarrhaushälterinnen	28.217,93	
8. Gesamtkosten des Unterhaltssystems	2.619.810,96	

B. Integrationsfonds

Aus dem Integrationsfonds werden die Zahlungen für die Priester, die nicht mehr im unmittelbaren Einsatz in der Seelsorge stehen, vorgenommen:

1. Priester im Integrationsfonds im Jahr 2025 (Jahresdurchschnitt)	27	
2. Brutto - Jahresvergütung der Priester	460.967,76	100,00%
3. Deckung der Jahresvergütung durch:		
a. Kleruspension	11.205,00	2,43%
b. andere einberechnete Pensionen	312.979,28	67,90%
c. Ausgleichszahlung zu Lasten Integrationsfonds	136.783,48	29,67%
4. Brutto - Ausgleichszahlungen an die Priester inkl. eventuelle Ausgleichszahlungen für vorhergehende Jahre	136.783,48	
5. Sozialbeiträge Klerusfonds		
6. Beiträge für Haushälterinnen der Priester im Integrationsfonds	1.581,84	
7. Gesamtkosten des Integrationsfonds	138.365,32	

C. Zusatzkrankenversicherung

1. Versicherungsprämien	174.893,25
-------------------------	-------------------

D. Beiträge Sozialabgaben Hausangestellte

1. Beiträge Hausangestellte in Priesterheimen	
---	--

E. Gesamte Ausgaben zu Lasten des Systems bzw. der CEI

(A.7 + B.7 + C.1 + D.1)	2.933.069,53
-------------------------	---------------------

F. Ausgabendeckung

a) aus Erträgen des DIUK - Vermögensverwaltung	1.000.000,00	34,09%
b) aus steuerabzugsfähigen Spenden	50.421,47	1,72%
c) aus dem 8-Promille-Fonds	1.882.648,06	64,19%
Insgesamt	2.933.069,53	100,00%

Rendiconto dell'anno 2025

I seguenti quadri riassuntivi riguardano

1. Il bilancio consuntivo annuale della diocesi di Bolzano-Bressanone,
2. Le assegnazioni della CEI derivanti dall'ottopermille
3. I contributi per il sostentamento del clero

1. Bilancio consuntivo della diocesi di Bolzano-Bressanone dell'anno 2025

Il 05 giugno 2026 il Consiglio per gli affari economici della diocesi di Bolzano-Bressanone ha esaminato il bilancio consuntivo dell'anno finanziario 2025 e, dopo approfondita discussione, l'ha approvato.

Nel bilancio della diocesi di Bolzano-Bressanone sono rappresentate solo quelle voci che riguardano direttamente la persona giuridica "Diocesi di Bolzano-Bressanone". In questo prospetto, ad esempio, non sono comprese la Caritas, l'IDSC, il Seminario maggiore, l'Istituto vescovile Vinzentinum, le strutture diocesane di formazione (case di formazione, Istituto di scienze religiose), ecc. Delle raccolte a favore della Chiesa solo l'Offerta di Avvento è destinata alle necessità della diocesi; le restanti raccolte sono erogate secondo le rispettive finalità specifiche.

Lo sviluppo economico della diocesi, con i suoi settori di attività – agricoltura, silvicoltura e gestione immobiliare – è proseguito in modo sostanzialmente lineare. Il comparto della frutticoltura e della viticoltura ha registrato risultati soddisfacenti. Nel corso dell'anno passato è stato possibile vendere al Comune di Bressanone il diritto di usufrutto trentennale del Giardino Vescovile della Hofburg di Bressanone. Tale ricavo figura in bilancio come una sorta di pagamento anticipato del canone di locazione, consentendo così di conseguire un avanzo straordinario. Come già annunciato, i proventi derivanti dalla silvicoltura sono diminuiti sensibilmente, poiché gli alberi colpiti dal bostrico sono stati abbattuti e pertanto non si sono più generati ricavi straordinari. Le locazioni abitative continuano a registrare risultati molto soddisfacenti; resta inoltre confermata l'applicazione del canone provinciale come parametro di riferimento nella stipula dei contratti di locazione. Il bilancio dell'anno 2025 si chiude con un avanzo di 1.382.078,00 euro. Tale avanzo viene utilizzato per finanziare i contributi alle parrocchie destinati al sostegno degli assistenti pastorali e, soprattutto, per sostenere tutte le attività pastorali gestite attraverso gli uffici e i servizi dell'Ordinariato vescovile. Queste attività sono svolte da un totale di 39 collaboratori dipendenti, di cui 25 donne e 14 uomini. 22 persone lavorano a tempo parziale.

Si intende inoltre costituire riserve per il risanamento degli immobili e per l'eventuale costruzione di nuove abitazioni.

Il bilancio consuntivo comporta al 31.12.2025 il seguente risultato:

Bilancio diocesi, incluso contributi CEI	2025	Diff./anno prec.	2024
Immobilizzazioni	88.254.694	0,374%	88.924.223
Attivo Circolante	17.766.148	19,93%	17.814.148
Ratei Attivi	63.208	0,008%	63.208
Attivo	107.084.050	3,16%	103.801.579
Capitale	102.497.963	3,62%	98.915.164
Accantonamento	255.639	-11,20%	287.896
Fondo TFR	686.932	-2,28%	702.971
Debiti	3.491.006	-9,01%	3.836.816
Ratei passivi	121.310	106,55%	58.731
Passivo	107.052.850	3,13%	103.801.579
Valore della produzione	10.309.757	8,20%	9.528.338
Costo della produzione	8.604.558	-6,55%	9.207.183
Diff. valore e costo produzione	1.705.199	430,96%	321.155
Risultato finanziario	200.598	-13,89%	232.963
Aggiustamenti di valore	0	0,00%	0
Avanzo/Disavanzo prima imposte	1.905.796	243,93%	554.119
Imposte Ires/Irap	523.718	-100,00%	360.868
Risultato	1.382.078	-886,18%	193.251

2. Le assegnazioni C.E.I. derivanti dall'ottopermille

I contributi provenienti dall'ottopermille della dichiarazione annuale dei redditi delle persone fisiche, gestiti dalla Conferenza Episcopale Italiana (C.E.I.) ed assegnati alla diocesi per le esigenze di culto e pastorale e per le iniziative nel settore Caritas e ripartiti nell'anno 2025:

Per esigenze di culto e pastorale	2025
Esercizio di culto	190.000
Esercizio della cura d'anime: Emittenti cattoliche, Il Segno, Biblioteca del Seminario Maggiore, Museo Diocesano, Organismi diocesani etc.	558.567
Catechesi ed educazione cristiana: Azione cattolica, servizi giovanili, domestiche dei sacerdoti	287.000
Totale	1.035.567

Per interventi caritativi	2025
Per la carità del Vescovo	
Opere caritative diocesane	985.403
Totale	985.403

3. Il Sostentamento del clero

La cura per il congruo sostentamento dei sacerdoti nella nostra diocesi è compito istituzionale dell'Istituto Diocesano per il Sostentamento del Clero (IDSC). Il bisogno finanziario può essere coperto soltanto con un notevole impegno da parte dell'Istituto Centrale con mezzi finanziari derivanti dall'ottopermille.

A. Sistema di sostentamento clero

1. Numero medio dei sacerdoti nel sistema nell'anno 2025	218	
2. Remunerazioni annue lorde dovute ai sacerdoti	3.472.043,10	100,00%
3. Copertura remunerazioni annue lorde con		
a. Remunerazioni da Parrocchie	150.834,00	4,34%
b. Remunerazioni da altri enti ecclesiastici (p.e. seminari)	104.111,40	3,00%
c. Stipendi da enti non ecclesiastici (p.e. scuola)	94.899,08	2,73%
d. Pensioni computabili	694.762,32	20,01%
e. Sistema sostentamento clero	2.427.436,30	69,92%
4. Integrazioni lorde disposte ai sacerdoti inclusi i conguagli riferiti ad anni precedenti	2.431.440,30	
5. Contributi previdenziali fondo Clero INPS	135.452,73	
6. Remunerazioni da tribunali eccl. Regionali	24.700,00	
7. Contributi assistenza domestica parrocchie	28.217,93	
8. Spese totali sistema di sostentamento	2.619.810,96	

B. Sistema di previdenza integrativa

Il fondo integrativo serve per i sacerdoti che non hanno più un diretto incarico pastorale

1. Numero medio dei sacerdoti nel sistema nell'anno 2025	27	
2. Assegni annui lordi dovuti ai sacerdoti	460.967,76	100,00%
3. Copertura assegni annui lordi con:		
a. Pensioni Fondo Clero INPS	11.205,00	2,43%
b. Altre Pensioni computabili	312.979,28	67,90%
c. Sistema previdenza integrativa	136.783,48	29,67%
4. Assegni lordi disposti ai sacerdoti inclusi i conguagli riferiti ad anni precedenti il 2013	136.783,48	
5. Contributi previdenziali (Fondo Clero INPS)		
6. Contributi assistenza domestica sacerdoti pensionati	1.581,84	
7. Oneri del sistema di previdenza integrativa	138.365,32	

C. Polizza sanitaria

1. Premio assicurativo	174.893,25
------------------------	------------

D. Contributi Assistenza domestica del Clero

1. Contributi assistenza domestica case del Clero	
---	--

E. Oneri del sistema di sostentamento clero e di previdenza integrativa

(A.7+B.7+C.1+D.1)	2.933.069,53
--------------------------	---------------------

F. Fonti di copertura

a) Somme rese disponibili dall'IDSC	1.000.000,00	34,09%
b) Erogazioni liberali	50.421,47	1,72%
c) Somme prelevate dalla quota dell'8 x 1000	1.882.648,06	64,19%
Totale	2.933.069,53	100,00%

Pastoralrat/Consiglio pastorale

Protokoll der Sitzung vom 30. Mai 2026 im Pastoralzentrum Bozen

Anwesend: Bischof Ivo Muser, Generalvikar Eugen Runggaldier und 21 weitere Ratsmitglieder, Lucia Ceol von Unitalsi und Johanna Brunner (online via Zoom) bis ca. 10.00 Uhr.

Abwesend: Nothburga Ludwig (e), Toni Fiung (e), Christine Leiter Rainer (e), Franz Kripp, Matthias Komar (e), Zita Gantioler (e), Claudio Fusaro (e), Waltraud Folie (e), Günther Beghella (e), Markus Badstuber (e), Roswitha Maurer (e), P. Gianpietro Pellegrini (e), Alessandro Pesanvento, Hermann Pirpamer, Anita Schmidhammer, Lorenzo Sola (e), Augusta Sorà (e), Alfio Spitaleri (e), Massimo Sposato (e), Sr. Mirjam Volgger, Christoph Wiesler, Christine Zwerger Oberleiter (e)

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Gebet (Herr Bischof)
2. Genehmigung der Tagesordnung
3. Mut zum Hinsehen: Informationen zum Projektstand (Johanna Brunner)
4. Informationen zur Reform des Bischöflichen Ordinariats (Eugen Runggaldier)
5. Austausch Bischof – Mitglieder des Pastoralrates
6. Überlegungen zur Reform des diözesanen Pastoralrates
7. Nächste Termine

1. Begrüßung und Gebet (Herr Bischof)

Der Bischof spricht ein kurzes Gebet. Anschließend ergreift die eingeladene Referentin Lucia Ceol von Unitalsi das Wort. In ihrem Beitrag stellt sie die Tätigkeit der Organisation vor und geht dabei insbesondere auf die Begleitung kranker Menschen ein. Ein besonderer Schwerpunkt ihres Berichts liegt auf den Pilgerfahrten nach Lourdes, die Unitalsi gemeinsam mit den Kranken organisiert und begleitet. Sie erläutert die Bedeutung dieser Wallfahrten sowie die vielfältigen Dienste der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer. Im Anschluss greift der Bischof die Ausführungen von Lucia Ceol in einer kurzen Reflexion auf. Er würdigt das Engagement von Unitalsi für kranke und bedürftige Menschen und hebt die besondere spirituelle Bedeutung des Wallfahrtsortes Lourdes hervor. Dabei betont er Lourdes als einen Ort des Glaubens, der Hoffnung und der menschlichen Begegnung.

2. Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

3. Mut zum Hinsehen: Informationen zum Projektstand

Projektleiterin Johanna Brunner berichtet über den aktuellen Stand des Projekts. Das Projekt wird mit Ende Juni inhaltlich abgeschlossen, der offizielle Abschluss erfolgt im Herbst. Es gliederte sich in drei Phasen: die Aufklärung (Erstellung des Gutachtens), die Aufarbeitung sowie die Entwicklung und Umsetzung von Präventionsmaßnahmen. Das Gutachten hat mehrere Problematiken und strukturelle Schwächen aufgezeigt, darunter die Notwendigkeit, die Fallbearbeitung klar zu definieren und transparent zu gestalten, Betroffene einzubeziehen und auf sie zuzugehen, Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten eindeutig festzulegen und wirksam zu kontrollieren, Führungsverantwortung effektiver und umfassender wahrzunehmen, Fragen von Governance und Compliance systematisch sicherzustellen, verpflichtende Schulungen zu definieren und Weiterbildung sicherzustellen, Präventions- und Schutzkonzepte ebenso wie ein klares Sanktionssystem für Täter zu entwickeln und

umzusetzen und insgesamt auf eine Haltungsänderung sowie auf eine neue Fehler- und Organisationskultur hinarbeiten. Im November 2025 hat eine Anpassung des Projektes und der Projektziele stattgefunden. Für eine nachhaltige Umsetzung der Maßnahmen aus den Gutachten auf institutioneller Ebene wurde das Projekt strukturell stärker an das Generalvikariat angebunden. Die Steuerungsgruppe hat unter neuer Leitung von Peter Beer mit den bestehenden Projektgruppen weitergearbeitet, in denen unterschiedliche Maßnahmen erarbeitet und umgesetzt wurden. Die Projektgruppe Caritas hat mit der Durchführung eines Workshops zum Thema „Macht und Grenzen“ für hauptamtliche Mitarbeitende begonnen. Weitere Initiativen zu diesem Themenbereich sind geplant. Dabei wurde auf einen ressourcenorientierten Zugang gesetzt, der auch beibehalten werden soll. Ziel ist es, dass die Teilnehmenden das Erlernte in ihren Arbeitsalltag integrieren und dadurch langfristig zu einem Kulturwandel beitragen. Im Bereich Bildung wurde eine Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Südtiroler Heime (a*sh) aufgebaut. Zudem fand eine Studienfahrt nach Bayern statt. Weitere Initiativen gemeinsam mit allen Südtiroler Schülerheimen sind bereits in Planung. Im Bereich Pastoral wurden verschiedene Pfarreien eingebunden und bestehende Initiativen berücksichtigt, sowie nach Best-Practice-Projekten gesucht. Es wurde ein Leitfaden für Aufnahmegespräche mit Animatorinnen und Animatoren ausgearbeitet. Darüber hinaus wurde eine Eigenerklärung eingeführt, mit der bestätigt wird, dass keine einschlägigen Straftaten vorliegen und die Bereitschaft zur Übernahme von zentralen Haltungen des Safeguardings erklärt wird. Auf diözesaner Ebene wurden zehn Safeguarding-Grundsätze erarbeitet, die ab Herbst zunächst in ausgewählten Pfarreien erprobt werden sollen und dann als orientierende Prinzipien und Haltungen für die Umsetzung von Safeguarding-Maßnahmen im Pfarreialtag Verwendung finden können. Die Projektgruppe Verwaltung stand in Kontakt mit der Steuerungsgruppe der Kurienreform und befasste sich insbesondere mit Fragen der Verwaltung, insbesondere klarer Zuständigkeiten und transparenter, überprüfbarer Prozesse sowie der Führung von Personalakten und der Schriftgutverwaltung. Obwohl das Gesamtprojekt mit Ende Juni abgeschlossen wird, werden einzelne Maßnahmen bis in den Herbst hinein weiter umgesetzt und definiert. Darüber hinaus gibt es Maßnahmen und Initiativen, die auch über das Projektende hinaus weitergeführt werden. Derzeit wird noch an einer Interventionsordnung gearbeitet, die ein verbindliches Vorgehen in der Meldung und Bearbeitung von Fällen sicherstellen soll. Die dazugehörigen Durchführungsbestimmungen stehen noch aus. Ebenso wird eine Satzung für einen Betroffenenbeirat ausgearbeitet. Die entsprechenden Personalien und Besetzungen sollen über den Sommer definiert und im Herbst kommuniziert werden. Darüber hinaus wurde im Rahmen des Projektes Mut zum Hinsehen ein Kommunikationsplan erstellt. Teil davon war u. a. ein zeitlich befristeter Gedenktag für Betroffene von sexueller Gewalt in der Kirche und der Gesellschaft. Außerdem läuft die Produktion eines Podcast unter den Titel „Offene Wunden – offen Reden“, der unterschiedlichen Sichtweisen zum Thema Missbrauch in deutscher und demnächst auch in italienischer Sprache („Ferite aperte – aperti all’ascolto“) eine Plattform bietet.

Ein Mitglied des Pastoralrates merkt an, dass das Gutachten keine Aspekte des kanonischen Rechts berücksichtigt habe. Zudem seien frühere Ermittlungen nicht einbezogen worden und den betroffenen Personen sei keine Möglichkeit zur Verteidigung gegeben worden. Ferner seien die drei betroffenen Personen aus ihrer pastoralen Tätigkeit herausgelöst worden. Das Mitglied fordert, dass die Ermittlungsakten und das Gutachten dem zuständigen Dikasterium in Rom vorgelegt werden. Außerdem solle die Ansprache von Papst Leo XIV. vom 14. März zur Eröffnung des Gerichtsjahres des Vatikanstaates berücksichtigt werden. Johanna Brunner bemerkt zunächst, dass sie aufgrund der nicht optimalen Audioübertragung viele Aussagen nicht genau hören konnte. Sie habe bemerkt, dass es sich um ein mitunter auch sehr emotionales Statement gehandelt habe und geht darauf ein, dass die Aufarbeitung von Missbrauchsfällen immer auch eine Gratwanderung ist. Die Rolle und Aufgabe der Diözese sei es jedoch nicht, die Arbeit von Gerichten oder Strafermittlungsbehörden zu ersetzen und auch nicht, Urteile zu fällen. Die Aufgabe der Diözesanleitung ist es, Situationen einzuschätzen und zu beurteilen und insbesondere in jenen Fällen, wo es keine eindeutige Sachlage gibt, mit Verdacht angemessen umzugehen. Das schließt Maßnahmen zur präventiven Gefahrenabwehr ebenso ein wie die Wahrung der Rechte Beschuldigter und auch die Setzung von Schritten und Maßnahmen gemäß transparenter, nachvollziehbarer und kontrollierbarer Prozesse. Ein weiteres Mitglied des Pastoralrates

fragt, wie dies in der Praxis umgesetzt werden soll, da er als Leiter eines Kinderchores nicht allein mit den Kindern sein solle. Er weist darauf hin, dass auch Lehrpersonen häufig allein mit Schülerinnen und Schülern in einem Klassenraum seien. Zudem äußert er die Befürchtung, dass durch solche Regelungen ein Generalverdacht entstehe und die Vorgaben in der Praxis schwer umsetzbar seien. Johanna Brunner fragt nach, woher diese Vorgaben kämen, ihr seien keine solchen bekannt. Sie erläutert, dass solche grundsätzlichen Prinzipien immer auf die konkrete Situation angewandt und angepasst werden müssen. Das bedeute auch, dass solche Regelungen nach einer erfolgten Risikoanalyse ausformuliert und festgelegt werden müssen. Pauschal umgesetzte Maßnahmen, die den konkreten Kontext vor Ort nicht berücksichtigen führten nämlich sonst einerseits zu Frust und dem Gefühl, "nichts mehr tun zu dürfen" und seine andererseits noch dazu meist nicht wirksam im Sinne einer verantwortungsvollen Prävention. Nur zielgerichtete, auf den Kontext angepasste Verhaltensrichtlinien, Vorgaben oder Standards seien in der Lage beide zu schützen: Kinder, Jugendliche und vulnerable Personen, aber auch Mitarbeitende, Priester, Ehrenamtliche etc. Sie bietet auch ein vertiefendes Gespräch bzw. Unterstützung in diesen konkreten Fragen an.

4. Informationen zur Reform des Bischöflichen Ordinariats

Der Generalvikar berichtet über den Stand der Reform des Ordinariats. Er erläutert, dass das derzeitige Organigramm vor mehreren Jahrzehnten entwickelt wurde. Nach der Diözesansynode seien zwar neue Ämter geschaffen worden, eine grundlegende Reform der bestehenden Strukturen habe jedoch nicht stattgefunden. Dadurch sei vor allem „mehr vom Selben“ entstanden, ohne neue Strukturen zu entwickeln. Im Rahmen der Kurienreform wurde daher gemeinsam mit einem Beraterteam, insbesondere unter Mitwirkung von Fabrizio Carletti, mit der Erarbeitung eines neuen Organigramms begonnen. Dabei werde die bestehende Struktur der Kurie mit den tatsächlichen Gegebenheiten und Anforderungen vor Ort abgeglichen. Besondere Aufmerksamkeit gelte dabei der Größe der Diözese und dem damit verbundenen organisatorischen Aufwand. Im Mittelpunkt der Reform stehen die Pfarreien und Seelsorgeeinheiten. Diese Schwerpunktsetzung sei nicht unumstritten gewesen. Der Generalvikar betont jedoch, dass eine missionarische Kirche ein Auftrag für alle Getauften sei. Dieses Anliegen solle nach dem Prinzip der Subsidiarität möglichst auf Ebene der Pfarreien umgesetzt werden. Aus diesem Grund liege der Fokus der Kurienreform auf der Beziehung zwischen Kurie, Pfarreien und Seelsorgeeinheiten. Für die Erarbeitung der Reform fanden insgesamt fünf Treffen mit rund 60 Teilnehmenden statt. Der Schwerpunkt der Beratungen lag auf pastoralen Fragestellungen und der Frage, was es heute bedeutet, Kirche zu sein. Beim letzten Treffen wurden drei unterschiedliche Szenarien diskutiert. Dabei wurde die Methode des „Gesprächs im Heiligen Geist“ angewandt. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse wurden anschließend zusammengeführt. Auf dieser Grundlage erarbeitete die Steuerungsgruppe ein viertes Szenario, das im September zunächst intern vorgestellt werden soll. Ein Mitglied des Pastoralrates fragt nach, ob im Rahmen des Reformprozesses auch die Pfarreien zu ihren Bedürfnissen befragt worden seien. Ein weiteres Mitglied erkundigt sich, ob im Zuge der Reform Personalkürzungen geplant seien. Der Generalvikar verneint dies. Er weist jedoch darauf hin, dass sich Arbeitsweisen und Aufgabenbereiche künftig verändern könnten. Ein Mitglied des Pastoralrates gibt zu bedenken, dass eine starke Fokussierung auf Pfarreien und Seelsorgeeinheiten dazu führen könnte, dass andere pastorale Bereiche, insbesondere die Krankenhausseelsorge, künftig zu wenig berücksichtigt werden. Der Generalvikar versichert, dass auch dieser Bereich in den Überlegungen zur Reform berücksichtigt werde.

5. Austausch Bischof – Mitglieder des Pastoralrates

Ein Mitglied des Pastoralrates berichtet von der Februartagung für Geschlechtergerechtigkeit „Wie Gott uns schuf“. Im Rahmen der Tagung wurde die Auffassung vertreten, dass die Bibel nicht dazu verwendet werden dürfe, Menschen aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung auszugrenzen oder auszuschließen. Die Veranstaltung stieß auf großes Interesse und wurde von rund 50 Personen besucht. Die Diskussionen verliefen teilweise kontrovers, was vom berichtenden Mitglied ausdrücklich positiv bewertet wurde. Besonders hervorgehoben wird der Beitrag eines gläubigen Transmannes, der den Wunsch äußerte, dass die Kirche ein sicherer Ort für alle Menschen sein solle,

die als anders wahrgenommen werden. Ein weiteres Mitglied des Pastoralrates spricht die häufig geäußerte Kritik am Domkapitel an. Insbesondere vor dem Hintergrund des Priestermangels in den Pfarreien würden Bilder zahlreicher Geistlicher bei feierlichen Anlässen, wie etwa am Palmsonntag, in der Öffentlichkeit auf Unverständnis stoßen. Als Beispiel werden entsprechende Fotos in den Tageszeitungen genannt. Der Generalvikar antwortet in seiner Funktion als Dompropst, dass das Domkapitel bereits vom Bischof reformiert worden sei. Die Mitglieder des Domkapitels hätten heute jeweils zusätzliche Aufgabenbereiche und seien darüber hinaus auch in anderen pastoralen Diensten tätig. Nur in wenigen Ausnahmefällen komme es vor, dass mehrere Mitglieder des Domkapitels gleichzeitig an einem Ort zusammenkämen. Ein weiteres Mitglied des Pastoralrates weist darauf hin, dass die Kriterien für die Verleihung diözesaner Ehrungen, die bei der Pastoraltagung vorgestellt wurden, sehr hoch angesetzt seien. Der Leiter des Seelsorgeamtes erklärt dazu, dass diese Problematik bekannt sei. Die hohen Anforderungen seien jedoch bewusst gewählt worden, da viele der eingereichten Vorschläge Bereiche beträfen, für deren Würdigung in erster Linie die Pfarreien und nicht die diözesane Ebene zuständig seien. Ein weiteres Mitglied äußert die Ansicht, dass es kritisch zu sehen sei, dass ausschließlich ehrenamtlich Tätige für diözesane Ehrungen berücksichtigt würden. Der Bischof entgegnet, dass die bestehenden Regelungen grundsätzlich überarbeitet und gegebenenfalls angepasst werden könnten. Abschließend weist ein weiteres Mitglied des Pastoralrates darauf hin, dass gut vorbereitete Wortgottesfeiern vor Ort oftmals sehr positiv aufgenommen würden und eine hohe Wertschätzung in den Gemeinden genossen. Diese sollten daher nicht lediglich als „Notlösung“ oder Ersatz für Eucharistiefeiern aufgrund des Priestermangels verstanden werden.

6. Überlegungen zur Reform des diözesanen Pastoralrates

Reinhard Demetz stellt erste Überlegungen zu einer Reform des Pastoralrates vor. Ausgangspunkt der Überlegungen ist die Frage, wie der Pastoralrat künftig stärker als Schnittstelle zwischen der Ortsebene und der Diözese wirken kann. Ziel ist es, bis zur Herbstsitzung einen Entwurf für ein neues Statut auszuarbeiten und zur Diskussion vorzulegen. Im Rahmen seiner Präsentation stellt er die Stärken und Schwächen des derzeitigen Pastoralrates dar. Als Stärken nennt er insbesondere die Größe des Gremiums sowie die Vielfalt seiner Zusammensetzung, die unterschiedliche Sprachgruppen und Verbände repräsentiert. Als Schwächen wird angeführt, dass die aktuelle Zusammensetzung die gegenwärtige pastorale Realität nicht mehr ausreichend abbilde, da die Wahl der Mitglieder über die Dekanate erfolge. Zudem finde die Wahl nur punktuell statt, ohne dass klar geregelt sei, wie mit Funktionswechseln oder persönlichen Veränderungen der Mitglieder während der Amtsperiode umzugehen sei. Auch die Zusammenarbeit und Vernetzung mit dem Priesterrat, der Dekanekonferenz und dem Ordinariat sei derzeit teilweise personenabhängig und nicht institutionell ausreichend abgesichert. Im Anschluss erhalten die Mitglieder des Pastoralrates die Möglichkeit, weitere Stärken und Schwächen des Gremiums auf einer Pinnwand beziehungsweise einem Flipchart zu sammeln. Die eingebrachten Punkte können durch Herz- oder Blitzsymbole bewertet werden, um Zustimmung oder Kritik sichtbar zu machen. Anschließend werden vier verschiedene Modelle für die zukünftige Struktur des Pastoralrates vorgestellt, darunter auch das bestehende Modell. Die Teilnehmenden arbeiten in Kleingruppen von vier bis fünf Personen und tragen auf den jeweiligen Pinnwänden Stärken, Schwächen sowie Anregungen zu den einzelnen Modellen zusammen. Auf Grundlage der Ergebnisse dieser Gruppenarbeit soll ein neues Modell entwickelt werden, das in der Herbstsitzung vorgestellt und diskutiert wird. Im Rahmen der Diskussion merkt ein Mitglied des Pastoralrates an, dass die Bereitschaft zur Mitarbeit wesentlich davon abhängt, ob die behandelten Themen als relevant und die gewählten Arbeitsformen als ansprechend wahrgenommen würden. Menschen engagierten sich insbesondere dann gerne, wenn sie die Arbeit als sinnvoll und motivierend erlebten. Abschließend wird festgehalten, dass die neuen Statuten des Pastoralrates bis zur nächsten Sitzung ausgearbeitet und zur Beratung vorgelegt werden sollen.

7. Nächste Termine

07.11.2026

17.04.2027

Der Seelsorgeamtsleiter merkt an, dass sich das Mandat aller Mitglieder, welche aus den Pfarrgemeinderäten kommen, noch für die nächsten beiden Sitzungen gültig ist. Die Mitgliedschaft im Pastoralrat ist für gewählte und ernannte Mitglieder personenbezogen, nicht an andere Ämter gebunden. Es folgt das abschließende Schlusswort des Bischofs.

Für das Protokoll: Kassian Lanz

Verbale della seduta del 30 maggio 2026 presso il Centro pastorale a Bolzano

Presenti: Vescovo Ivo Muser, Vicario generale Eugen Runggaldier e altri 21 membri del Consiglio; Lucia Ceol dell'Unitalsi e Johanna Brunner (online tramite Zoom) fino alle ore 10.00 circa.

Assenti: Nothburga Ludwig (g), Toni Fiung (g), Christine Leiter Rainer (g), Franz Kripp, Matthias Komar (g), Zita Gantioler (g), Claudio Fusaro (g), Waltraud Folie (g), Günther Beghella (g), Markus Badstuber (g), Roswitha Maurer (g), P. Gianpietro Pellegrini (g), Alessandro Pesanvento, Hermann Pirpamer, Anita Schmidhammer, Lorenzo Sola (g), Augusta Sorà (g), Alfio Spitaleri (g), Massimo Sposato (g), Sr. Mirjam Volgger, Christoph Wiesler, Christine Zwerger Oberleiter (g).

Ordine del giorno

1. Saluto e preghiera (Vescovo)
2. Approvazione dell'ordine del giorno
3. «Il coraggio di guardare»: informazioni sullo stato del progetto (Johanna Brunner)
4. Informazioni sulla riforma della Curia vescovile (Eugen Runggaldier)
5. Scambio tra il Vescovo e i membri del Consiglio pastorale diocesano
6. Riflessioni sulla riforma del Consiglio pastorale diocesano
7. Prossimi appuntamenti

1. Saluto e preghiera

Il Vescovo introduce la seduta con una breve preghiera. Successivamente prende la parola Lucia Ceol dell'Unitalsi, invitata come relatrice. Nel suo intervento presenta l'attività dell'associazione, soffermandosi in particolare sull'accompagnamento delle persone malate. Un'attenzione speciale è dedicata ai pellegrinaggi a Lourdes, che l'Unitalsi, insieme ai malati, organizza e accompagna. Illustra il significato di questi pellegrinaggi e i molteplici servizi svolti dalle volontarie e dai volontari. Al termine dell'intervento, il Vescovo riprende brevemente le riflessioni di Lucia Ceol, esprimendo il proprio apprezzamento per l'impegno dell'Unitalsi a favore delle persone malate e bisognose e sottolineando il particolare valore spirituale del Santuario di Lourdes, quale luogo di fede, speranza e incontro umano.

2. Approvazione dell'ordine del giorno

L'ordine del giorno viene approvato all'unanimità.

3. «Il coraggio di guardare»: informazioni sullo stato del progetto

La responsabile del progetto, Johanna Brunner, riferisce sullo stato attuale del progetto. Il progetto si concluderà dal punto di vista dei contenuti alla fine di giugno, mentre la conclusione ufficiale è prevista per l'autunno. Esso si è articolato in tre fasi: l'accertamento dei fatti (mediante la redazione della perizia), il percorso di approfondimento e di rielaborazione delle vicende emerse e lo sviluppo e l'attuazione di misure di prevenzione. La perizia ha evidenziato diverse criticità e debolezze strutturali, tra cui la necessità di definire in modo chiaro e trasparente la gestione dei casi, coinvolgere le persone interessate e avvicinarsi a loro, stabilire in modo inequivocabile responsabilità e competenze e assicurandone un'efficace verifica esercitare in modo più efficace e completo la responsabilità di governo, assicurare in maniera sistematica una corretta governance e il rispetto delle procedure, definire percorsi formativi obbligatori e assicurare un'adeguata formazione permanente, elaborare e attuare misure di prevenzione e di tutela, nonché un chiaro sistema sanzionatorio nei confronti dei responsabili degli abusi. Nel complesso, il progetto mira a promuovere un cambiamento di mentalità e una nuova cultura dell'errore e dell'organizzazione. Nel novembre 2025 il progetto e i relativi obiettivi sono stati riorientati. Al fine di garantire un'attuazione sostenibile delle misure indicate nella perizia a livello istituzionale, il progetto è stato collegato in modo più stretto, dal punto di vista organizzativo, al Vicariato generale. Il gruppo di coordinamento, sotto la nuova direzione di Peter Beer, ha proseguito il lavoro con i gruppi di progetto già esistenti, nei quali sono state elaborate e attuate diverse misure. Il gruppo di progetto Caritas ha avviato un laboratorio sul tema «Potere e limiti», rivolto al personale dipendente. Sono previste ulteriori iniziative su questo argomento. È stato scelto un approccio orientato alle risorse, che si intende mantenere anche in futuro. L'obiettivo è che i partecipanti integrino quanto appreso nella propria attività quotidiana, contribuendo così a un cambiamento culturale duraturo. Nel settore della formazione è stata avviata una collaborazione con l'Associazione dei convitti/studentati dell'Alto Adige (a*sh). Inoltre è stato organizzato un viaggio di studio in Baviera. Sono già in programma ulteriori iniziative con tutti i convitti/studentati dell'Alto Adige. Nell'ambito della pastorale sono state coinvolte diverse parrocchie, valorizzando le iniziative già esistenti e individuando progetti che rappresentano esempi di buone pratiche. È stata inoltre elaborata una guida per i colloqui di ammissione con gli animatori e le animatrici. È stata introdotta anche un'autodichiarazione con la quale si attesta di non aver riportato condanne per reati pertinenti e si dichiara la disponibilità ad assumere i principi fondamentali del safeguarding. A livello diocesano sono stati elaborati dieci principi fondamentali di safeguarding che, a partire dall'autunno, saranno sperimentati inizialmente in alcune parrocchie selezionate e successivamente potranno fungere da orientamento per l'attuazione delle misure di safeguarding nella vita pastorale ordinaria delle parrocchie. Il gruppo di progetto Amministrazione ha collaborato con il gruppo di coordinamento della riforma della Curia, occupandosi in particolare di questioni amministrative, della definizione di competenze chiare e di processi trasparenti e verificabili, nonché della gestione dei fascicoli del personale e dell'archiviazione documentale. Sebbene il progetto complessivo si concluda alla fine di giugno, alcune misure continueranno a essere sviluppate e attuate fino all'autunno. Inoltre, vi sono misure e iniziative che proseguiranno anche oltre la conclusione del progetto. Attualmente si sta lavorando a un regolamento sugli interventi, volto a garantire una procedura vincolante per la segnalazione e la gestione dei casi. Le relative disposizioni attuative sono ancora in fase di elaborazione. Parallelamente è in preparazione anche uno statuto per un Consiglio delle persone interessate. Le relative nomine dovrebbero essere definite durante l'estate e comunicate in autunno. Nell'ambito del progetto «Il coraggio di guardare» è stato inoltre elaborato un piano di comunicazione. Tra le iniziative previste rientrava anche l'allestimento di un luogo commemorativo temporaneo dedicato alle persone vittime di violenza sessuale nella Chiesa e nella società. È inoltre in corso la produzione del podcast «Offene Wunden – offen reden», che offre uno spazio di confronto e ascolto alle diverse prospettive sul tema degli abusi. Attualmente il podcast è in lingua tedesca, ma, prossimamente, sarà disponibile anche in lingua italiana con il titolo «Ferite aperte – aperti all'ascolto». Un membro del Consiglio pastorale diocesano osserva che la perizia non ha tenuto conto degli aspetti del diritto canonico. Inoltre, le indagini precedenti non sarebbero state considerate e alle persone coinvolte non sarebbe stata data la possibilità di difendersi. Fa inoltre presente che le tre persone interessate sono state allontanate dal loro servizio pastorale.

Chiede pertanto che gli atti delle indagini e la perizia vengano trasmessi al Dicastero competente a Roma e che venga presa in considerazione anche l'allocuzione di Papa Leone XIV del 14 marzo, pronunciata in occasione dell'inaugurazione dell'anno giudiziario dello Stato della Città del Vaticano. Johanna Brunner osserva innanzitutto di non aver potuto comprendere con precisione tutte le affermazioni, a causa della qualità non ottimale della trasmissione audio. Rileva comunque che si è trattato di un intervento in parte molto emotivo e sottolinea come l'elaborazione dei casi di abuso rappresenti sempre un difficile equilibrio. Il ruolo e il compito della diocesi non consistono infatti nel sostituire il lavoro dei tribunali o delle autorità inquirenti, né nel pronunciare sentenze. Spetta invece alla diocesi valutare le situazioni e assumere decisioni, soprattutto nei casi in cui non vi sia una ricostruzione univoca dei fatti, gestendo in modo appropriato i sospetti. Ciò comprende sia misure preventive di tutela, sia la salvaguardia dei diritti delle persone accusate, nonché l'adozione di provvedimenti secondo procedure trasparenti, comprensibili e verificabili. Un altro membro del Consiglio pastorale diocesano chiede come tali principi possano essere applicati nella pratica, osservando che, in qualità di direttore di un coro di bambini, gli verrebbe richiesto di non rimanere mai da solo con i minori. Fa notare che anche gli insegnanti si trovano spesso da soli con gli alunni in un'aula scolastica. Esprime inoltre il timore che simili disposizioni possano creare un sospetto generalizzato e risultare difficilmente applicabili nella pratica. Johanna Brunner chiede da dove provengano tali indicazioni, poiché non le risultano disposizioni di questo tipo. Spiega che principi di carattere generale devono sempre essere adattati alla situazione concreta. Ciò significa anche che tali regole devono essere formulate sulla base di un'analisi dei rischi. Misure applicate in modo indiscriminato, senza considerare il contesto concreto, rischiano infatti di generare frustrazione e la sensazione di «non poter più fare nulla», risultando al tempo stesso poco efficaci sotto il profilo della prevenzione. Solo linee guida comportamentali, prescrizioni o standard mirati e adeguati al contesto sono realmente in grado di tutelare sia bambini, adolescenti e persone vulnerabili, sia collaboratori, sacerdoti, volontari e tutte le altre persone impegnate nella pastorale. Conclude offrendo la propria disponibilità per un confronto più approfondito e per un eventuale supporto su queste questioni concrete.

4. Informazioni sulla riforma della Curia vescovile

Il Vicario generale riferisce sullo stato di avanzamento della riforma della Curia vescovile. Spiega che l'attuale organigramma è stato elaborato diversi decenni fa. A seguito del Sinodo diocesano sono stati istituiti nuovi uffici, ma non è stata realizzata una riforma organica delle strutture esistenti. Di conseguenza si è prodotto soprattutto «più dello stesso», senza sviluppare nuove strutture. Nell'ambito della riforma della Curia è stato pertanto avviato, insieme a un gruppo di consulenti e in particolare con il contributo di Fabrizio Carletti, il lavoro per l'elaborazione di un nuovo organigramma. L'obiettivo è quello di confrontare l'attuale struttura della Curia con le effettive esigenze e realtà della diocesi. Un'attenzione particolare è riservata alle dimensioni della diocesi e al conseguente impegno organizzativo. Al centro della riforma vi sono le parrocchie e le unità pastorali. Questa scelta di fondo non è stata priva di discussioni. Il Vicario generale sottolinea tuttavia che una Chiesa missionaria è una responsabilità di tutti i battezzati. Secondo il principio di sussidiarietà, tale missione dovrebbe essere realizzata il più possibile a livello delle parrocchie. Per questo motivo, la riforma della Curia pone al centro il rapporto tra Curia, parrocchie e unità pastorali. Per l'elaborazione della riforma si sono svolti complessivamente cinque incontri con circa 60 partecipanti. Le riflessioni si sono concentrate soprattutto sulle questioni pastorali e sul significato dell'essere Chiesa oggi. Nell'ultimo incontro sono stati discussi tre diversi scenari, utilizzando il metodo della «Conversazione nello Spirito». Le indicazioni emerse sono state successivamente raccolte e sintetizzate. Su questa base il gruppo di coordinamento ha elaborato un quarto scenario, che dovrebbe essere presentato inizialmente all'interno della Curia durante l'autunno. Un membro del Consiglio pastorale diocesano chiede se, nell'ambito del processo di riforma, siano state consultate anche le parrocchie in merito alle loro esigenze. Un altro membro domanda se la riforma preveda una riduzione del personale. Il Vicario generale risponde negativamente, precisando tuttavia che in futuro potrebbero cambiare le modalità di lavoro e gli ambiti di competenza. Un membro del Consiglio pastorale diocesano osserva che una forte concentrazione

sulle parrocchie e sulle unità pastorali potrebbe comportare una minore attenzione ad altri settori della pastorale, in particolare alla pastorale ospedaliera. Il Vicario generale assicura che anche questo ambito viene tenuto in considerazione nelle riflessioni sulla riforma.

5. Scambio tra il Vescovo e i membri del Consiglio pastorale diocesano

Un membro del Consiglio pastorale diocesano riferisce dell'incontro di febbraio dedicato alla giustizia di genere «Come Dio ci ha creati». Nel corso dell'incontro è stata espressa la convinzione che la Bibbia non debba essere utilizzata per discriminare o escludere le persone in base al loro genere o al loro orientamento sessuale. L'iniziativa ha suscitato grande interesse ed è stata seguita da circa cinquanta partecipanti. Le discussioni sono state in parte controverse, aspetto che il relatore valuta esplicitamente in modo positivo. Viene in particolare ricordata la testimonianza di un uomo transgender credente, il quale ha espresso il desiderio che la Chiesa sia un luogo sicuro per tutte le persone percepite come «diverse». Un altro membro del Consiglio pastorale diocesano richiama l'attenzione sulle frequenti critiche rivolte al Capitolo della Cattedrale. In particolare, alla luce della carenza di sacerdoti nelle parrocchie, le immagini che ritraggono numerosi ecclesiastici durante celebrazioni solenni, come ad esempio la Domenica delle Palme, suscitano incomprensione nell'opinione pubblica. A titolo di esempio vengono citate le fotografie pubblicate sui quotidiani. Il Vicario generale, nella sua funzione di Prevosto del Capitolo della Cattedrale, risponde che il Capitolo è già stato riformato dal Vescovo. Oggi ciascun canonico svolge ulteriori incarichi ed è impegnato anche in altri servizi pastorali. Solo in casi eccezionali accade che più membri del Capitolo si trovino contemporaneamente nello stesso luogo. Un altro membro del Consiglio pastorale diocesano osserva che i criteri per il conferimento delle onorificenze diocesane, presentati durante il Convegno pastorale, sono molto elevati. Il direttore dell'Ufficio pastorale spiega che tale problematica è ben nota. I requisiti sono stati tuttavia fissati consapevolmente a un livello elevato, poiché molte delle candidature riguardano ambiti il cui riconoscimento compete anzitutto alle parrocchie e non al livello diocesano. Un ulteriore membro esprime la propria perplessità riguardo al fatto che, per le onorificenze diocesane, vengano presi in considerazione esclusivamente coloro che svolgono un servizio a titolo volontario. Il Vescovo risponde che le disposizioni vigenti potranno essere riesaminate ed eventualmente adeguate. Infine, un altro membro del Consiglio pastorale diocesano sottolinea che le celebrazioni della Liturgia della Parola accuratamente preparate vengono spesso accolte molto positivamente e godono di grande apprezzamento nelle comunità. Esse non dovrebbero pertanto essere considerate soltanto una «soluzione di emergenza» o un semplice sostituto della celebrazione eucaristica dovuto alla carenza di sacerdoti.

6. Riflessioni sulla riforma del Consiglio pastorale diocesano

Reinhard Demetz presenta alcune prime riflessioni in vista di una riforma del Consiglio pastorale diocesano. Il punto di partenza è la domanda su come il Consiglio possa svolgere in futuro con maggiore efficacia il proprio ruolo di collegamento tra le realtà locali e la diocesi. L'obiettivo è elaborare, entro la riunione autunnale, una bozza del nuovo statuto da sottoporre alla discussione. Nel corso della sua presentazione illustra i punti di forza e di debolezza dell'attuale Consiglio pastorale diocesano. Tra i punti di forza evidenzia in particolare le dimensioni dell'organismo e la varietà della sua composizione, che rappresenta i diversi gruppi linguistici e le varie associazioni. Tra i punti di debolezza viene rilevato che l'attuale composizione non rispecchia più adeguatamente la realtà pastorale odierna, poiché i membri vengono eletti attraverso i decanati. Inoltre, l'elezione avviene solo in momenti determinati, senza che sia chiaramente disciplinato come gestire eventuali cambiamenti di incarico o situazioni personali dei membri durante il mandato. Anche la collaborazione e il coordinamento con il Consiglio presbiterale, la Conferenza dei decani e la Curia risultano attualmente in parte dipendenti dalle singole persone e non sufficientemente garantiti a livello istituzionale. Successivamente i membri del Consiglio pastorale diocesano sono invitati a raccogliere, su pannelli o fogli mobili, ulteriori punti di forza e di debolezza dell'organismo. I contributi possono essere contrassegnati con simboli a forma di cuore o di fulmine per esprimere rispettivamente consenso o criticità. Vengono quindi presentati quattro diversi modelli per la futura struttura del Consiglio pastorale diocesano, compreso quello attualmente in

vigore. I partecipanti lavorano in piccoli gruppi di quattro o cinque persone e annotano sui rispettivi pannelli i punti di forza, le criticità e le proposte relative ai singoli modelli. Sulla base dei risultati di questo lavoro di gruppo sarà elaborato un nuovo modello, che verrà presentato e discusso nella riunione autunnale. Il lavoro nei gruppi si conclude alle ore 12.19.

Nel corso della discussione, un membro del Consiglio pastorale diocesano osserva che la disponibilità a collaborare dipende in misura determinante dal fatto che i temi trattati siano percepiti come rilevanti e che le modalità di lavoro risultino coinvolgenti. Le persone si impegnano volentieri soprattutto quando percepiscono il proprio contributo come significativo e motivante. In conclusione, si stabilisce che il nuovo statuto del Consiglio pastorale diocesano dovrà essere elaborato entro la prossima seduta e presentato per la discussione.

7. Prossimi appuntamenti

07.11.2026

17.04.2027

Il direttore dell'Ufficio pastorale fa presente che il mandato di tutti i membri provenienti dai Consigli pastorali parrocchiali rimane valido anche per le prossime due sedute. L'appartenenza al Consiglio pastorale diocesano è personale, sia per i membri eletti sia per quelli nominati, e non è legata all'esercizio di altri incarichi. Segue l'intervento conclusivo del Vescovo.

Per il verbale: Kassian Lanz

R.I.P.

Pier Giorgio Bellucco

Il sacerdote Pier Giorgio Bellucco è deceduto il 2 giugno a Merano all'età di 89 anni.

Pier Giorgio Bellucco era nato il 21 luglio 1936 a Maia Alta. Entrato nel 1949 nel Seminario minore dei Carmelitani Scalzi a Venezia e ordinato sacerdote nel 1961, dal 1962 al 1965 ha insegnato musica a Trento e dal 1967 al 1969 è stato cooperatore a Treviso. Nel 1971 Bellucco è partito per il servizio missionario in Giappone, dove è rimasto dieci anni. Dal 1980 al 1982 è stato cooperatore nella parrocchia di Santo Spirito a Merano, prima di ripartire per la missione, destinazione San Paolo del Brasile, regione in cui ha vissuto per ben 37 anni. Nel 2020 don Bellucco ha fatto rientro definitivamente in Alto Adige, soggiornando prima allo Jesuheim di Cornaiano e negli ultimi tempi nella residenza Martinsbrunn a Merano.

La cerimonia funebre per Pier Giorgio Bellucco, presieduta dal Vescovo diocesano Ivo Muser, si è svolta il 5 giugno nella chiesa di Santo Spirito a Merano.

Anton Auer

Am 28. Juni 2026 ist der Priester Anton Auer im Alter von 81 Jahren verstorben.

Anton Auer wurde am 6. Juli 1944 in Rein in Taufers geboren und am 29. Juni 1969 in Brixen zum Priester geweiht. Nach einem Jahr als Kooperator in Aldein war er von 1971 bis 1974 Präfekt am Vinzentinum in Brixen. Anschließend wirkte er als Kooperator in Toblach, St. Johann in Ahrn und Prad am Stilfserjoch sowie von 1983 bis 1984 als Pfarradministrator in Latsch. Im Jahr 1984 wurde Anton Auer zum Pfarrer von Lichtenberg ernannt, wo er 14 Jahre lang wirkte. Von 1998 bis 2020 war er Pfarrer von Mühlwald und Lappach. Seit 2020 wirkte er in den beiden Pfarrgemeinden als Pfarrseelsorger und war dort bis zuletzt seelsorglich tätig.

Der Verstorbene wurde am 3. Juli 2026 in Rein in Taufers beigesetzt.

Dem Beerdigungsgottesdienst in Mühlwald stand Diözesanbischof Ivo Muser vor.

Bischöfliches Ordinariat Bozen-Brixen, 1. August 2026
Curia vescovile Bolzano-Bressanone, 1° agosto 2026

LEO HAAS
Vizekanzler / Vicecancelliere

EUGEN RUNGGALDIER
Generalvikar / Vicario generale